ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#75
Sommer 2019
lotta-magazin.de

Außerdem:

Eine Hinrichtung —
Die Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke

Die Irrfahrt der St. Louis
Das Scheitern der internationalen Flüchtlingspolitik am Vorabend der Shoah

Freischärler mit Tradition
Die extreme Rechte in der Ukraine

Einmal alles, bitte
Seehofers Pläne für IT-„Sicherheit“ und Verfassungsschutz

Editorial

Liebe Leser_innen,
knapp ein Jahr nach dem Ende des NSU-Prozesses wird auch in einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar, dass kein Schlussstrich unter das Thema Rechtsterrorismus gezogen werden kann. Die Auseinandersetzung mit den Taten und Strukturen des NSU ist längst nicht abgeschlossen. Einer von zahlreichen ungeklärten Fällen ist der Mord an Fevzi Ufuk, der am 1. März 2006 in Rheda-Wiedenbrück (NRW) erschossen wurde.

Nachdem am 15. Juni 2019 der des Mordes an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke verdächtigte Stephan Ernst festgenommen worden war, veröffentlichte der antifaschistische Recherchezusammenhang Exif zahlreiche Informationen über Ernst, der seit den 90er Jahren in der militanten Neonazi-Szene im Raum Kassel aktiv war. Mit dem Mord und den Hintergründen des Täters setzt sich Simon Tolvaj in der vorliegenden Ausgabe der LOTTA auseinander. Wie auch der NSU erlebte Ernst seine politische Sozialisation in den 90er Jahren, also in einem gesellschaftlichen Klima, in dem die extreme Rechte die Erfahrung machte, dass ihre rassistischen Gewalttaten zum Erfolg führten. In Reaktion auf die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, die Morde in Mölln sowie eine Vielzahl weiterer rechter Anschläge und Angriffe wurde 1993 auf Betreiben der damaligen Bundesregierung das individuelle Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Die militante Neonazi-Szene fühlte sich bestätigt.

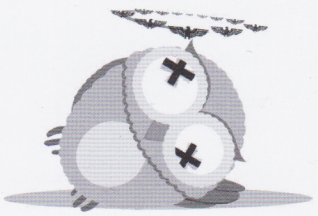
Auch in den letzten Jahren hat sich die Hetze gegen Geflüchtete immer weiter verschärft, was sich unter anderem auch in den Wahlerfolgen der AfD ausdrückt. Im Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe setzen wir uns mit der AfD in den Parlamenten auseinander.
Die herrschende Politik reagiert auf die rechte Hetze ähnlich wie in den 90er Jahren: Am 7. Juni wurde abermals die Migrationsgesetzgebung verschärft. Während unter anderem die Abschiebehaft ausgeweitet wird, werden zeitgleich Menschen, die sich für die Rettung flüchtender Menschen aus Seenot engagieren, kriminalisiert. Die Kapitänin der „See Watch 3“ wurde am 29. Juni von der italienischen Polizei verhaftet, nachdem sie sich dem Verbot, im Hafen von Lampedusa anzulegen, erfolgreich widersetzt hatte. Die Redaktion der LOTTA solidarisiert sich mit Carola Rackete.

LOTTA feiert 2019 einen runden Geburtstag! Unser Projekt existiert seit 1999, also seit 20 Jahren. In 75 Ausgaben und mehreren Sonderausgaben haben wir uns mit den Strukturen und Entwicklungen der extremen Rechten und Braunzone, mit dem Nationalsozialismus, mit Rassismus und vielen weiteren Themen antifaschistischer Politik auseinandergesetzt — oft abseits medialer Aufmerksamkeitswellen. Wenn ihr kontinuierliche antifaschistische Recherchen und Analysen unterstützen möchtet, helft uns bitte durch Zuarbeit und bei der Anwerbung weiterer Abonnent_innen. Folgt uns auch auf Twitter: *@lotta_magazin*. Angesichts der zum 1. Januar 2020 um bis zu 40 Prozent gestiegenen Portokosten für Büchersendungen würden wir uns auch über Spenden freuen. Nähere Infos unter *lotta-vertrieb@nadir.org*.
„Sommer, Sonne, Antifa!“ heißt es auch in diesem Jahr wieder. Vom 8. bis 11. August findet das diesjährige Antifa-Camp im Rheinland statt. Infos und Programm sind unter *www.antifa.camp* zu finden.

Wir möchten uns bei allen ganz herzlich bedanken, die uns in 20 Jahren mit Artikeln, Interviews, Fotos, Recherchen, Korrekturlesen, Hilfe beim Versand, Spenden/Förderabos, Schokolade und vielem mehr unterstützt haben.
Wir wünschen euch allen einen solidarischen antifaschistischen Sommer!

Eure LOTTA-Redaktion

Deadline dieser Ausgabe war der 30. Juni 2019. Erscheinungsdatum ist der 23. Juli 2019.



Hohlnazis

„Dummheit ist nicht heilbar!“, sagt der Volksmund. Und er hat recht. Hin und wieder präsentieren wir an dieser Stelle der LOTTA einige ausgewählte Fundstücke aus der schier unbegrenzten Palette extrem rechten Schwachsinns.

Zweiprozent-Partei?
Thomas Röckemann, AfD-Landessprecher NRW und MdL, in seinem Grußwort auf einer AfD-Kundgebung am 1. Mai 2019 in Erfurt:

„Wir wollen im Westen endlich auch eine 2 vor dem Komma sehen!“

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Einmal alles, bitte ..... Seite 4
Seehofers Pläne für IT-„Sicherheit" und Verfassungsschutz

Kein neues Phänomen ..... Seite 6
Antisemitismus im Fußball

Schwerpunkt

AfD in den Parlamenten ..... Seite 9
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Partei des Rechtsrucks ..... Seite 10
Wie die politische Präsenz der AfD die Kräfteverhältnisse verschiebt

Achsenverschiebung nach rechts ..... Seite 13
Zwischenbilanz zur AfD im Bundestag

Anbiederung und Provokation ..... Seite 16
Die AfD-Fraktion im Landtag NRW

Verhaltener Start ..... Seite 19
Die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag

In der Offensive ..... Seite 22
Die AfD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag

Extreme Rechte

Deutliches Statement ..... Seite 25
Der neue Vorstand der „Jungen Alternative" in Hessen

Eine Hinrichtung ..... Seite 28
Die Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke

Aushängeschild für C18 ..... Seite 31
Robin Schmiemann: Vom Handlanger zur Symbolfigur

Grau-braunes Farbenspiel ..... Seite 34
Die RechtsRock-Band „Kotten" aus Solingen

Menschenverachtung als „Satire" ..... Seite 36
Neue Projekte der „Identitären Bewegung" im Ruhrgebiet

Die Stöckl-Show ..... Seite 38
Die mediale Selbstinszenierung des rechten YouTubers Henryk Stöckl

Unter freiem Himmel ..... Seite 40
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 2. Quartal 2019

Kurzmeldungen ..... Seite 42
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

International

Freischärler mit Tradition ..... Seite 47
Die extreme Rechte in der Ukraine

Europas Rassistinnen und Rassisten ..... Seite 51
Extrem rechte Parteien und die EU-Parlamentswahl 2019

(Anti)Rassismus

Motiv Rassismus ..... Seite 54
Todesopfer bei Brandstiftung in Wiebelskirchen

Geschichte/Geschichtspolitik

Die Irrfahrt der St. Louis ..... Seite 56
Das Scheitern der internationalen Flüchtlingspolitik am Vorabend der Shoah

Rezensionen

„Ich war ein seltener Fall" / Das Netzwerk der Neuen Rechten
Zielobjekt Rechts ..... Seite 60

Von Anna Biselli

Einmal alles, bitte

Seehofers Pläne für IT-„Sicherheit“ und Verfassungsschutz

„Man muss Gesetze kompliziert machen, dann fällt es nicht so auf“, sagte Innenminister Horst Seehofer beim „Zweiten Berliner Kongress für wehrhafte Demokratie“. Ein Satz, der seine aktuelle Politik kaum treffender zusammenfassen könnte: Wenn niemand ein Gesetz versteht, versteht auch niemand seine Tragweite. Bis jemand sich der Auswirkungen bewusst wird, ist es zu spät. Seehofer bezog sich dabei auf das zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz, mit dem etwa die Datenspeicherungen über Asylsuchende ausgebaut werden sollen. Seine Äußerung passt jedoch auch zu den Entwürfen für das zweite IT-Sicherheitsgesetz und ein neues Verfassungsschutzgesetz.

Der Entwurf für das IT-Sicherheitsgesetz beginnt harmlos. Mehr Personal für *das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik* (BSI), mehr Informationen über Sicherheitsprobleme für die Öffentlichkeit — Prävention und Information. Doch das ist nur ein Teil des 90-seitigen Papiers vom März 2019. Das BSI soll außerdem die Möglichkeit bekommen, in IT-Systeme einzudringen, um ihre Sicherheit zu testen. Entdeckt es eine Schwachstelle, dürfte es sich zwar nicht auf den Systemen umsehen, aber den Telekommunikationsanbieter kontaktieren, um Nutzer_innen ausfindig zu machen und zu informieren. Dabei geht es nicht nur um Smartphones oder Computer, sondern um alle Geräte im Internet: vom Babyfon bis zur Überwachungskamera.

Schlecht abgesicherte Geräte sind ein Problem. Werden sie unbemerkt von Angreifer_innen übernommen, können diese mit ihnen beispielsweise Spam versenden, Server mit massenhaften Anfragen lahmlegen oder Schadsoftware verteilen. Wird sogenannte „Kritische Infrastruktur“ — wie Energie- oder Wasserversorgungsunternehmen — angegriffen, darf das BSI anordnen, dass die Internetanbieter ihre Netzwerkverbindung kappen oder umleiten müssen. Im nächsten Schritt kann das Bundesamt den Provider zur „Bereinigung“ von IT-Geräten verpflichten, per „Installation von lückenschließender Software (Patches) bzw. Löschung von Schadsoftware“. Das greift tief in die Geräte der Besitzer_innen ein, verletzt das Grundrecht auf die Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen und öffnet die Tür für weitere Eingriffe.

Datenlöschung auf Anfrage

Wer Kommunikationsdienste anbietet, soll ans Bundeskriminalamt melden, wenn dieser Dienst zur „rechtswidrigen Weitergabe oder Veröffentlichung rechtswidrig erlangter Daten genutzt wird“ und die Veröffentlichung unter-

binden. Im ersten Schritt dadurch, die betroffenen Nutzer_innen zu informieren und zum Löschen aufzufordern. Ist das erfolglos, müssten Anbieter_innen die Daten selbst löschen. Bei Diensten wie *Facebook* oder anderen öffentlich einsehbaren Plattformen mag das leicht sein. Schwieriger wird es bei verschlüsselten Messengern wie *Signal* oder *Threema*. Dass diese ebenso gemeint sind, steht erst in der Gesetzesbegründung. Durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung soll eigentlich niemand außer den Kommunikationsteilnehmer_innen Nachrichten lesen können — auch nicht die Betreiber_innen selbst. Daher möchte der Innenminister diese zur Zwangsentschlüsselung zwingen. Mit IT-Sicherheit hat das nichts mehr zu tun, im Gegenteil. Durch Sollbruchstellen für Verschlüsselungsmethoden wird Unsicherheit geschaffen. Sie können sowohl von staatlichen Stellen als auch von nichtstaatlichen Angreifer_innen genutzt werden.

Gefährliche Darknet-Paragrafen

Ebenso wenig mit IT-Sicherheit hat der Plan zu tun, das Anbieten „internetbasierter Leistungen“ zur Ermöglichung von Straftaten unter Strafe zu stellen. Die ursprünglich im Bundesrat eingebrachte Initiative erhielt den Spitznamen „Darknet-Gesetz“. Offiziell geht es darum, Darknet-Marktplätze zu bekämpfen, auf denen illegalisierte Drogen, Waffen oder sexualisierte Missbrauchsdarstellungen von Kindern gehandelt werden. Die Marktplätze wären aber nicht als einzige betroffen. Viele Technologien können Straftaten ermöglichen, auch wenn sie primär einen anderen Zweck erfüllen. Anonymisierungsdienste wie *Tor* schützen Whistleblower_innen und Aktivist_innen vor Repression und ermöglichen es Menschen in autoritären Staaten, in denen der Internetverkehr gefiltert wird, Zugang zu Informationen zu bekommen. Auch hier gilt: Statt IT-Sicherheit zu stärken, werden viele Menschen grundlos ganz konkreten Gefahren ausgesetzt.

Weitere Inhalte des IT-Sicherheitsgesetzes haben nicht einmal mehr entfernt mit IT-Sicherheit zu tun. Am Ende des Entwurfs versteckt sich eine angedachte Befugniserweiterung für Ermittlungsbehörden. Sie sollen Accounts von Verdächtigten übernehmen dürfen, die mutmaßlich eine Straftat „mittels Telekommunikation“ begangen haben. Ermittler_innen könnten sich dann deren Identität aneignen und verdeckt mit anderen kommunizieren. Außerdem soll das Strafmaß für zahlreiche „Hacking-Straftaten“ wie das Ausspähen von Daten erhöht werden, von in der Regel maximal zwei auf fünf Jahre Haft. Das bedeutet auch: Die Straftaten landen im Katalog der schweren Straftaten — somit dürfen dann auch Staatstrojaner eingesetzt werden.

Staatstrojaner für VS und BND

Um Staatstrojaner drehen sich auch die Kompetenzerweiterungen im geplanten Verfassungsschutzgesetz. Was heute schon Polizeien zur Verfügung steht, sollen in Zukunft auch ganz offiziell Bundesverfassungsschutz und BND nutzen dürfen. Letzterer tut das bereits seit Jahren. Nun soll die bestehende Praxis eindeutig in ein Gesetz gegossen werden. Der für das Ausland zuständige BND soll sich auch heimlich in Geräte von „deutschen Staatsangehörigen, von inländischen juristischen Personen oder von sich im Bundesgebiet aufhaltenden Personen“ hacken dürfen.

Bei Strafverfolgungsbehörden werden bisher zwei Arten von Trojanern unterschieden: die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung. Bei ersterer darf ausschließlich laufende Kommunikation überwacht werden. Bei der Online-Durchsuchung dürfen auch weitere Inhalte angesehen werden, seien es Fotos, Sensordaten oder zurückliegende Nachrichten.

Für die deutschen Geheimdienste soll diese Trennung gar nicht erst gelten. Sie sollen „informationstechnische Systeme“ immer komplett hacken dürfen, seien es Autos, Computer, Smartphones oder andere Geräte. Der Verfassungsschutz dürfte dann nicht nur in die Geräte mutmaßlicher Gefährder_innen eindringen, sondern ebenfalls in solche, die Informationen dieser Personen verarbeiten. Wenn also eine Person im Fokus des Verfassungsschutz Daten bei einem Cloudanbieter speichert, könnte der Geheimdienst auch diesen hacken. Auch, „wenn andere Personen unvermeidlich betroffen werden“.

Die Grenze zwischen Polizei und Geheimdienst verschwimmt

Und noch etwas steckt im Verfassungsschutzgesetz: Polizeien, die Staatstrojaner einsetzen dürfen, können den BND im Sinne einer „ressourcenschonenden Zusammenarbeit“ um Hilfe bitten. Er würde dann selbst für sie Systeme hacken und ihnen die verlangten Daten weitergeben und eventuell „für eigene Zwecke weiterverarbeiten“. Der BND kann nämlich von Partnergeheimdiensten Informationen über Sicherheitslücken bekommen, die er nicht weitergeben darf. So lässt sich diese Beschränkung umgehen. Am Ende bedeutet das Polizeibefugnisse für die Geheimdienste und geheimdienstliche Werkzeuge für die Polizeien.

Credits: Coloniacs

Aktion gegen Antisemitismus aus Teilen der Fanszene des „1. FC Köln".

Von Florian Schubert

Kein neues Phänomen

Antisemitismus im Fußball

„Warum Antisemitismus im Fußball, ist Fußball nicht unpolitisch?", lautet eine häufig gestellte Frage, wenn Antisemitismus im Fußball angesprochen wird. Und eigentlich sollte die Verwunderung über das Vorkommen von Antisemitismus im Fußball auch berechtigt sein, doch leider gibt es ihn schon lange. Viel zu lange.

Viele Menschen verbinden mit Fußball starke Gefühle. In der Abgrenzung zum gegnerischen Team und zu seinen Fans entstehen temporäre Sinn- und Wertegemeinschaften. Ohne diese gruppenbildende Eigenschaft wäre Fußball für viele Zuschauerinnen und Zuschauer wohl weniger attraktiv. Zur Vergemeinschaftung gehört als Teil der „Kultur" der Abgrenzung vom gegnerischen Verein, von seiner Mannschaft und seinen Fans das Beschimpfen und Herabsetzen dieser „anderen". Dabei werden gesellschaftlich geltende Grenzen regelmäßig überschritten. Teil der „Diskriminierungskultur" sind häufig auch antisemitische Schmähungen der als „fremd" und „anders" dargestellten gegnerischen Fans, Spieler und Vereine. Mittels des Antisemitismus wird die eigene Position aufgewertet und der Gegner herabgewürdigt. Demonstrativ zum Ausdruck gebrachter Antisemitismus wirkt im Fußball als eine der stärksten Schmähungen.

Fußballantisemitismus

Im Fußball äußert sich Antisemitismus in gemeinschaftlichen Gesängen, in die manchmal mehrere Hundert Fans einstimmen, und in individuellen Beschimpfungen. Wenn viele Fans an antisemitischen Gesängen beteiligt sind, handelt es sich zumeist um besondere Situationen wie sogenannte Derbyspiele oder DFB-Pokalspiele. Dem gegnerischen Verein und seinen Fans soll durch die Bezeichnung „Jude" eine möglichst große Geringschätzung gezeigt werden. Auch Fans, die von sich selber der Meinung

sind, nicht antisemitisch zu sein, stimmen in diese Gesänge mit ein. Der gemeinsame Hass einer Fanszene auf ihren Gegner lässt ansonsten akzeptierte Tabus überschreiten und die Schranken zu Diskriminierung und Abwertung weit öffnen. Dieses Phänomen bezeichne ich als Fußballantisemitismus. Eines wird dabei immer wieder deutlich: Rechtsoffene und neonazistische Fanszenen fungieren hier deutlich als Antriebsmotor für den Fußballantisemitismus.

Ausdrucksformen des Antisemitismus im Fußball

Außer mit verbalen Mitteln wie Gesängen und Sprechchören wird Antisemitismus auch in visueller Form zum Beispiel auf Transparenten, in Wandmalereien und durch Aufkleber geäußert. Zuweilen wird sich auch direkt positiv auf den Nationalsozialismus bezogen. Nachdem in Italien im Anschluss an das Spiel *Lazio Rom* gegen *Cagliari* am 22. Oktober 2017 Aufkleber mit dem Konterfei von **Anne Frank**, bekleidet im Trikot von *AS Rom*, verklebt worden waren, tauchten ähnliche Aufkleber auch im Vorfeld des Spiels *FC Schalke 04* gegen *Borussia Dortmund* am 25. November 2017 auf. Weitaus häufiger als Präsentationen im Stadion sind allerdings antisemitische Malereien, Parolen und Aufkleber im Umfeld von Stadien oder von Fanprojekträumen. Antisemitische Schmierereien, die mit Fußballfans in Verbindung zu bringen sind, erscheinen auch fernab von Stadien. In der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen werden dagegen mit antisemitischen Beschimpfungen einhergehende Angriffe auf Personen. Körperliche Gewalt in Verbindung mit Antisemitismus wird im Fußball fast ausnahmslos von rechtsoffenen und neonazistischen Fans und Fangruppen gegen andere Fans — nicht aber gegen Spieler — verübt. Seit einigen Jahren attackieren rechtsoffene und neonazistische Fangruppen und Hooligangruppen verstärkt antirassistische Fangruppen. Bei solchen Angriffen sind die Opfer sowohl Fans des eigenen als auch des gegnerischen Vereins. So kam es aus der rechten Fanszene von *Alemannia Aachen* über mehrere Jahre immer wieder zu Gewalt gegen die Fangruppe *Aachen Ultras*, die sich wegen der Angriffe genötigt sah, sich als organisierte Fangruppe aus dem Stadion zurückzuziehen. Auf der Website der *Aachen Ultras* heißt es in einem Bericht über einen der vielen Angriffe, „dass es dabei auch zu Rufen wie ‚Homos', oder ‚Verpisst euch, ihr Juden' gekommen" sei.

Gewalt gegen „Makkabi"

Antisemitisch motivierte körperliche Gewalt gegen Spieler wurde bisher nur bei Spielen von Vereinen des 1965 in Deutschland wiedergegründeten jüdischen Turn- und Sportverbands *Makkabi Deutschland e.V.* verübt. *Makkabi*-Spieler werden bei Spielen von gegnerischen Spielern und Fans oder von Betreuern des gegnerischen Teams bedroht und angegriffen. Weit häufiger als körperliche Angriffe sind dabei antisemitische Beleidigungen. Beschimpfungen wie „Scheiß Jude" oder „Euch hat man vergessen zu vergasen" treffen alle, die bei den *Makkabi*-Vereinen spielen. Es wird dabei zudem pauschal unterstellt, alle *Makkabi*-Spieler seien jüdischen Glaubens. Die Beleidigungen werden nicht allein von neonazistischen Fans geäußert. So griffen am 6. September 2015 in Köln nach dem Ende des Spiels von *TuS Makkabi Köln* gegen *ESV Olympia Köln* Gegenspieler unter „Scheiß Juden"- und „Free Palestine"-Rufen Makkabi-Spieler an. Nach Aussage von **Benjamin Rajczyk**, Abteilungsleiter Fußball und Kassenwart von *TuS Makkabi*, sind für den Kölner *Makkabi*-Verein derartig massive antisemitische Vorfälle neu. Die Konfliktsituation im Nahen Osten äußerst sich hier in einem spezifischen Antisemitismus. In den letzten Jahren waren vor allem die Makkabi-Teams aus Berlin und Frankfurt am Main mit diesem spezifischen Antisemitismus konfrontiert. Darüber hinaus wird Makkabi von einigen Verbandsfunktionären und Vereinen zudem in antisemitischer Manier unterstellt, der Verband würde seine Verfolgung im Nationalsozialismus (aus)nutzen, um sich nach Vorfällen als jüdische Sportvereinigung eine besondere Aufmerksamkeit zu sichern und damit einen Vorteil zu verschaffen.

Der Umgang mit Antisemitismus

Am Umgang mit antisemitischen Vorfällen wird deutlich, dass die einzelnen Fußballlandesverbände über keine gemeinsame Strategie gegen Antisemitismus verfügen und auf Vorfälle daher unterschiedlich reagieren. Ein Grund hierfür scheint die mangelnde Sensibilisierung zu sein. Dies führt auch dazu, dass Sportgerichte nach antisemitischen Vorfällen manchmal milde Urteile fällen. Ein Beispiel dafür ist die sportgerichtliche Auseinandersetzung nach dem Spiel zwischen dem *SV Babelsberg 03* und dem *FC Energie Cottbus* am 28. April 2017. Das Sportgericht geriet bundesweit in die Schlagzeilen, weil es bei seiner Urteilsverkündung nicht auf die antisemitischen und neonazistischen Straftaten einging. Letztendlich schaltete sich sogar der DFB ein. Der primäre Fokus von Vereinen und Verbänden liegt auf Formen physischer Gewalt. So werden antisemitische Vorfälle, in denen keine körperliche Gewalt angewendet wird, in ihrer Brisanz unterschätzt.

Wiederkehrende Muster

Bei vielen Vereins- und Verbandsfunktionären herrscht zudem die Meinung vor, Fußball sei generell unpolitisch. Mit dieser Sicht wird versucht, sich der Auseinandersetzung über antisemitische Vorfälle zu entziehen. So zeigt sich bei

vielen Vereinen ein zögerliches Verhalten, gegen rechtsoffene oder neonazistische Fangruppen, die mit antisemitischen Übergriffen in Erscheinung treten, vorzugehen. Dies gilt auch für die Reaktionen, wenn Vereinen vorgeworfen wird, ihre Spieler oder Fans hätten sich antisemitisch geäußert. Es gibt einige Vereine, die diese Vorwürfe ernst nehmen. Sie sanktionieren das Verhalten der Täter und Täterinnen und beziehen deutlich Stellung gegen antisemitisches Verhalten. Bei vielen anderen Vereinen werden die Vorwürfe dagegen zumeist erst einmal ignoriert, und es wird behauptet, die Vorfälle hätten sich gar nicht oder zumindest nicht so ereignet. Können Vorfälle nicht (mehr) ignoriert werden, wird ihre Relevanz heruntergespielt und versucht, dem gegnerischen Verein eine Mitschuld zu geben, beziehungsweise behauptet, die Fans, von denen die antisemitischen Vorfälle ausgingen, seien eigentlich gar keine Fans des Vereins und normalerweise nicht im Stadion anzutreffen. Eigenverantwortung und Vereinsrealitäten werden damit verdeckt. Dieses Verhalten von Vereinen kann als wiederkehrendes Reaktionsmuster nach vielen antisemitischen oder rassistischen Vorfällen beobachtet werden. Ein zusätzliches Problem stellt die mangelnde Differenzierung zwischen den verschiedenen Ebenen von Gewalt, diskriminierendem Verhalten und Antisemitismus dar. Insbesondere Antisemitismus wird häufig unter dem Begriff Rassismus subsumiert.

Umgang von Fans

Anhand von ausgewerteten Interviews mit Fußballfans, aber auch Fanprojektmitarbeitenden, lässt sich erkennen, dass viele Fans sich nicht mit ihrer antisemitischen Einstellung und Handlung auseinandersetzen wollen. Im Fußball besteht eine spezifische Verbindung zwischen der pauschalen, uneindeutigen und negativen Verwendung des Wortes „Jude" zur abgrenzenden und herabsetzenden Adressierung der gegnerischen Fangruppe und der Aufwertung der eigenen Gruppe. In der Aufwertung der eigenen Gruppe erfährt das Individuum in der kollektiven Identität eine Selbstwertsteigerung. Wichtig für die positive Aufwertung seiner selbst ist der Unterschiede herausstellende, abwertende Vergleich zur anderen Gruppe. Dafür werden Unterschiede überhöht, produziert und zur Auf- beziehungsweise Abwertung dienlich gemacht. Genau hier erhält die antisemitische Abwertung, in Verbindung mit weiteren Diskriminierungen, ihre Bedeutung. Die negativen, antisemitischen Stereotype werden auf die gegnerische Fangruppe übertragen. Dem Fußball wohnt insofern das Potential einer Selbstwertsteigerung inne, die mit Hilfe der antisemitischen Abwertung realisiert wird.

Umweg Stadion

Die antisemitische Kommunikation wird nicht mit antijüdischen Handlungen beziehungsweise mit Juden in Verbindung gebracht, da die Betroffenen des antisemitischen Verhaltens (oft) keine Juden sind. Einige der Fans sehen sich außerdem in einer Fußballwelt, die nichts mit der Gesellschaft zu tun hat, in der andere Gesetze herrschen und in der Antisemitismus nicht so bewertet werden sollte wie in der Gesellschaft. Parallel zur Gesellschaft hat sich hier ein Reservat der offenen Diskriminierung entwickelt, in dem antisemitische Kommunikation einen festen Platz hat. Antisemitismus wird darüber hinaus über den Umweg Stadion wieder in den alltäglichen Sprachgebrauch zurückgetragen. Fußball muss damit also als ein Ort betrachtet werden, an dem antisemitische Verhaltens- und Denkweisen erlernt und gefördert werden können. Bisher wurde in der Forschung immer nur beschrieben, wie antisemitische Stereotype in den Fußball hineingebracht wurden und werden oder wie sie im Fußball ihre Verwendung finden. Es soll hier festgehalten werden, dass antisemitische Einflüsse im Fußball nicht, wie oft angenommen, nur aus Richtung der Gesellschaft kommen. Sie finden vielmehr ihren Weg, inhaltlich wieder gestärkt, in den umgangssprachlichen Gebrauch der Gesellschaft zurück. Dies ist auch bei anderen Diskriminierungsformen im Fußball der Fall.

Der Autor Florian Schubert hat 2019 sein Buch „Antisemitismus im Fußball. Tradition und Tabubruch" im *Wallstein-Verlag* veröffentlicht.

Von Britta Kremers

AfD in den Parlamenten

Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Seit Herbst 2018 ist die Alternative für Deutschland (AfD) in sämtlichen Landesparlamenten vertreten. Auch im Bundestag verfügt sie über eine relativ große Fraktion. Damit ist ihr gelungen, was bisher keine Rechtsaußen-Partei nach dem Zweiten Weltkrieg geschafft hat: die Festsetzung im parlamentarischen System der Bundesrepublik.

Die naive Hoffnung mancher politischer Kommentator*innen, die AfD werde sich in den Parlamenten „entzaubern", da die Populist*innen ihre Versprechungen nicht halten könnten und zudem zur Sacharbeit nicht fähig seien, hat sich nicht erfüllt. Stattdessen nutzt die AfD die sich ihr nun bietenden Möglichkeiten vollumfänglich: Massenhaft hat sie verdiente Funktionär*innen, Nachwuchskräfte und Aktivist*innen der extremen Rechten mit Mitarbeiter*innenstellen versorgt. Über Kleine Anfragen erhebt sie Informationen, die für politische Kampagnen verwendet werden. Die Bühne des Parlaments nutzt sie als Verstärker ihrer propagandistischen Botschaften. Mit provokativ-aggressiven Angriffen auf andere Politiker*innen und politische Gegner*innen erfüllt sie die Erwartungen ihrer Kernwähler*innenschaft.
Alle Beiträge des Schwerpunkts kommen zu dem Schluss, dass die anderen parlamentarischen Fraktionen die Distanz zur AfD wahren. Formen der Kooperation sind in Hessen, Rheinland-Pfalz, NRW und im Bundestag nicht entstanden. Dies ist zunächst beruhigend, ob diese parlamentarische Brandmauer nach Rechtsaußen jedoch auch in Zukunft Bestand haben wird, ist leider ungewiss. Das Parteiensystem befindet sich derzeit in einem Umbruch, der sich nicht nur an der Etablierung der AfD zeigt, sondern ebenso an der immer schneller fortschreitenden Implusion der Sozialdemokratie, dem sich besonders deutlich in Ostdeutschland abzeichnenden Bedeutungsverlust der Linkspartei sowie den wohl nicht nur augenblicklichen großen Wahlerfolgen der Grünen. Für die CDU stellt sich für die kommenden Landtagswahlen im Osten die Frage, mit wem sie eine Regierungskoalition bilden soll. Ein Teil der Union zeigt sich offen für die Zusammenarbeit mit der AfD, wird aber zurzeit von der Parteispitze zurückgehalten.
In den nächsten Jahren wird unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gewählt. Im mecklenburgischen Penzlin hat die CDU kürzlich auf lokaler Ebene eine Zählgemeinschaft mit der AfD gebildet, in Sachsen-Anhalt wollen führende CDUler „das Nationale mit dem Sozialen versöhnen" und erklären offen ihre Bereitschaft, dazu mit der AfD zu paktieren. Damit wird das Verhalten der konservativen Parteien und Eliten ein entscheidender Faktor sein, der über die weitere Machtausdehnung der AfD entscheidet — dies war übrigens auch historisch beim Aufstieg des deutschen Faschismus der Fall. Damals entschieden sie sich für eine Bündnisoption.

Die AfD ist zu einem Kulminationspunkt und Motor für einen Marsch durch die Institutionen geworden, stellt **Alexander Häusler** in seinem Beitrag, der den Schwerpunkt eröffnet, fest. ..... Seite 10

Gerd Wiegel, ein aufmerksamer Beobachter des Wirkens der AfD im Bundestag mit großer Detailkenntnis, zeichnet nach, wie die AfD den Parlamentarismus zur Achsenverschiebung nach rechts genutzt hat. ..... Seite 13

Mark Breuer und **Jan-Henning Schmitt** beschreiben, wie die AfD im Landtag NRW eine durchaus professionell anmutende parlamentarische Praxis entwickelt, die sich zwischen Anbiederung und Provokation bewegt. ..... Seite 16

Erst seit wenigen Monaten ist die AfD auch im hessischen Landtag vertreten. **Sebastian Hell** bilanziert den verhaltenen Start der Parlamentsarbeit in Wiesbaden. ..... Seite 19

Im rheinland-pfälzischen Landtag ist die AfD hingegen seit 2016, ihre parlamentarische Praxis skizziert **Alex Wißmann**. ..... Seite 22

Von Alexander Häusler

Partei des Rechtsrucks

Wie die politische Präsenz der AfD die Kräfteverhältnisse verschiebt

Die Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) hat sich im Laufe ihres mittlerweile sechsjährigen Bestehens zu einem Kulminationspunkt und Motor eines rechten Marsches durch die Institutionen entwickelt. Durch ihre Wahlerfolge gewinnt ein völkisch-autoritärer Populismus realpolitisch an Einfluss.

Keine Rechtsaußenpartei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreichte auch nur annähernd eine solche flächendeckende parlamentarische Präsenz wie die AfD. Nur die *Deutsche Partei* schaffte Ende der 1940er Jahre den Einzug in den Bundestag — die AfD hingegen ist zudem noch in allen Landesparlamenten vertreten und ihr gelang mit 11 % der erneute Einzug in das Europaparlament. Damit hat die Rechtsaußenpartei erfolgreich die hierzulande lange bestehende rechtspopulistische Lücke gefüllt und sich zu einem wichtigen Ansprechpartner des europäischen Rechtsaußenspektrums entwickelt. Besonders mit der extrem rechten FPÖ teilt die AfD eine gemeinsame deutschnationalistische politische Tradition — die FPÖ gilt in vielerlei Hinsicht als politisches Vorbild.

Einhergehend mit der zunehmenden realpolitischen Einflussnahme der AfD rücken zugleich weltanschauliche Merkmale des Rechtsextremismus immer stärker in die Mitte des öffentlichen Diskurses. Die mediale Dauerpräsenz rechtspopulistischer Tabubrüche befördert eine Normalisierung reaktionärer und rassistischer Weltbilder. Im Unterschied zu vorangegangenen Hochphasen des deutschen Rechtsextremismus ist das politische Erscheinungsbild der AfD gekennzeichnet durch erfolgreiche politische Allianzen mit nationalkonservativen Strömungen einerseits und dem milieuübergreifenden Schulterschluss mit extrem rechten Bewegungen auf der Straße. Laut aktuellen Umfragen zu den kommenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst dieses Jahres könnte die AfD dort

zur stärksten Kraft werden. Zugleich mehren sich in den ostdeutschen CDU-Landesverbänden Stimmen, die sich für ein Zusammenwirken mit der AfD stark machen. In Sachsen-Anhalt haben zwei CDU-Abgeordnete mit einem Papier zur möglichen Zusammenarbeit mit der AfD schon den Anfang gemacht: In Ostdeutschland drohen österreichische Verhältnisse.

Rechte Volkspartei neuen Typs?

Entstanden ist die AfD als konservativ-neoliberale wie zugleich deutschnationalistische Antwort auf das Merkel-Credo von einer angeblichen Alternativlosigkeit der Euro-Rettungspolitik. Im Laufe ihres weiteren politischen Werdegangs hat sich die Partei unter zunehmendem Einfluss ihres völkisch-nationalistischen Flügels kontinuierlich weiter nach rechtsaußen entwickelt. Somit ist der Entstehungskontext der AfD einerseits der erfolgreichen Besetzung zweier politischer Gelegenheitsfenster geschuldet — der Eurokrise und der sogenannten Sarrazin-Debatte (die AfD als passende Partei zum Buch „Deutschland schafft sich ab"). Andererseits sind die Parteigründung der AfD und ihre Erfolge nicht bloßen Zufällen geschuldet, sondern Ergebnis jahrzehntelanger Vorarbeit der „Neuen Rechten" im vorpolitischen Raum sowie nationalkonservativer Radikalisierungsschritte im Zuge der ‚Merkelisierung' der Union. Ein nicht unbedeutender Teil der politischen Entscheidungsköpfe innerhalb der AfD kommt aus dem früheren *Berliner Kreis* der Union. Mit **Konrad Adam** als damaligem Parteigründungsmitglied, **Alexander Gauland** als aktuellem Parteivorsitzenden und **Erika Steinbach** als Vorsitzender der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung* — alle drei ehemals mitwirkend im *Berliner Kreis* — zeigt sich die Bedeutung der Unionsabtrünnigen für den AfD-Wirkungskreis. Diese radikalisierten Konservativen bilden zugleich den weltanschaulichen Brückenkopf zur „Neuen Rechten" und deren Think-Tanks und Publikationsorganen.

Die Grauzone der „Neuen Rechten" im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus führte jahrzehntelang ein Nischendasein ohne nennenswerten realpolitischen Einfluss. Die „Neue Rechte" sieht in der AfD ein Handlungsfeld zur Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen. So erklärte der „neurechte" Vordenker **Karlheinz Weißmann** 2018 in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF): „Das nächste Ziel der Alternative für Deutschland ist die Organisation als ‚Volkspartei neuen Typs'. In die müssen die Hauptströmungen — Volkskonservative, Hayekianer, Deutschradikale, Sozialpatrioten — eingeschmolzen werden."

Völkisch-autoritärer Populismus

In einem Vortrag am 21. November 2015 beim *Institut für Staatspolitik* definierte der Thüringer Landesvorsitzende und Flügel-Frontmann **Björn Höcke** die AfD als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei". Mit ihrer flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Mobilisierung leitete die AfD ihre aktive ‚Bewegungsphase' ein. Dadurch entwickelte sich die Partei zunehmend zu einem politischen Dach für eine extrem rechte Bewegung auf der Straße: Die von der AfD organisierten rechten Aufmärsche vor dem Erfurter Dom, in Cottbus und Chemnitz unter Beteiligung von Pegida-Anhängern, Hooligans und Neonazis nahmen teilweise faschistoide Züge an. Der AfD-Aufmarsch Ende August 2018 in Chemnitz nach einem Todesfall auf einem Stadtfest bestätigte diese Tendenz.

Was in Partei und rechter Bewegung kulminierend zum Ausdruck kommt, ist die Verknüpfung von populistischer Ansprache mit autoritär-regressiven Gesellschaftsbildern und einem völkischen Nations- und Staatsverständnis. In der AfD als Partei eines solchen völkisch-autoritären Populismus kommen sowohl (rechts)populistische wie zugleich auch autoritäre und völkisch-nationalistische Merkmale zur Geltung. Die AfD ist rechtspopulistisch, weil sie eine spezifische Form von politischer Ansprache sowie entsprechende Mobilisierung politischer Leidenschaften betreibt, die auf Verunsicherung, Angst, Ressentiment und Wut basieren. Alle rechtspopulistischen Parteien instrumentalisieren in den Worten der österreichischen Politikwissenschaftlerin **Ruth Wodak** „eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher, politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten — wenn nicht alle — aktuellen Sorgen und Probleme. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar, die Bedrohung ‚für uns', für ‚unsere' Nation. Dieses Phänomen manifestiert sich als ‚Politik mit der Angst'." Ebenso markieren rechtspopulistische Appelle „an den gesunden Menschenverstand und Anti-Intellektualismus" eine „Rückkehr zu vormodernistischem Denken, also vor der Aufklärung."

Genau diese populistischen Inszenierungen und Feindbildsetzungen praktiziert die AfD: So prangerte der AfD-Bundesvorsitzende **Jörg Meuthen** auf dem AfD-Bundesparteitag im April 2016 in Stuttgart an, er könne sich aufgrund der Zuwanderung nicht mehr sicher auf die Straße trauen, und leitete daraus die Forderung nach einem „Deutschland weg vom links-rot-grün versifften 68er-Deutschland" ab. Der Bundestagsabgeordnete **Marc Jongen**, kulturpolitischer Sprecher der AfD, bekundete als vorrangiges Ziel, „die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen". Der Autoritarismus der AfD offenbart sich in einem rechtspopulistischen Versprechen nach Ordnung (smacht) mit völkisch-

nationalistischer Rhetorik: „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück", verkündete der AfD-Vorsitzende Gauland am Abend des Einzugs in den Deutschen Bundestag. Auch der AfD-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, **Uwe Junge**, ein Oberstleutnant a.D., offenbarte auf seinem Twitter-Account autoritäre Vorstellungen von Selbstjustiz mit folgendem Bekenntnis: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden! Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!". Mit seiner Behauptung, das ‚wahre Volk' symbolisch zu repräsentieren, instrumentalisiert und delegitimiert der Rechtspopulismus die demokratischen Institutionen. Für den AfD-Strategen Gauland stehen Identität und Nationales augenscheinlich über den Werten der Verfassung, da sie angeblich unveränderliche Lebensmerkmale darstellen: „Wir lieben nicht die Verfassung, wir lieben unser deutsches Volk. Aber wir wissen, dass die Verfassung richtig und nützlich ist und wir stehen für sie ein. Sie ist ein Kleid, das man verändern kann. Identität, Nationales, Kultur kann man nicht verändern. Sie ist uns angeboren und sie ist etwas, was wir alle zum Leben brauchen." Merkmale eines völkisch-nationalistischen Revisionismus lassen sich auch beim AfD-Bundestagsmitglied **Martin E. Renner** finden, der in Reden vor der Parteibasis über „70 Jahre des linksideologischen Grauens" klagte — über „70 Jahre Dekonstruktion unserer Gesellschaft", die seiner Ansicht nach mit der Re-Education nach dem Zweiten Weltkrieg („ein Teil der psychologischen Kriegsführung") ihren Anfang nahmen.

Rechte Normalisierung und Faschisierung

Zwar spielt die AfD aktuell ihre parlamentarische Rolle als rechte Fundamentalopposition, was eine Kooperation mit den rechten Konservativen nach dem österreichischen Modell ausschließt: Doch in Ostdeutschland mehren sich die Anzeichen dafür, dass es dort in naher Zukunft zur Herausbildung eines neuen hegemonialen Blocks rechter Kräfte kommen könnte, bei dem die AfD die Rolle des politischen Kooperationspartners einnehmen würde. Eine solche mögliche Entwicklung wäre dann nicht bloß Ausdruck einer fundamentalen Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf dem extrem rechten wie dem konservativen Feld. Zugleich droht dadurch eine Verschiebung völkisch-nationalistischer Weltanschauungen von Rechtsaußen in die gesellschaftliche Mitte sowie eine realpolitische Gestaltungsmöglichkeit für extrem rechte Politikansätze.
In den Zeiten der Achtundsechziger prägte die These von **Johannes Agnoli** über eine „Transformation der Demokratie" hin zu einem autoritären Regime die linken Diskurse. Eine solche Tendenz für eine „Involution" — ein inneres Schrumpfen und Zusammenbrechen demokratischer Grundsätze unter dem Druck von rechts — erscheint aktuell unter neuen Vorzeichen zumindest in ostdeutschen Landesteilen kein unrealistisches Szenario mehr. Während in den Parlamenten seitens der AfD ein Wechselspiel von permanentem Tabubruch und taktisch motivierter Zivilisierung betrieben wird, schreitet die von der AfD populistisch befeuerte Faschisierung ostdeutscher Provinzen rapide voran. Die gewaltaffinen rechten Stoßtruppen auf der Straße drohen dabei, eine demokratiefeindliche und zum Teil paramilitärische Funktion für die Umsetzung der AfD-Forderungen in den Parlamenten zu übernehmen. Eine derartige Entwicklung macht ein erneutes Nachdenken über die Möglichkeiten einer Reinkarnation des Faschismus erforderlich.

Literatur zur Vertiefung:

Alexander Häusler/ Helmut Kellershohn (Hrsg.): Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung. Münster 2018.

Credit: Deutscher Bundestag / Achim Melde

Von Gerd Wiegel

Achsenverschiebung nach rechts

Zwischenbilanz zur AfD im Bundestag

Halbzeitpause im Bundestag, auch wenn niemand genau weiß, wie lange die zweite Halbzeit dauern wird. Knapp zwei Jahre sind seit der letzten Bundestagswahl vergangen und die Dauerkrise der Großen Koalition ist Ausdruck politischer Instabilität, für die die AfD weniger Ursache als Ausdruck ist. Deren Bundestagsfraktion hat in den vergangenen 21 Monaten die Möglichkeiten des Parlamentarismus zur politischen Achsenverschiebung nach rechts genutzt.

Sieht man sich das erste Jahr nach der Bundestagswahl an, dann scheint die vollmundige Ankündigung des AfD-Fraktionsvorsitzenden **Alexander Gauland** vom Wahlabend: „Wir werden sie jagen!", nicht völlig aus der Luft gegriffen. Die vor allem unionsinternen Auseinandersetzungen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik hatten CDU/CSU und auch die Regierung bis zum Sommer 2018 an den Rand des Abgrunds gebracht und **Angela Merkel** und **Horst Seehofer** im Endeffekt jeweils ihre Vorsitzendenämter gekostet. Ohne jeden Zweifel war die Angst vor dem weiteren Aufstieg der AfD Hintergrund für diese Auseinandersetzung und bis heute prägt diese Angst das Handeln der Regierung in wichtigen Feldern. Die AfD im Bundestag hat alles getan, um das Thema Fluchtmigration im Zentrum der deutschen Politik zu halten — bis zum Jahresanfang 2019 war sie damit auch relativ erfolgreich.

Kriminalisierung von Menschengruppen

Die Verknüpfung von Migration und Kriminalität war ein zentrales Anliegen der AfD-Fraktion in den ersten 12 Monaten im Bundestag. In Anfragen, Anträgen, Gesetzentwürfen und Reden wurde und wird immer wieder eine enge Verbindung von Migration und Kriminalität konstruiert und in rassistische Bilder übersetzt. Die AfD-Fraktion nutzt dabei alle Mittel, um aus Menschen auf der Flucht eine entindividualisierte, homo-

gene Gruppe potenzieller Verbrecher_innen zu machen, die ihr Leben auf Kosten deutscher Steuerzahler_innen führen wollen und zum Dank dafür die deutsche Bevölkerung mit Mord und Totschlag überziehen.
Woche für Woche verbreitet die AfD-Fraktion diese Form der Hetze im Bundestag und von hier via social media und über ihr mediales Netzwerk in alle Welt. Begriffsbildung und inhaltliche Verknüpfungen sind dabei ein wichtiges Mittel. Kaum mehr bemerkt sprechen AfD-Redner und die wenigen -Rednerinnen durchgängig von „Asylbehauptern", wenn sie über Geflüchtete reden. Als „Schmarotzer" und „Betrüger" werden diese von der AfD dargestellt: „Wer sich schleusen lässt, der will betrügen", so der Abgeordnete **Gottfried Curio**, einer der schlimmsten Hetzer der Fraktion, in einer exemplarischen Bundestagsrede. Von ihm stammt ein Großteil der sprachlichen Bilder, mit denen die AfD im Bundestag Wut und Hass auf Geflüchtete anstacheln will: „Integration ist gescheitert, schon wegen der schieren Menge. Sie wird von den Migranten selbst auch nicht gewünscht, die ihre eigene Kultur leben wollen — nach den gesetzwidrigen Regeln der Scharia." Der ethnopluralistische Ansatz der „Neuen Rechten", der sich vor allem gegen eine angeblich „kulturfremde" Zuwanderung richtet, zeigt sich hier. Alle Migrant_innen werden als Anhängende der Scharia bezeichnet. Schließlich wird die zunächst abstrakte Bedrohung in konkrete und anschauliche Begriffe übersetzt. Noch einmal Curio, mit Blick auf die Bundeskanzlerin: „Sie hat massenhaft archaische, frauenfeindliche Gewalttäter ins Land geholt — ohne Not –, aber immerhin doch auch Fachkräfte importiert: für Messerattacken." (alle Zitate Protokoll 19. Wahlperiode, 21. Sitzung, S. 1745).

„Massenzuwanderung heißt Messerzuwanderung" — auf diese Formel brachte es die AfD-Fraktion via Facebook nach dieser Curio-Rede und spielte fortan und bis heute Woche für Woche mit dieser Zuschreibung. In der jüngsten Debatte zum Gesetzespaket der Bundesregierung unter anderem zu den Themen Abschiebung und Arbeitsmigration im Juni 2019 behauptete der Mainzer AfD-Abgeordnete Sebastian Münzenmeier: „Zu uns kommen überwiegend Analphabeten und Messerstecher." (Protokoll 19. Wahlperiode, 105. Sitzung, S. 12945)

Problemreduktion und Rassismus

Bis heute ist das Thema Fluchtmigration für die AfD-Fraktion der Schlüssel zu allen anderen politischen Themen. Insbesondere ist sie darum bemüht, sozialpolitische Fehlentwicklungen in einen engen Zusammenhang mit der Migrationsfrage zu bringen — ganz so, als hätte es diese Probleme vor dem Sommer 2015 nicht gegeben. Ob Wohnungsnot, steigende Mieten, Lohndumping, Gesundheitspolitik oder Bildungsprobleme, letztlich sind es für die AfD immer die Zugewanderten, die als Ursache ausgegeben werden. Systematisch sollen die Geflüchteten als finanzielle Belastung und Konkurrenz der einheimischen Bevölkerung dargestellt werden. Dem dienen Anfragen, in denen nach „Gesundheitsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz" gefragt wird (Aussage: Asylbewerbende bekommen Leistungen umsonst, Deutsche nicht), nach „Sozialleistungsbetrug bei Kindergeldzahlung für im EU-Ausland lebende Kinder" (Aussage: die kommen, um ‚unseren' Sozialstaat auszunehmen) oder nach „Staatliche(n) Unterstützungsleistungen für Vielehe-Familien" (Aussage: deutsche Steuerzahlende zahlen für ‚kulturfremde' und archaische Lebensweisen). Der Abgeordnete **Martin Hohmann** macht sich einen Spaß daraus, Geflüchtete mit wilden Tieren zu parallelisieren und spricht vom „Vergleich zwischen der Zuwanderung unangepasster junger Männer und Wölfen. In beiden Fällen wird das Gefahrenpotenzial von Politik und Medien kleingeredet. In beiden Fällen stehen die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen. Und in beiden Fällen verachten die Herrschenden die, die schon länger hier leben." (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 44. Sitzung, S. 4576).
Nach nur 21 Monaten AfD im Bundestag hat sich die Grenze des Sagbaren im Plenum in einer Art und Weise verschoben, die nur als atemberaubend zu bezeichnen ist. Mit Blick auf die Ausweitung der Abschiebehaft und die Inhaftierung in normalen Gefängnissen nimmt der Abgeordnete Curio eine Verdinglichung von Menschen vor: „Aber was ist schlimm daran, wenn Asyltäuscher dort zwischenverwahrt werden?", um gleich danach alle Zugewanderten zu Verbrecher_innen zu erklären: „Angesichts des Ausländeranteils in Gefängnissen von über 50 Prozent ist das doch nicht wirklich eine fremdartige Umgebung." (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 101. Sitzung, S. 12186).

Reaktionen der anderen

Die Sanktionsmöglichkeiten gegen solche bewussten Tabubrüche sind im Bundestag begrenzt. Das Mittel des Ordnungsrufes ist ein stumpfes Schwert, wird zwar häufig angewandt, hat aber keine Folgen. Redefreiheit insbesondere für Abgeordnete ist ein hohes Gut und lässt nur sehr schwer juristische Sanktionen zu. Nachdem es zunächst von Seiten der anderen Fraktionen nur spärliche und vereinzelte Gegenwehr gegen die AfD-Entgleisungen gab, hat sich inzwischen ein Umgang etabliert, bei dem nicht jede Provokation der AfD aufgegriffen wird, es aber doch immer wieder

gute und gezielte Gegenreden zur AfD gibt, die den Rassismus und Autoritarismus dieser Fraktion beim Namen nennen.

Ohne Zweifel gibt es aber auch einen Gewöhnungseffekt, so dass Zuschreibungen und sprachliche Bilder der AfD gar nicht mehr als rassistische Zuschreibung wahrgenommen werden. Inhaltlich knüpft die AfD an zahlreiche Punkte an, die auch vom rechten Flügel der Union vertreten werden. Dennoch lässt sich für den Bundestag von einer eher noch vergrößerten Distanz aller anderen Fraktionen zur AfD sprechen. Ablesen lässt sich das an den immer wieder erfolglosen Anläufen der AfD, ihren Vizepräsidentenposten einzunehmen. Die Front der Nein-Stimmen zu den unterschiedlichen AfD-Kandidat_innen ist in den letzten Monaten eher größer als kleiner geworden. Auch gibt es mittlerweile Absprachen der anderen Fraktionen, nicht jede Provokation der AfD durch ausufernde Geschäftsordnungsdebatten zu belohnen, sondern mit einer einzigen Rede auf die AfD zu reagieren.

Neue Rechte im Bundestag

Auch wenn das Migrationsthema nach wie vor zentral für die AfD-Fraktion ist, spielt sie doch auf der gesamten Klaviatur der modernisierten radikalen Rechten. Antifeminismus und der Kampf gegen von ihren Vorstellungen abweichende Familien-, Geschlechter- und Rollenmodelle spielen eine große Rolle für die Fraktion. Abgeordnete wie **Beatrix von Storch** oder **Nicole Höchst** sind hier wichtige Protagonistinnen.

Der von der AfD ausgerufene Kulturkampf wird im Bundestag vor allem vom Abgeordneten **Marc Jongen** ausgefochten. Die Umdeutung des Faschismus zu einem Phänomen der politischen Linken findet sich hier genauso wie der Kampf gegen kulturelle Einrichtungen und Formen der Kulturförderung, die der AfD ideologisch ein Dorn im Auge sind. Ein zentrales Feindbild sind dabei alle Akteur_innen, die in irgendeiner Form Politik gegen Rechts machen oder gar Antifaschist_innen sind. Mit Anfragen und Anträgen tritt die AfD hier für eine Streichung sämtlicher öffentlicher Gelder ein.

Ein Blick auf die Mitarbeiterschaft der Fraktion zeigt, dass alle Spektren der extremen Rechten vertreten sind. Von **Eric Lehnert** (Geschäftsführer des *Institut für Staatspolitik*) über **Michael Paulwitz** (u.a. *Junge Freiheit*) bis zu **Manuel Ochsenreiter** (*Zuerst*) finden und fanden sich Prominente der Szene in der Fraktion. Mit Maximilian T., einem möglichen Unterstützer des zunächst wegen Rechtsterrorismusverdachts angeklagten **Marco A.**, handelte sich der Abgeordnete **Jan Nolte** Probleme ein, weil die Bundestagsverwaltung zunächst keinen Hausausweis ausstellen wollte, bis die Anklage fallengelassen wurde.

Formal hat die AfD zwar einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der *Identitären Bewegung* (IB), real gibt es jedoch unzählige Kontakte. So auch, laut Recherchen der taz, die Bundestagsfraktion. Noch im Frühjahr 2019, nachdem die IB aufgrund von Spendenzahlungen und Treffen mit dem Christchurch-Attentäter in den Verdacht der Unterstützung des Rechtsterrorismus geriet, stelle der Abgeordnete **Siegbert Droese** demonstrativ den IB-Chef **Daniel Fiß** für zwei Monate in seinem Büro ein.

Thematisch schwach aufgestellt

Die AfD-Fraktion im Bundestag wird weiterhin zentraler Geld- und Jobmotor für Partei und Umfeld bleiben. Die Fraktion hat den Aufbau relativ schnell bewältigt und nutzt heute alle Mittel, die der Parlamentarismus bietet. Sie versteht es bestens, ihre Themen und Inhalte in die eigene Szene zu transferieren, nutzt die Möglichkeiten moderner Kommunikation besser als alle anderen Fraktionen und hat sich in der Auseinandersetzung um den Globalen Migrationspakt auch als kampagnenfähig erwiesen.

Thematisch ist die Fraktion jedoch schwach aufgestellt und mit der aktuell allgegenwärtigen Klima-Debatte ging ihr das zentrale politische Thema verloren. Mit der von ihr kultivierten Position der Klimaleugnung hat sie zwar ein neues Alleinstellungsmerkmal gefunden, bleibt damit aber im isolierten Kreis der eigenen Szene. Sozialpolitisch hat die Bundestagsfraktion keine eigenen Akzente setzen können, agiert in den Debatten zumeist neoliberal und hat keine eigenen Konzepte entwickelt. Die Verschiebung des schon lange angekündigten Parteitags zum Thema Sozialpolitik zeigt, dass hier die Gräben in Partei und Fraktion tief sind. Spendenskandal und Verfassungsschutz-Beobachtung haben Partei und Fraktion zusätzlich belastet und begleiten sie als drohende Gefahr auch weiterhin.

Der Autor Dr. Gerd Wiegel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag und einer der Autoren des Buches „Rechtspopulisten im Parlament“ (Westend-Verlag, Frankfurt 2018).

Von Mark Breuer und Jan-Henning Schmitt

Anbiederung und Provokation

Die AfD-Fraktion im Landtag NRW

Im Mai 2017 zog die AfD mit zunächst 16 Angeordneten in den Düsseldorfer Landtag ein. Bereits nach fünf Monaten war die Fraktion auf 13 Mitglieder geschrumpft, die internen Streitigkeiten aber dauern bis heute an. Akzente konnte die AfD mit ihrer durchaus professionellen parlamentarischen Arbeit bislang nur wenige setzen.

Bereits vor der Landtagswahl war der NRW-Landesverband gespalten in Anhänger*innen und erbitterte Gegner*innen des im Juni 2014 gewählten Landessprechers **Marcus Pretzell**. Im Wahlkampf war Pretzell de facto der einzige öffentlich sichtbare Kandidat seiner Partei. Auch auf der Landesliste konnte er vor allem „seine" Leute platzieren. Unter den neu gewählten Abgeordneten ließen sich nur **Christian Blex** und **Thomas Röckemann** eindeutig dem völkisch-nationalistischen „Flügel" zurechnen, der gegen Pretzell opponierte.
Doch nach der Bundestagswahl im September 2017 verschoben sich die Machtverhältnisse in der Fraktion, als Pretzell seiner Ehefrau **Frauke Petry** folgte und aus der Partei austrat. Mit zwei Getreuen tritt er im Landtag nun als *Blaue Partei* auf, eine Fraktion konnten sie jedoch nicht bilden. Von ihrem Recht, Kleine Anfragen zu stellen, machen die Abweichler aber regen Gebrauch. Thematisch zeigen sich große Schnittmengen mit der AfD, eine Kooperation gibt es aber nicht. Die persönliche Feindschaft sitzt tief: Als die AfD-Fraktion im Oktober 2018 einen auf Pretzell gemünzten Antrag gegen „Doppelmandate" einbrachte, setzte der damals auch im Europaparlament Sitzende zu einer Wutrede an, in der er unter anderem Blex vorwarf, „zu feige zum Eintritt in die NPD zu sein", aber Leuten zur „Infiltration in die AfD" zu verhelfen, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorlägen.
Nach Pretzells Abgang wurden die Sprecherposten an der Spitze des Landesverbands paritätisch mit je einem Vertreter der konkurrierenden Flügel besetzt. Die internen Querelen aber blieben. So griff im Februar 2019 der Landessprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Helmut Seifen** seinen Co-Sprecher Thomas Röckemann sowie Christian Blex massiv an. In einem internen Schreiben warf er ihnen eine stärkere Loyalität zum „Flügel"-Chef **Björn Höcke** als zum eigenen Landesverband vor. Mit Hilfe des „Flügels" bauten sie in NRW „Parallelstrukturen" auf, was die innerparteilichen Abläufe untergrabe und Wähler*innen verschrecke. Seifens Schlussfolgerung, die „Marschrichtung" der AfD NRW müsse in der Bildung eines schlagkräftigen Instruments gegen „parteipolitische Gegner" und „radikale linke Kräfte der Straße" liegen, zeigt aber, dass die Gründe für den Streit weniger inhaltliche, sondern strategische Differenzen sind.

„Linksextremismus", Migration und Innere Sicherheit

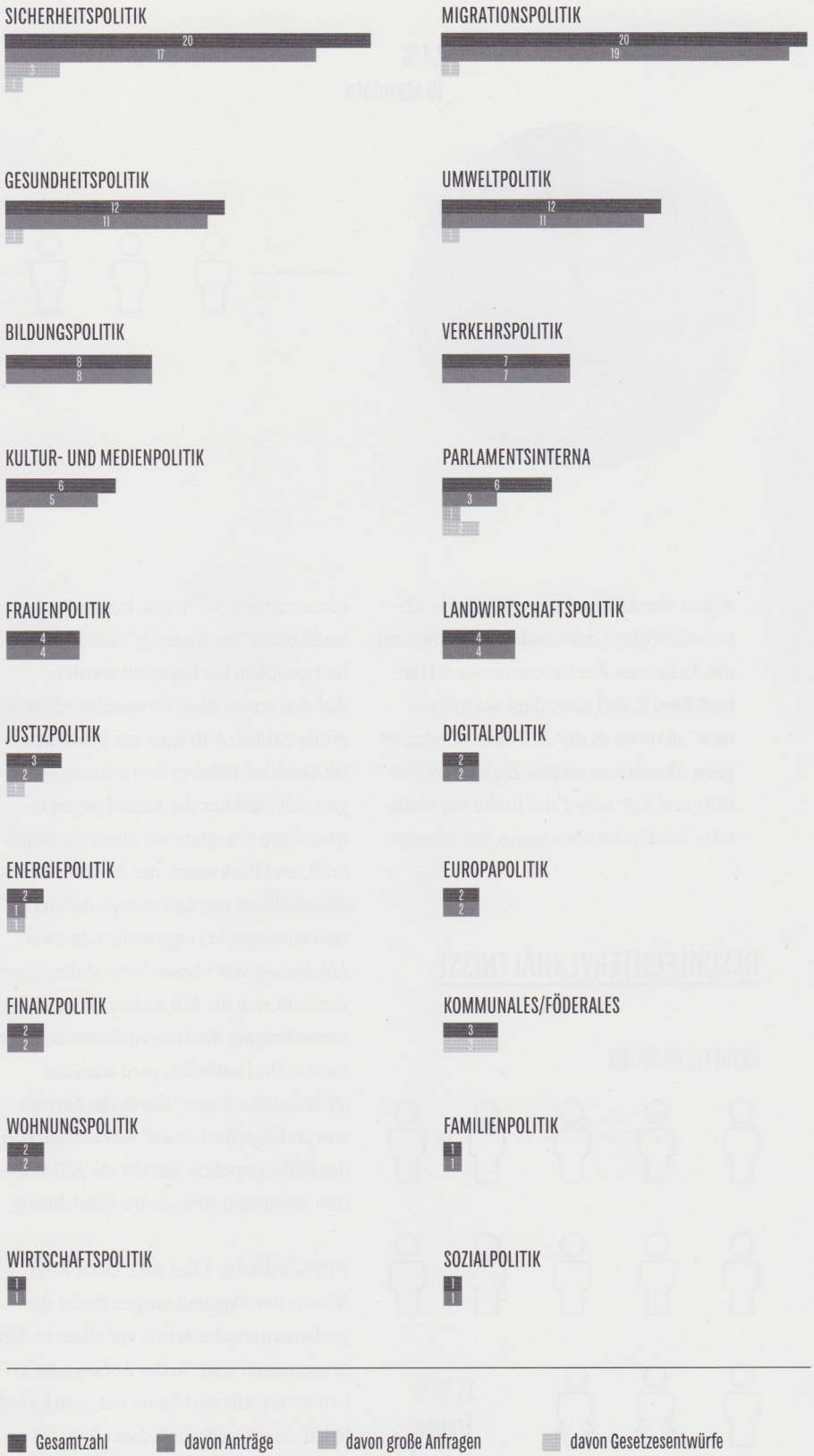
Dass die AfD die parlamentarische Arbeit als Instrument gegen ihre politischen Kritiker*innen nutzt, zeigte bereits ihr erster Antrag vom Juni 2017, mit dem die Einführung einer „Extremismusklausel" für staatlich geförderte Initiativen gegen rechts beschlossen werden sollte. Zwar wurde der Antrag von den anderen Fraktionen abgelehnt, in der Folge stellte die AfD aber weitere Kleine Anfragen, die schließlich in einer Großen Anfrage mit dem Titel „Linksextremismus in NRW strukturell erfassen und effektiv bekämpfen" mündete. 35 Prozent aller parlamentarischen Dokumente der AfD zur Sicherheitspolitik haben den angeblichen „Linksextremismus" zum Thema. Ziel ist die Ausforschung aller Projekte gegen rechts und die Markierung selbiger als „linksextrem".
Die internen Querelen blockieren die Landtagsarbeit der AfD-Fraktion nicht. Bislang hat sie 519 kleine Anfragen, 103 Anträge, zehn Gesetzesentwürfe und fünf große Anfragen eingebracht. Im Vergleich zur um eine Abgeordnete grö-

ßeren Fraktion der *Grünen* ist der AfD-Output aber fast ein Viertel niedriger. Trotzdem ist man mit der eigenen Arbeit zufrieden. **Markus Wagner**, der Pretzell als Fraktionsvorsitzenden abgelöst hat, erklärte anlässlich des einjährigen Bestehens der Fraktion, man weise „Alleinstellungsmerkmale" auf — etwa im Veto gegen Russland-Sanktionen oder im Ziel der Grenzsicherung und Verhinderung von ungesteuerter Migration. Die AfD sei im Gegensatz zur CDU das „Original" und kein „Plagiat". Wagner, der aus der *Schill-Partei* stammt, zählt zum „gemäßigten" Parteiflügel, doch er tritt mit klarer Rechtsaußen-Rhetorik auf, etwa wenn er in einer Landtagsrede zum Haushalt 2019 dem CDU-Ministerpräsidenten vorwirft, er wolle den Islam „zum Markenkern von NRW" machen, und er die AfD zur einzigen Kraft „gegen die zunehmende Islamisierung unseres Landes" erklärt.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD

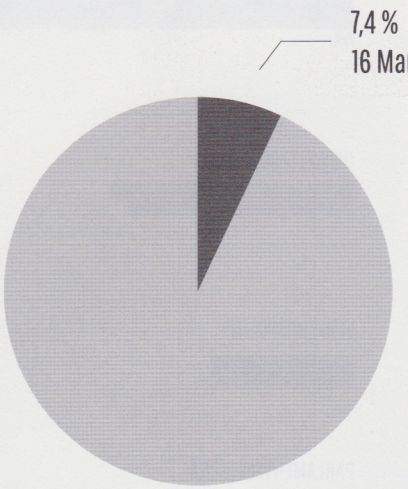
Trotz der politischen Angriffe auf die Union stimmt die AfD-Fraktion oftmals mit der Regierungskoalition. Aber alle Versuche, sich CDU und FDP anzudienen, scheitern. Die Front der Ablehnung gegenüber der AfD im Landtag ist geschlossen. Dies zeigt sich darin, dass sich die AfD nicht an fraktionsübergreifenden Anträgen beteiligen darf und es abgestimmte Reaktionen auf ihre Provokationen gibt. Nur einmal geriet diese Front ins Wanken. Die AfD beantragte die Bildung einer Enquete-Kommission zu angeblichen „Parallelgesellschaften". Bei der Abstimmung enthielten sich CDU und FDP, da es parlamentarische Gepflogenheit ist, jeder Fraktion eine Enquete zu gewähren. Da SPD und Grüne gegen den Antrag stimmten, blieb der AfD dieses Gremium verwehrt.
Die Themen Migration und, damit verknüpft, Innere Sicherheit bestimmen die

PARLAMENTARISCHE DOKUMENTE NACH POLITIKFELDERN



* Stand: 31. Mai 2019 / Die 519 kleinen Anfragen sind in der Statistik nicht enthalten.
Die Kategorien orientieren sich an einer Studie von Häusler/Puls/Roeser in der Reihe „DGB diskurs" des DGB-Bundesvorstands, Berlin 2018.

LANDTAGSWAHL AM 14. MAI 2017 / WAHLERGEBNIS



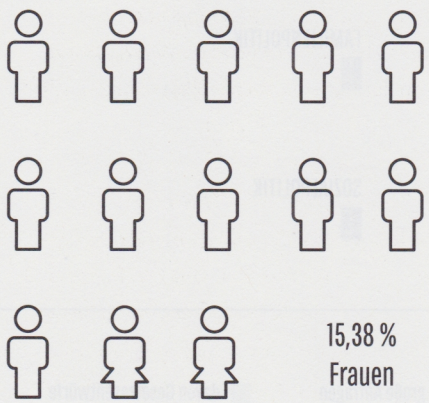
3 ABGÄNGE
MARCUS PRETZELL
ALEXANDER LANGUTH
FRANK NEPPE

Arbeit der AfD-Fraktion. Die rigide Abschiebe-Politik der Landesregierung und die Ansichten des Innenministers **Herbert Reul** (CDU) zum „Linksextremismus" machen es der AfD aber schwer, eigene Akzente zu setzen. Zudem greifen CDU und FDP selbst tief in die populistische Trickkiste, etwa wenn Verkehrsbehinderungen durch „türkische Hochzeitskorsos" zu einem großen Sicherheitsproblem hochgespielt werden.

Auf den ersten Blick verwunderlich ist die große Zahl an Anträgen zur Umweltpolitik. Doch bei näherer Betrachtung verbergen sich dahinter der Kampf gegen Erneuerbare Energien, vor allem die Windkraft, und Positionen, die die Umweltschädlichkeit von Emissionen durch Diesel-Fahrzeuge in Frage stellen. In ihrer Ablehnung von Klimaschutz-Maßnahmen versucht sich die AfD zudem als Interessenvertretung der Unternehmen zu inszenieren. Und natürlich wird auch das „Schule Schwänzen" durch die Aktiven von „Fridays for Future" skandalisiert. In der Bildungspolitik vertritt die AfD-Fraktion ansonsten eine elitäre Ausrichtung.

GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE

AKTUELLE FRAKTION



Frauenanteil im gesamten Parlament: 27,1%

Persönliche Distanz bröckelt

Abseits der Plenarsitzungen findet die parlamentarische Arbeit vor allem in den Ausschüssen statt. In der Anfangszeit arbeitete die AfD dort kaum mit, mittlerweile hat sie aber erkannt, dass einigen Ausschüssen durchaus Medienaufmerksamkeit zukommt. Außerdem nutzen die AfD-Abgeordneten die kleinen Runden offenbar strategisch, um in Kontakt mit anderen Parlamentarier*innen zu kommen und zu ihnen eine persönliche Ebene aufzubauen. Einige Abgeordnete von CDU und SPD steigen auf diese „Charme-Offensive" ein. Landtagsinsider berichten von freundlichen Gesprächen über Kinder und Hobbys. Die persönliche Distanz zu einzelnen AfD-Abgeordneten bröckelt.

Auch wenn die AfD durchaus versucht, im Landtag gemäßigt aufzutreten, sind Provokationen und politische Angriffe ebenso häufig, beispielsweise durch Christian Blex oder den Abgeordneten **Roger Beckamp**. Videos ihrer Reden verbreiten sie auf YouTube. Die Privat-Accounts von Abgeordneten weisen dabei eine größere Reichweite auf als der Kanal „AfD-Landtagsfraktion NRW". Seit die Partei dort verstärkt Mitschnitte ihrer Plenarreden veröffentlicht, sind aber auch dort die Klickzahlen gestiegen. Zwar wird dem NRW-Landtag bei Weitem nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie dem Bundestag zuteil, einige Abgeordnete wissen aber die Bühne zu nutzen, die ihnen das Parlament bietet.

Von Sebastian Hell

Verhaltener Start

Die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag

In den ersten sechs Monaten blieben Eklats rund um die AfD-Fraktion im hessischen Landtag weitestgehend aus. Zwar ist der Ton der AfD in einigen ihrer Anfragen rauer, insgesamt versucht sie derzeit aber, sich als demokratisch legitimierte Partei, mit der Realpolitik zu machen ist, darzustellen und schluckt Rückschläge ungewohnt kleinlaut. Für Aufsehen sorgten Abgeordnete eher außerhalb des Parlamentes.

Als in der konstituierenden Sitzung am 18. Januar 2019 der AfD-Abgeordnete **Erich Vohl** bei der Wahl zum Vize-Landtagspräsidenten durchfiel, äußerte sich der Fraktions- und Landessprecher **Robert Lambrou** enttäuscht, aber auch nüchtern. Lambrou betonte, die AfD bewege sich im demokratischen Spektrum und der Umgang der anderen Parteien im Landtag mit ihnen sei „unsouverän oder gar leicht hysterisch". Ähnlich hatte sich der neue AfD-Abgeordnete **Rolf Kahnt** in seiner Rolle als Alterspräsident bei seiner Eröffnungsrede des hessischen Landtags geäußert. Er sagte mit Blick auf den Umgang mit seiner Partei im Parlament, dass Ausgrenzungen gegen „politisch Andersdenkende" zu beenden seien und warb für „Fair Play". Der Landtag hatte, im Gegensatz zum Bundestag, seine Geschäftsordnung nicht geändert und so fiel Kahnt als ältestem Abgeordneten das Amt des Alterspräsidenten zu.

Auch der zweite Versuch, einen AfDler zum Landtags-Vizepräsidenten wählen zu lassen, scheiterte Anfang April. Diesmal war **Karl Hermann Bolldorf** angetreten. Lediglich die FDP gab im Nachhinein an, für beide Kandidaten gestimmt zu haben. Man wolle nicht, „dass sich die AfD als Opfer darstellen kann", so die FDP. Linke, SPD, Grüne und CDU hatten hingegen gegen die AfD-Kandidaten votiert. Den Äußerungen der Parteien nach wollen sie dies auch zukünftig so beibehalten.

Abseits des Plenums

Schon vor ihrer Gründung musste sich die Fraktion mit zwei Personalia beschäftigen. Von den 19 gewählten Abgeordneten wurden zwei gar nicht erst Teil der Fraktion. **Nikolaus Pethö** verstarb nur einen Tag vor der konstituierenden Sitzung des Landtags und wurde durch **Erich Heidkamp** ersetzt.

PARLAMENTARISCHE DOKUMENTE NACH POLITIKFELDERN

Stand: 31. Mai 2019 // Die 70 kleinen Anfragen sind in der Statistik nicht enthalten.
Die Kategorien orientieren sich einer Studie von Häusler/Puls/Roesner in der Reihe „DGB diskurs" des DGB-Bundesvorstands, Berlin 2018.

Alexandra Walter wurden wenige Tage nach der Landtagswahl Facebook-Posts zum Verhängnis, in denen von ihrem Account aus die deutsche Kriegsschuld relativiert und ein SS-Mann gelobt wurde. (vgl. LOTTA #73, S. 28) Walter behauptete später, ihr Account sei gehackt worden, wodurch der ehrenamtlichen Beigeordneten im Kreis Groß-Gerau ein Disziplinarverfahren durch das Regierungspräsidium Darmstadt erspart blieb. In die Fraktion wurde sie dennoch nicht aufgenommen, da sie das geforderte Dementi in Form einer Ehrenerklärung nicht abgeben wollte. Sie sitzt nun als Fraktionslose im Landtag, ist aber weiterhin AfD-Mitglied.

Auch Lambrou sorgte außerhalb des Parlamentes für Aufsehen. Als die ehemalige AfDlerin **Franziska Schreiber** im *Kulturzentrum Schlachthof* in Wiesbaden referierte, versuchte er sich in Begleitung eines Filmteams des russischen Staatssenders *Russia-24* Zugang zur Veranstaltung zu verschaffen. Trotz vorheriger Ablehnung einer Drehgenehmigung und der wiederholten Aufforderung, das Filmen zu unterlassen, wurden „durchgehend mit Kameras und Handys die ein- und ausgehenden Personen gefilmt", heißt es in der Pressemitteilung der Veranstalter*innen. Diese empfanden das Vorgehen und weitere Drohungen als „gezielten Einschüchterungsversuch".

„Menschenverachtende Vorstellungen"

Im Landtag selbst sorgte die AfD-Fraktion bisher weniger für Aufregungen als zuvor vermutet. Einen dieser Aufreger löste aber **Gerhard Schenk** aus. Bei der Sitzung am 3. April 2019, bei der es formell um den „Pakt für den Rechtsstaat", eine politische Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Verbesserung der Ausstattung von Justiz und Polizei, ging, meldete er sich zu Wort. Seine Redezeit nutzte er dann dazu, von einem „Unrechtsregime offener Grenzen" zu reden, in dem die „täglich importierten Einzelfälle, Messerattacken, Sexualdelikte, Raub- und Ehrenmorde" zu zahllosen Opfern führen würden. Der als Redner folgende **Gerald Kummer** (SPD) entgegnete konsterniert: „Es macht mich fassungslos, und ich finde es unerträglich [...] wie Herr Schenk von der AfD hier eine Debatte [...] missbraucht, um seine kruden, menschenverachtenden Vorstellungen im Landtag des Landes Hessen verbreiten zu können."

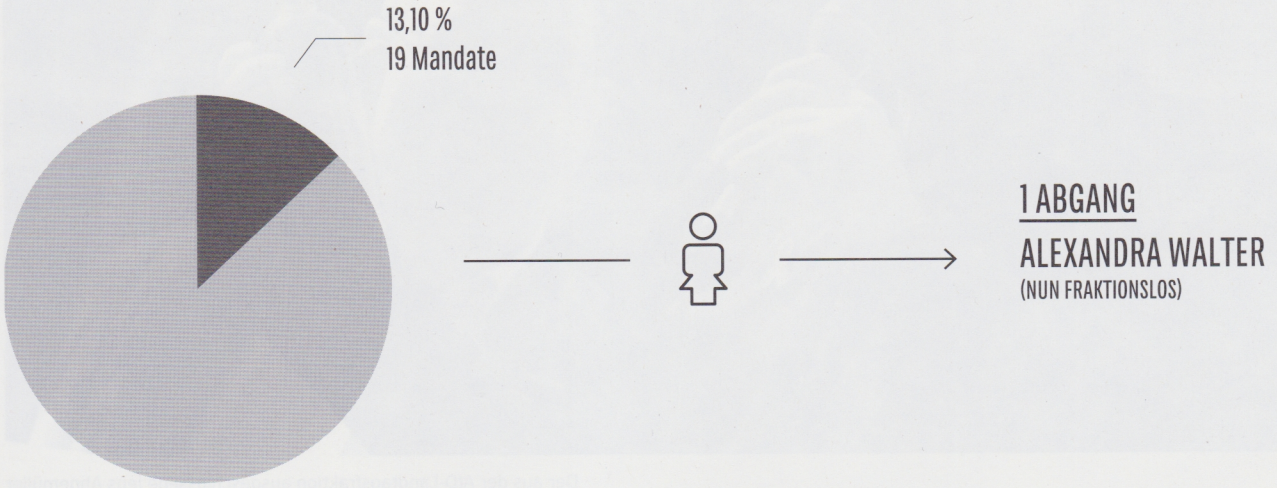
Wenige Tage später sorgte Schenk dann für Aufsehen, als er einer Schulklasse bei einer Diskussion im Landtag erklärte, die Verfassung der Bundesrepublik habe „eindeutig nur provisorischen Charakter".

In den Anträgen und vor allem in Anfragen der AfD-Fraktion zeigt sich immer wieder eine inhaltliche Verschärfung. Näherte sich die AfD anfangs noch subtiler Themen wie Migrations- oder Geschlechterpolitik, wird die Stoßrichtung sukzessive deutlicher. So beantragte sie Ende März, die „Gendersprache in hessischen Ministerien, Landesbehörden und der Landtagsverwaltung ab(zu)schaffen", oder verlangte in einer Kleinen Anfrage Ende April Auskunft über die Kosten der Gender-Forschung an hessischen Hochschulen. Aber auch konkrete Fragen nach „Sprachkursen für Migranten" (Mitte April) oder der Anzahl „unbegleiteter, minderjähriger Ausländer in Hessen" (Ende März) folgten. Darüber hinaus stellte die Fraktion am 9. Mai einen Dringlichen Berichtsantrag zur Höhe der finanziellen Zuwendungen des Landes Hessen an den Verein *Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Hessen* (LAKS e.V.), wo es „offensichtlich ... Schnittmengen mit Vereinsmitgliedern und linksextremen Gruppierungen" gebe.

Gemäßigte Zurückhaltung?

Andreas Lichert und **Frank Grobe** hatten bereits um den Jahreswechsel einige ihrer Tätigkeiten abgegeben, die sie in Verbindung mit der extremen Rechten brachten. Grobe, der die ersten vier Ausgaben des Verbandsblattes der *Allgemeinen Deutschen Burschenschaft* gestaltet hatte, zog sich Anfang des Jahres aufgrund seiner Tätigkeit als Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion aus der Redaktion zurück. Auch Lichert, der mehrere Jahre dem Trä-

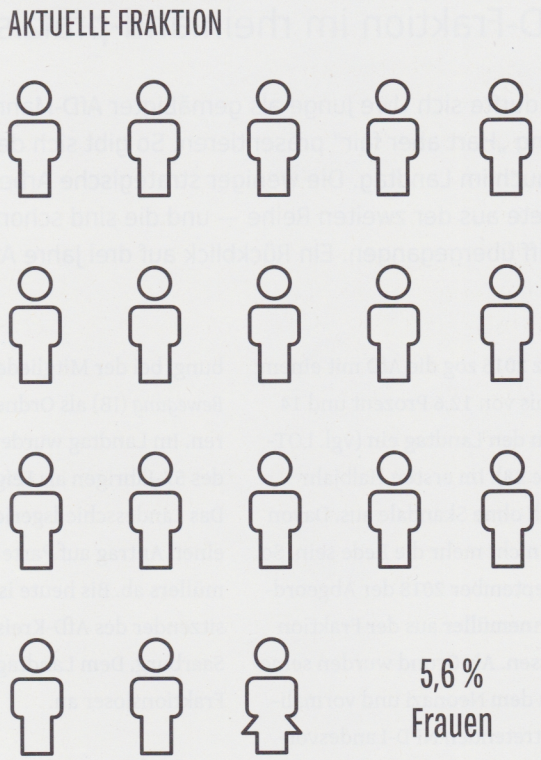
LANDTAGSWAHL AM 18. OKTOBER 2018 / WAHLERGEBNIS



gerverein des *Instituts für Staatspolitik* vorstand und in der *Titurel-Stiftung* mit dem Kauf des von der *Identitären Bewegung* genutzten Hauses in Halle (vgl. Lotta #68, S.44) betraut war, hat sich aus beiden Organisationen formal zurückgezogen. Im Landtag blieb Lichert bisher blass; nur wenige Wortbeiträge sind von ihm dokumentiert. Selbst der plumpe Versuch, die „Fridays for Future"-Demos als „Kinderkreuzzüge" zu diskreditieren, erzeugte kein nennenswertes Presseecho.

Bis jetzt scheint die AfD-Fraktion noch nicht richtig im Landtag angekommen zu sein. Die ersten Monate verliefen unerwartet geräuscharm. Ob die Fraktion weiterhin versuchen wird, sich als politischen Partner anzubieten, ist fraglich. Bisher gelingt es den anderen Parteien weitestgehend, die AfD zu isolieren. Nicht zuletzt deswegen ist davon auszugehen, dass, sollte dieser Abgrenzungskurs konsequent fortgeführt werden, sich der Ton bei der AfD früher oder später weiter verschärfen wird. So ist es wahrscheinlich, dass künftig gerade die Kernthemen der AfD wieder in den Mittelpunkt rücken werden.

GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE



Frauenanteil im gesamten Parlament: 33,6 %

Credits: Jan Maximilian Gerlach

Der aus der AfD-Landtagsfraktion ausgeschlossene Jens Ahnemüller bei einer Kundgebung von „Kandel ist überall" am 1. September 2018 in Hermeskeil.

Von Alex Wißmann

In der Offensive

Die AfD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag

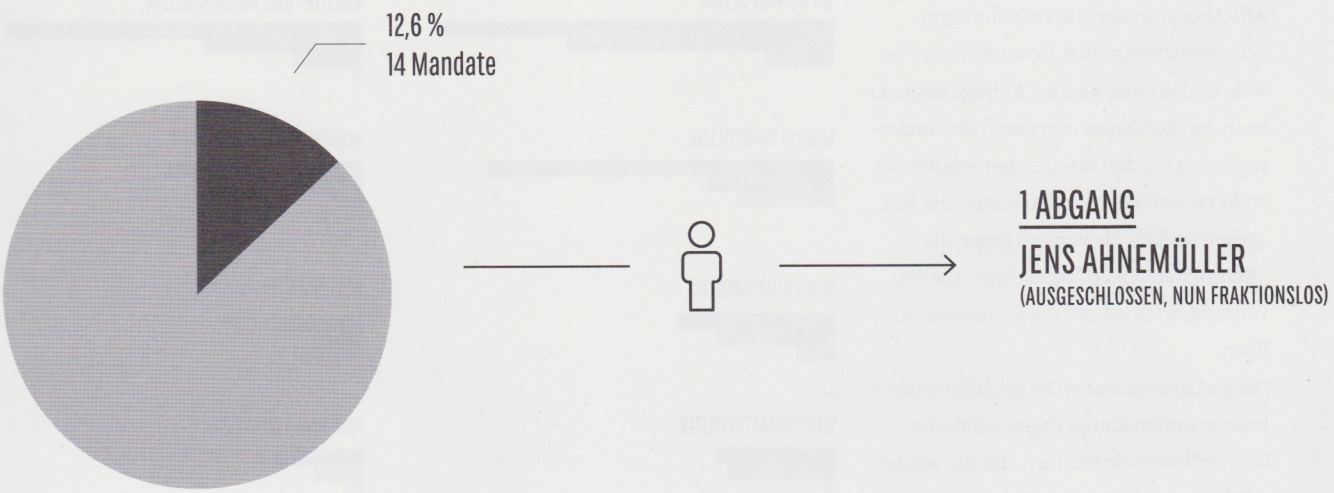
Am 1. Juli durfte sich Uwe Junge als gemäßigter AfD-Mann in der Fernsehsendung „Hart aber fair" präsentieren. So gibt sich der Fraktionsvorsitzende auch im Landtag. Die weniger strategische Arbeit übernehmen Abgeordnete aus der zweiten Reihe — und die sind schon seit Längerem zum Angriff übergegangen. Ein Rückblick auf drei Jahre AfD im Mainzer Landtag.

Am 16. März 2016 zog die AfD mit einem Wahlergebnis von 12,6 Prozent und 14 Mandaten in den Landtag ein (vgl. LOTTA #62, Seite 28). Im ersten Halbjahr kam sie noch ohne Skandale aus. Davon kann heute nicht mehr die Rede sein. So wurde im September 2018 der Abgeordnete **Jens Ahnemüller** aus der Fraktion ausgeschlossen. Als Grund wurden seine Kontakte zu dem Neonazi und vormaligen stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden **Sascha Wagner** angegeben. Auslöser der Debatte um Ahnemüller war eine von ihm organisierte Kundgebung, bei der Mitglieder der *Identitären Bewegung* (IB) als Ordner eingesetzt waren. Im Landtag wurde der Ausschluss des 57-Jährigen als Feigenblatt gewertet. Das Landesschiedsgericht der AfD lehnte einen Antrag auf Parteiausschluss Ahnemüllers ab. Bis heute ist er deshalb Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Trier-Saarburg. Dem Landtag gehört er als Fraktionsloser an.

Kontakte nach Rechtsaußen

Jüngst sorgte auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Joachim Paul** für Aufsehen. Die *tageszeitung* berichtete Ende Mai, dass der 49-Jährige Mitglied der *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn* ist. Die Burschenschaft zählt seit jeher zum Rechtsaußen-Flügel der *Deutschen Burschenschaft*, viele ihrer Mitglieder weisen Verbindungen zur extremen Rechten und zur Neonazi-Szene auf. Paul wird nicht nur durch die Mitgliedschaft in der Burschenschaft belastet. Unter dem Pseudonym „Karl Ludwig Sand" soll er in der NPD-Zeitschrift *hier & jetzt* über **Varg Vikernes**, den Sänger der NS-Black-Metal-Band *Burzum*, geschrieben haben. Das Pseudonym verweist auf einen gleichnamigen Burschenschafter, der 1819 den Dichter **August von Kotzebue** aus politischen Motiven — er hielt ihn für einen „Vaterlandsverräter" — ermordete. Als die Parlamentarischen Geschäftsführer*innen der Regierungs-

LANDTAGSWAHL AM 13. MÄRZ 2016 / WAHLERGEBNIS

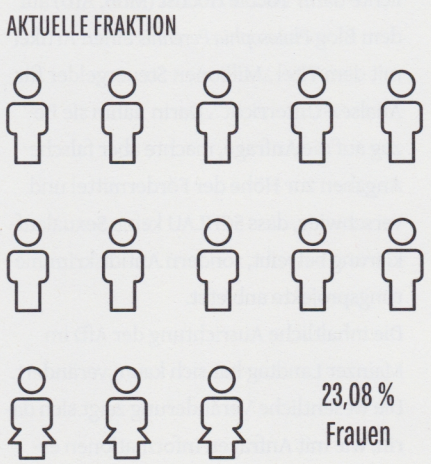


koalition eine Stellungnahme forderten, dementierte Paul. Er sei für den Artikel nicht verantwortlich. Die AfD-Fraktion gab keine Stellungnahme ab.
Auch andere Abgeordnete bzw. Fraktionsmitarbeiter sorgten für Aufmerksamkeit. Im Rahmen der rassistischen Demonstrationen in Kandel nahm im März 2018 ein großer Teil des damaligen Landesvorstands der *Jungen Alternative* (JA) in unmittelbarer Nähe des Blocks der IB teil. **Damian Lohr** war Landesvorsitzender der JA, bis er im Februar 2018 zum Bundesvorsitzenden der AfD-Jugendorganisation gewählt wurde. Beim Burschentag in Eisenach war Lohr in den Farben der *Burschenschaft Germania Halle zu Mainz* gekleidet. Im Landtag ist er Mitglied des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt.
Der ehemalige Fraktionsgeschäftsführer, **Sebastian Münzenmaier**, wurde im Dezember 2017 in zweiter Instanz wegen Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Er hatte 2012 einen Angriff von Hooligans des *1. FC Kaiserlautern* auf Mainzer Fußballfans unterstützt. Sein zwischenzeitlich angetretenes Bundestagsmandat durfte er behalten.

„Fleißfraktion"

Laut einer Studie des Erziehungswissenschaftlers **Benno Hafeneger** charakterisieren andere Landtagsabgeordnete die rheinland-pfälzische AfD-Fraktion als „Fleißfraktion". Dies ist nachvollziehbar: Sie hat seit ihrem Bestehen 132 Anträge und zehn Gesetzesentwürfe vorgelegt. Außerdem hat sie 52 Große Anfragen gestellt. Zum Vergleich: Die AfD-Fraktion in NRW hat in eineinhalb Jahre nur fünf Große Anfragen gestellt. Die Fraktion stellte auch über eintausend Kleine Anfragen. **Matthias Joa** hat alleine 47 zum Ausländer- und Migrantenanteil in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten eingereicht.
Seit 2016 sind die zentralen Themen der Fraktion Geflüchtete, Ökologie, Bildung und Linksextremismus. In einer Großen Anfrage der AfD zur Kriminalitätsstatistik fragen die Abgeordneten nach dem Verhältnis zwischen Straftaten und Herkunft. Eine weitere Große Anfrage behandelt die „Verbindungen zwischen nicht volljährigen Mädchen und männlichen Asylbewerbern". Die verwendete Sprache in den Anträgen mag an die gesellschaftlichen Konventionen angepasst worden sein. Dennoch wird die rassistische Stoßrichtung deutlich. Das Thema erneuerbare Energien ist seit Mitte 2017 deutlich aus dem Fokus geraten. Zwar kritisiert die Fraktion weiterhin den Bau von Windkraftanlagen, die jüngsten Diskussionen über den Klimawandel haben aber keinen besonderen Einfluss auf ihre Arbeit.
Der Stellenwert des konservativen Bildungsverständnisses der Fraktion ist unverändert: Auswendiglernen und hand-

GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE



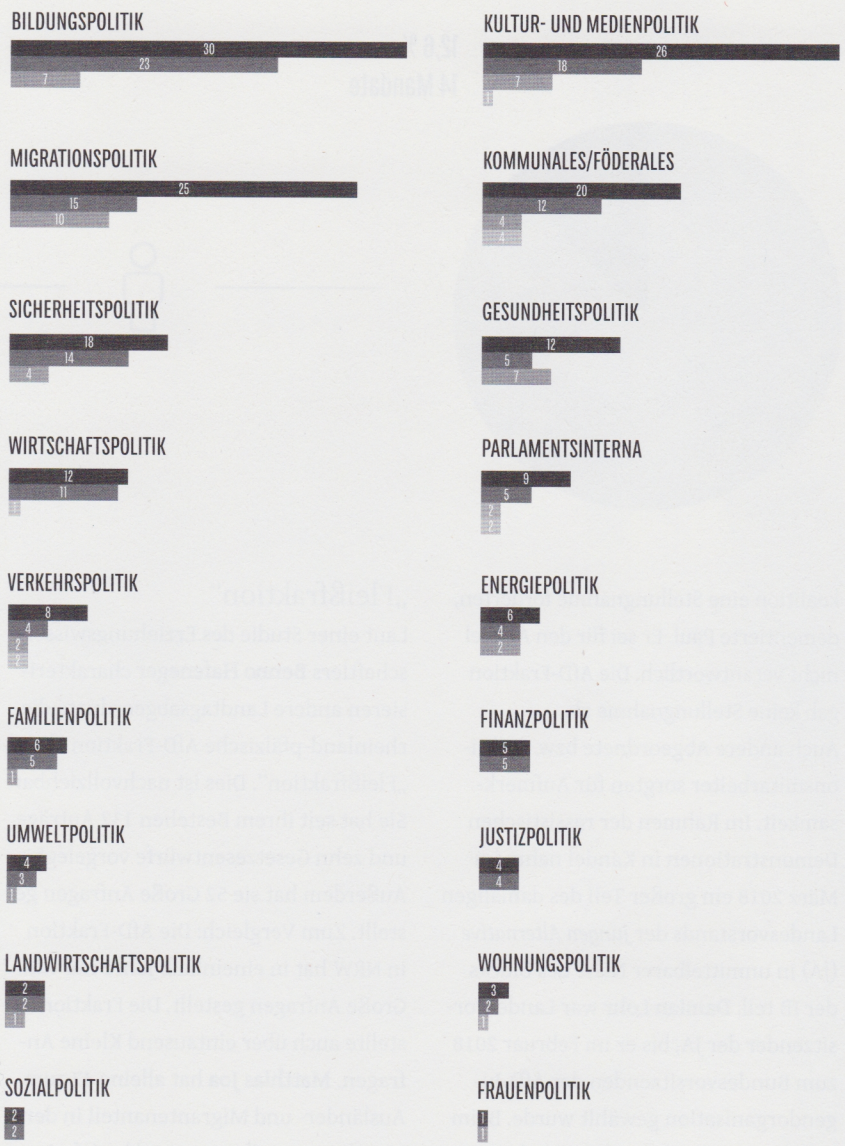
Frauenanteil im gesamten Parlament: 36 %

schriftliches Schreiben werden digitalem Lernen entgegengesetzt. Empfindlich reagierte Joachim Paul, als einige Schulen AfD-Abgeordneten die Teilnahme am Schulbesuchstag am 9. November 2017 verwehrten. In einer Kleinen Anfrage fragte er nach den Konsequenzen durch die Landesregierung für die betreffenden Schulen. In anderen Anfragen werden schulische AGs „gegen Rechts" als Verstoß gegen die „Neutralitätspflicht" bezeichnet. Die AfD versucht, so Druck auf die Schulen auszuüben.

Die parlamentarischen Möglichkeiten als Instrument im Kampf gegen politische Gegner*innen einzusetzen, das hat bei der AfD Kontinuität. Bereits 2016 wetterte Damian Lohr gegen den Verband *Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken.* Im September 2017 stellte Paul dann eine Anfrage zur „Förderung der Falken durch die Landesregierung" und erkundigte sich über Zuwendungen, Referent*innen und etwaige Mängel in der Mittelabrechnung. Auch ein Lokal, das durch einen Aufkleber an der Tür „Nazis, AfD und Pegida" den Zutritt untersagte, wurde Ziel von Paul, der fragte, ob derartige Aufkleber die Förderwürdigkeit beeinträchtigten. In einer Großen Anfrage im Oktober 2018 informierte sich die Fraktion über die Förderung des Bildungsprojekts *Schwul-Lesbische Aufklärung* (SCHLAU). Acht Wochen später veröffentlichte dann **Nicole Höchst** (MdB, AfD) auf dem Blog *Philosophia Perennis* einen Artikel mit dem Titel „Millionen Steuergelder für Analsex-Unterricht". Darin nahm sie Bezug auf die Anfrage, machte aber falsche Angaben zur Höhe der Fördermittel und verschwieg, dass SCHLAU keine Sexualaufklärung betreibt, sondern Antidiskriminierungsprojekte anbietet.

Die inhaltliche Ausrichtung der AfD im Mainzer Landtag hat sich kaum verändert. Die wesentliche Veränderung zeigt sich darin, wie mit Anfragen Informationen erschlossen werden. Diese werden anschließend für politische Inszenierungen genutzt oder um öffentlich geförderte Verbände zu durchleuchten und ihnen die Förderwürdigkeit abzusprechen. Damit kann die Existenz von Organisationen, die von solchen Mitteln abhängig sind, bedroht werden. Solche Angriffe sind nicht neu. Jedoch hat sich mit der wachsenden Erfahrung eine Professionalisierung der parlamentarischen Praxis entwickelt.

PARLAMENTARISCHE DOKUMENTE NACH POLITIKFELDERN



* Stand: 31. Mai 2019 / Die 1075 Kleinen Anfragen wurden nicht in die Statistik einbezogen.
Die Kategorien orientieren sich an einer Studie von Häusler/Puls/Roeser in der Reihe „DGB diskurs" des DGB-Bundesvorstands, Berlin 2018.

Credits: Mark Mühlhaus / attenzione photographers

Von Sebastian Hell

Deutliches Statement

Der neue Vorstand der „Jungen Alternative“ in Hessen

Ende vergangenen Jahres wurde die Auflösung der hessischen „Jungen Alternative“ (JA) vom damaligen Landesvorstand in Aussicht gestellt, auch um einer möglichen Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen. Nur wenige Wochen später gab es eine Kehrtwende. Anstelle einer Auflösung führte die JA turnusmäßig Vorstandswahlen durch und präsentierte zwei neue Landesvorsitzende. Das mit der Wahl einhergehende Signal ist deutlich: Protagonist*innen der extremen Rechten sind in der JA Hessen willkommen.

Im November 2018 wurde seitens der *Jungen Alternative Hessen* ein außerordentlicher Landeskongress angekündigt, bei dem über die Auflösung des Landesverbandes abgestimmt werden sollte. Zuvor waren einige Landesverbände der Jugendorganisation in den Fokus des Verfassungsschutzes geraten. Nach Aushandlungen mit der hessischen AfD war im Dezember eine geplante Aberkennung als Parteijugend allerdings vom Tisch. Die Auflösung war somit nur noch formal Thema und wurde von der Tagesordnung gestrichen. Als Landesvorsitzende wurden anschließend **Jens Mierdel** und **Michael Werl** mit jeweils über 90 Prozent der Stimmen gewählt. Beide sind in der Vergangenheit durch Verbindungen zur extremen Rechten aufgefallen.

Jens Mierdel aus Neuhof (Landkreis Fulda) war bis 2015 bei der zu dieser Zeit recht präsenten *Identitären Bewegung* (IB) in Fulda aktiv, laut *Frankfurter Rundschau* soll er diese sogar kurzzeitig geleitet haben. Die Verbindungen zur IB beziehungsweise zu einzelnen IB-Protagonisten scheinen immer noch zu existieren, zumindest waren sie bei der AfD in Fulda im vergangenen Jahr erneut Thema, als Mierdel für einen der beiden Fuldarer Wahlkreise als Direktkandidat nominiert wurde (vgl. LOTTA #72, S. 24). Dennoch musste er sich trotz des Unvereinbarkeitsbeschlusses der AfD gegenüber der IB nie ernsthaft distanzieren. Dies

unterstrich der Bundestagsabgeordnete und seit Januar 2019 Kreisvorsitzende der AfD in Fulda, **Martin Hohmann**. Er ließ durchblicken, dass es überhaupt keine Probleme mit der IB gäbe: „Im Gegenteil, im Gegenteil“.

Burschenschafter und IB-Aktivisten

Auch der ehemalige Republikaner Michael Werl aus Kassel war bereits vor seiner Zeit in der JA/AfD in der extremen Rechten präsent. Wie die *Frankfurter Rundschau* berichtete, soll Werl über zwei Jahre unter der Adresse der in der *Deutschen Burschenschaft* organisierten *Burschenschaft Germania Kassel* gemeldet gewesen sein. Mitglied der *Germania*, die zuletzt den extrem rechten Anwalt und Burschenschaftler **Björn Clemens** aus Düsseldorf zum Vortrag eingeladen hatte, will er allerdings nicht sein. Inhaltliche Gründe hat dies aber offenbar nicht. Werl beteuerte gegenüber der FAZ, bei der *Germania* keine extrem Rechten getroffen zu haben: „Die Leute, die ich da kennengelernt habe, waren alle korrekt, wertkonservativ und traditionell.“

Als einer der Stellvertreter im neuen JA-Vorstand wurde der Wiesbadener **Patrick Pana** gewählt. Bereits 2017 auf der Buchmesse schäkerte er mit Protagonisten der IB-Gruppe *Kontrakultur Halle*. Wenige Wochen später besuchte er die IfS-„Winterakademie“, wo sich das Spektrum rund um den *Antaios-Verlag* von **Götz Kubitscheck**, der IB und *Ein Prozent* die Klinke in die Hand gab. Am 3. März 2018 trat dann bei einer Demonstration in Kandel (Landkreis Germersheim/RLP) ein Block der IB auf, in dem Patrick Pana sowie der damalige Schatzmeister der JA-Wiesbaden, **Sascha Sindl**, mitliefen. Schließlich nahm Pana am 24. November 2018 auch an der Veranstaltung mit **Alain de Benoist** bei der Marburger DB-Burschenschaft *Germania* (vgl. LOTTA #73, S. 31) teil.

Der zweite Stellvertreter ist **Nils Andersen** vom JA-Vorstand Frankfurt, der bisher nur wenig öffentlich in Erscheinung getreten ist. Ob er darauf spekuliert, parteiintern Karriere zu machen, wird sich herausstellen. Er würde damit einigen folgen, die vor ihm der Frankfurter JA vorstanden.

Sprungbrett für die Partei-Karriere

Ein Beispiel für einen solchen Aufstieg in der AfD ist **Jan Hornuf**. Vor über zwei Jahren war er lediglich einfaches Mitglied der JA in Frankfurt. Im April 2017 wurde er zum Beisitzer im Landesverband und im folgenden September zum stellvertretenden Vorsitzenden der JA Frankfurt gewählt. Im Oktober 2017 wurde er Schatzmeister des JA-Landesverbands und Anfang 2018 — ebenfalls als Schatzmeister — Mitglied des JA-Bundesvorstands. Hornuf ist mittlerweile nach Potsdam verzogen und dort als stellvertretender Schatzmeister im JA-Landesvorstand Brandenburg aktiv. Er beteiligte sich an Veranstaltungen des „Flügels“ und besuchte die IfS-„Winterakademie“ 2018. Beim „Trauermarsch“ am 1. September 2018 in Chemnitz stand Hornuf in der zweiten Reihe, direkt hinter **Björn Höcke** und dem brandenburgischen Landesvorsitzenden **Andreas Kalbitz**. Er scheint mittlerweile ein anerkannter Funktionär in der AfD zu sein. Ebenfalls aus Frankfurt kommt **Jonas Batteiger**, seit der Neuwahl Schatzmeister und zuvor stellvertretender Vorsitzender der JA Hessen. Nach der Bundestagswahl war er von der AfD-Bundestagsabgeordneten **Mariana Harder-Kühnel** angestellt worden, mittlerweile besteht das Beschäftigungsverhältnis jedoch nicht mehr. Als Batteiger im Oktober 2018 im Frankfurter Stadtteil Bockenheim Ziel einer Flugblattaktion von Antifaschist*innen wurde, führte er eine Medienkampagne durch, in der er sich als Opfer stilisierte. Er könne nicht verstehen, wieso er mit der extremen Rechten in Verbindung gebracht werde. Unmittelbar im Anschluss an mehrere Presseartikel nahm er am 24. November 2018 am Treffen des völkischen „Flügels“ der AfD in Ostwestfalen teil. Zu der Veranstaltung, bei der unter anderen auch **Gianluca Savoini** von der italienischen rassistischen Partei *Lega* (vorher: *Lega Nord*) als Referent auftrat, reiste er mit **Christine Anderson** an. Anderson war Europawahlkandidatin der AfD aus Limburg und trat bereits als Rednerin bei PEGIDA-Veranstaltungen in Frankfurt und Wuppertal auf.

Die zweite Reihe

Von den Beisitzern ist noch **Manuel Wurm** hervorzuheben. Wurm kommt aus dem JA-Kreisverband Offenbacher Land. Dem Kreisverband konnte in den vergangenen Jahren via Facebook bei der Radikalisierung zugeschaut werden. Das Ganze gipfelte in einem Post am Todestag von **Winston Churchill**, in dem jener als „Kriegsverbrecher“ bezeichnet wurde, versehen mit dem Zusatz, dass durch seinen Tod die „Welt ein Stück gerechter“ geworden sei. Aufgefallen ist Wurm vor allem bei der Frankfurter Buchmesse 2017 (vgl. LOTTA #69, S. 29). Zusammen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der JA-Rheinland-Pfalz, **Justin Salka**, ging er Demonstrierende am Rand einer Veranstaltung des *Antaios-Verlages* an. Kurz nach seiner Wahl in den Landesvorstand wurde Wurm im Februar 2019 auch in den Bundesvorstand der AfD-Jugend gewählt.

Ebenfalls neu in den Landesvorstand gewählt wurde **Elliott Murray**. Dieser war bis dato nur einmal wahrnehmbar in Erscheinung getreten, als er gemeinsam mit einigen Personen der JA Hessen Flyer gegen Abtreibungen verteilte. Innerhalb weniger Wochen wurde Murray allerdings bundesweit bekannt; er hatte in

der Chatgruppe „JA Hessen Intern“ die Todesstrafe für Politiker, „die ihr Volk verraten“, gefordert und dafür plädiert, Frauen das Wahlrecht zu entziehen, da diese „eh nichts im Beruf verloren“ hätten. Der Landesvorstand bestätigte auf Presseanfrage die Echtheit des Chats und legte Murray nahe, sein Amt niederzulegen und aus der JA auszutreten, was dann auch prompt erfolgte.

Die Ehemaligen

Murray reiht sich damit in eine Reihe von Funktionären des Landesverbands ein, die nach entsprechenden Vorfällen von der JA-Bildfläche verschwunden sind. So beteiligte sich das damalige Landesvorstandsmitglied **Maximilian Kolb**, der auch Mitglied der *Marburger Burschenschaft Germania* ist, im April 2017 an einem Angriff auf Fotograf*innen, die den Kongress der hessischen JA im Haus der DB-Burschenschaft dokumentieren wollten. Im anschließend neugewählten Vorstand war er dann nicht mehr vertreten.

Auch **Toni Erdmann** aus Fulda war Teil des amtierenden Landesvorstandes, auch noch zu dem Zeitpunkt, als er sich im Februar 2017 gegenüber der Notrufzentrale als Sprecher eines antifaschistischen Bündnisses ausgab und unter dessen Namen behauptete, seine Frau umgebracht zu haben. Mittlerweile ist er hierfür zu sechs Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt worden. Das JA-Hessen-Gründungsmitglied **Christian Kühner** wurde in Frankfurt wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Dem ehemaligen Schatzmeister wurde vorgeworfen, im Oktober 2017 in der Frankfurter Fußgängerzone eine Person wegen ihres Kopftuches beschimpft und anschließend einem Mann mit einer Reizgaspistole ins Gesicht geschossen zu haben.

Credits: Screenshot YouTube

Jens Mierdel als Redner auf einer AfD-Kundgebung in Friedberg am 27. April 2019.

Männerbund

Letztendlich präsentierte sich der neu gewählte Landesvorstand als reiner Männerbund. Der AfD-Landtagsabgeordnete **Erich Heidkamp** weiß das zu erklären: „Das liegt an den Frauen. Wer sich nicht als Kandidatin meldet, kann eben nicht gewählt werden. [...] Also etwas mehr Initiative bitte, liebe Damen.“ Dennoch schien es notwendig, das entstandene Bild etwas zu beschönigen. So tauchte zwei Wochen nach der Wahl auf der Homepage der JA als „kooptierte Beisitzerin“ im Vorstand **Mary Khan** auf. Die Tochter des selbsternannten Propheten und „Islamkritikers“ **Zahid Khan** begab sich damit einmal mehr in die Rolle der einzigen Frau eines Vorstands. Bereits im Landesvorstand der hessischen AfD hatte sie es nur mit männlichen Vorstandsmitgliedern zu tun. Lediglich im JA-Bundesvorstand, in den sie kurz zuvor als stellvertretende Vorsitzende gewählt worden war, ist mit **Lydia von Wangenheim** als Beisitzerin eine weitere Frau aktiv. In der Vergangenheit waren aus dem Umfeld Khans vereinzelt Frauen in Ämter der JA auf Kreis- oder Landesebene gewählt worden. Bis auf Mary Khan schien es aber keine länger dort auszuhalten.

Bitte be(ob)achtet uns!

Der neue JA-Vorstand konterkariert das gewünschte, aber ohnehin schon fragile Bild eines gemäßigten Landesverbandes. Die Überschneidungen und Kontakte der JA mit der IB und extrem rechten Burschenschaften haben zwar kaum noch Skandalisierungspotential, sie unterstreichen aber deutlich das gemeinsame völkische Weltbild. Dass die JA Hessen in einer Grundsatzerklärung dennoch „extremistischen Bestrebungen [...] eine klare Absage“ erteilt, ist bestenfalls Wortklauberei. Die Wahl entsprechender Personen in den Vorstand ist letztendlich nur konsequent und ein Signal an Protagonist_innen der extremen Rechten, dass sie in der JA willkommen sind. Doch nicht zuletzt diese Verquickungen mit extrem rechten Gruppen dürften dazu geführt haben, dass der Landesverband seit Ende März nun tatsächlich vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Credits: NSU Watch

Stephan Ernst und Mike Sawallich bei einer NPD-Wahlkampfveranstaltung im August 2002 in Kassel.

Von Simon Tolvaj

Eine Hinrichtung

Die Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke

Am Abend des 2. Juni 2019 wurde der Präsident des Regierungspräsidiums Kassel, Walter Lübcke, auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen bei Kassel durch einen Kopfschuss aus nächster Nähe regelrecht hingerichtet. An Lübckes Kleidung fand die Polizei DNA, die dem Kasseler Neonazi Stephan Ernst zugeordnet werden konnte.

Stephan Ernst wurde daraufhin am 15. Juni verhaftet. Er gestand die Tat zunächst detailliert und gab an, diese als Alleintäter aus Empörung über die Äußerungen **Walter Lübcke**s zur Flüchtlingspolitik begangen zu haben. Ein Zeuge sagte allerdings aus, zwei Autos gesehen zu haben, die nach dem Schuss vom Tatort davon gerast seien. Offenbar auf Anraten seines neuen Strafverteidigers zog Ernst sein Geständnis Anfang Juli wieder zurück.

Der konservative „Volksverräter"

2015 war Lübcke in den Fokus der Rechten geraten. Auf einer Informationsveranstaltung über eine Unterkunft für geflüchtete Menschen hielt er rassistischen Zwischenrufer*innen entgegen, dass sie „jederzeit dieses Land verlassen" könnten, wenn sie Werte des Zusammenlebens nicht vertreten würden. Die Rechten tobten. Am nächsten Tag echauffierte sich der rassistische Blog *PI-News* über Lübcke und veröffentlichte seine Büroanschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Auf einem weiteren rechten Blog wurde die Privatadresse Lübckes veröffentlicht und dazu aufgefordert, bei ihm „vorbei zu schauen". Lübcke soll daraufhin eine Flut von Hassmails und Drohungen erhalten haben, stand zeitweise unter Polizeischutz. Immer wieder wurde die Videosequenz von Lübckes Rede bei *YouTube* hochgeladen. Anfang Februar 2019 kramte ein rechter Blog erneut das Zitat Lübckes heraus, die frühere CDU-Politikerin **Erika Steinbach** verlinkte diesen Beitrag und befeuerte die Hetze gegen Lübcke aufs Neue. Der Regierungspräsident war längst eine Symbolfigur des vermeintli-

chen Verrats eines Konservativen am „deutschen Volk“ geworden.

Der Mörder

Der 1974 geborene Stephan Ernst hat eine durch und durch gewaltvolle politische Geschichte. Diese begann 1989: Im Keller eines Mehrfamilienhauses in Aarbergen (Rheingau-Taunus-Kreis), das mehrheitlich von Menschen türkischer Herkunft bewohnt wurde, zündete der damals 15-Jährige einen Kanister mit fünf Liter Benzin an. Soweit bekannt, kam niemand zu Schaden. 1992 stach Ernst im Wiesbadener Hauptbahnhof mehrfach auf einen Mann ein, den er als „Ausländer“ und Homosexuellen wahrgenommen hatte. Nur durch eine Notoperation konnte das Leben des Opfers gerettet werden. Noch immer auf freiem Fuß verübte er während der Weihnachtstage 1993 einen Anschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Hohenstein (Rheingau-Taunus-Kreis). Er parkte ein Auto zwischen den Wohncontainern und zündete es an. Die Bewohner*innen eilten herbei und löschten das Feuer. Danach entdeckte die Polizei in dem Auto eine Rohrbombe, die vermutlich durch das Feuer zur Detonation gebracht werden sollte. Ernst hatte offensichtlich eine Detonation der Bombe während der Löscharbeiten durch die Bewohner*innen geplant — also eine Falle, durch die möglichst viele Menschen getötet werden sollten. In Anbetracht dessen und seiner vorangegangenen schweren Straftaten kam er mit einer Haftstrafe von sechs Jahren ohne Bewährung sehr glimpflich davon.
1999 war Ernst wieder auf freiem Fuß, und spätestens 2001 tauchte er in der NPD und der militanten Kameradschaftsszene in Kassel auf. Er nahm an Aufmärschen und NPD-Aktionen teil und wurde beim Sprühen rechter Parolen erwischt. Ein ausgestiegener Ex-Neonazi warnte zu dieser Zeit vor Stephan Ernst als einem „sehr gefährlichen Typen“. Mit Neonazis aus Kassel und Umgebung reiste er am 1. Mai 2009 nach Dortmund und nahm an einem Angriff von 400 Neonazis auf eine Demonstration von Gewerkschaften teil. Hierfür wurde er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Zwei Wochen lang verbreiteten die Behörden nach der Festname von Ernst im Juni 2019, der Angriff in Dortmund sei dessen letzte aktenkundige Aktivität gewesen. Ende Juni meldeten Medien unter Berufung auf „Sicherheitskreise“, Ernst sei bis 2011 Mitglied der neonazistischen *Artgemeinschaft* gewesen. Das WDR-Magazin *Monitor* berichtete, dass Ernst höchstwahrscheinlich an einem Neonazitreffen im März 2019 im sächsischen Mücka teilgenommen habe. *Monitor* hatte zuvor ein Identitätsgutachten in Auftrag gegeben, das es als „praktisch erwiesen“ ansieht, dass es sich bei einer auf diesem Treffen fotografierten Person um Ernst handelt. Ein zweiter Gutachter zweifelt dies jedoch an, weitere Gutachten sollen Klarheit bringen. Die Fotos aus Mücka haben besondere Brisanz, weil sie die besagte Person als Begleiter von **Stanley Röske** zeigen. Röske ist eine Führungsperson von *Combat 18 Deutschland* und gehört — ebenso wie Stephan Ernst — der Kasseler Neonaziszene an. Ernst und Röske kennen einander spätestens seit Beginn der 2000er Jahre.
In den vergangenen Jahren unterhielt Ernst einen *YouTube*-Account, über den er sich rassistisch äußerte und drohte: „Entweder diese Regierung dankt in Kürze ab oder es wird Tote geben.“

Das Netzwerk von Stephan Ernst

Die großen Fragen, die sich — wenn überhaupt — nur langsam und stückchenweise beantworten und zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen werden, lauten: Mit wem stand Stephan Ernst in den letzten Jahren im vertrauten politischen Kontakt? Bei wem erfuhr er Bestätigung für seine radikalen Ansichten? Wer war in den Mordplan eingeweiht oder gar an der Ausführung beteiligt?
Am 25. Juni gestand Stephan Ernst die Tat. Er verriet den Ermittlern das Versteck weiterer Waffen sowie die Namen derer, die sie ihm besorgt hatten. In einem Erddepot auf dem Betriebshof seines Arbeitgebers stellte die Polizei fünf Schusswaffen, darunter eine Pumpgun und eine Uzi-Maschinenpistole samt Munition, sicher. Am 27. Juni folgte die Verhaftung von **Elmar J.** in Borgentreich (Kreis Höxter/NRW, 40 km nördlich von Kassel) und **Markus Hartmann** in Kassel. J. soll Stephan Ernst die Waffen besorgt, Hartmann das Waffengeschäft vermittelt haben. J. ist — soweit bisher bekannt — ein politisch unbeschriebenes Blatt, auffällig ist jedoch, dass eine von lediglich vier von ihm gelikten Facebook-Seiten die der NPD Sachsen ist. Hartmann hingegen ist ein alter Bekannter und langjähriger Weggefährte von Ernst. Wie dieser wurde er am 1. Mai 2009 nach dem Angriff auf die DGB-Demo in Dortmund verhaftet. Sehr wahrscheinlich waren die beiden zusammen angereist. Bei Markus Hartmann lohnt ein Blick in seine politische Geschichte. Er gehörte um das Jahr 2000 der *Kameradschaft Gau Kurhessen* an, die im Kasseler Raum aktiv war. Eine Aktivistin dieser „Kameradschaft“ war **Corryna Görtz**, die im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss als Zeugin geladen war. Nach Aussage eines ehemalige Neonazis war es Görtz gewesen, die Kasseler Neonazis Anfang der 2000er Jahre zum Bombenbau zu animieren versuchte. Von Herbst 2005 bis Februar 2006 war sie in Baunatal bei Kassel im offenen Strafvollzug und besuchte zu dieser Zeit als Freigängerin mehrfach das Internetcafé von **Halit Yozgat**, in dem dieser am 6. April 2006

Credits: Roland Geisheimer / attenzione

Stephan Ernst (ganz rechts) in einer Gruppe Neonazis aus dem Raum Kassel am 1. Mai 2009 in Dortmund.

ermordet wurde. Zu diesem Mord hat sich der NSU bekannt. Warum Görtz ausgerechnet dieses Internetcafé aufsuchte, konnte sie nicht schlüssig erklären. Das Internetcafé lag von der JVA Baunatal aus gesehen am anderen Ende der Stadt in der migrantisch geprägten Holländischen Straße, die in der rechten Szene einen schlechten Ruf hatte.

Ein fast vergessener Mordversuch

Im Verlaufe der Ermittlungen gegen Stephan Ernst wird man nicht nur den NSU-Mord von 2006 nochmals beleuchten müssen, sondern auch einen Mordversuch aus dem Jahr 2003, unabhängig davon, ob Ernst damit in Verbindung gebracht werden kann. Am 20. Februar 2003 schossen Unbekannte auf das frühmorgens erleuchtete Fenster eines damals 48-jährigen Lehrers, der sich über Jahre öffentlich gegen Rechts engagiert hatte. Die Kugel aus einer großkalibrigen Waffe verfehlte nur knapp seinen Kopf. Er habe den Lufthauch gespürt, sagte der Betroffene der *Hessisch/Niedersächsischen Allgemeinen*. Es ist für diesen Anschlag kein anderes Motiv denkbar als ein neonazistisches. Täter*innen wurden nie gefasst, es ist nicht einmal ein angemessener polizeilicher Ermittlungsvorgang festzustellen. Auch weitere schwere Straftaten in Kassel, die offensichtlich von Neonazis begangen wurden, blieben ungestraft. So auch der versuchte Mord an einem jungen Geflüchteten, dem 2015 in der Nähe seiner Unterkunft von einem vorbeifahrenden Radfahrer ein großes Messer in den Rücken gestoßen wurde. Das Opfer wurde lebensgefährlich verletzt. Wie auch beim NSU-Mord stellt sich bei diesen Fällen die Frage: Konnten die Ermittler*innen nicht, wollten sie nicht oder durften sie nicht? Personen wie Stephan Ernst dürften sich jedenfalls durch die ausbleibenden Ermittlungserfolge in ihrem Tatentschluss bestärkt gefühlt haben.

Ein „neuer" Täter-Typ?

Die Bomben-Falle im Jahr 1993 in Hohenstein zeigte schon: Stephan Ernst will töten. Doch er verkörpert einen Täter-Typus, der sich von anderen rechten Tätern unterscheidet. Der norwegische Massenmörder **Anders Breivik** und sein Nachahmer **David Sonboly**, der im Juli 2016 in München neun Menschen aus rassistischer Motivation erschoss, waren alleinstehende Männer, die zurückgezogen lebten, sich in virtuellen rechten Netzwerken bewegten und ihre Taten in pathetischen Manifesten rechtfertigten. Der Neonazi **Frank Steffen**, der im Oktober 2015 die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin **Henriette Reker** durch Messerstiche lebensgefährlich verletzte, war ein vereinsamter Mann, dem der psychologische Gutachter ein trost- und perspektivloses Leben bescheinigte. Noch weiß man nicht viel über Stephan Ernst, er mag mit diesen Typen viele Gemeinsamkeiten haben, doch ein wesentlicher Unterschied fällt auf: Ernst hatte eine durch und durch bürgerliche Existenz — einen soliden Job bei einem Bahntechnik-Hersteller, ein eigenes Haus in Kassel, eine Familie mit zwei Kindern, 15 und 17 Jahre alt. Finanzielle Probleme und familiäre Krisen sind nicht bekannt, die Nachbarn beschreiben die Familie als zurückgezogen, aber freundlich und unkompliziert. Es habe nie Hinweise auf eine rechte Gesinnung gegeben, nicht einmal bei der WM hätte am Hause Ernst eine Fahne gehangen.

Politische Reaktionen

Das Entsetzen in der Politik über den Mord an Walter Lübcke ist groß. Denn der Anschlag zielte auf kein Migrantenkind, keinen linken Lehrer, keinen Geflüchteten, sondern auf einen weißen deutschen konservativen Politiker. Und so teilte **Horst Seehofer** mit, dass der Mord „eine besondere Qualität" habe und dass es sich „um einen Anschlag gegen uns alle" handeln würde. Auf die Aussage, dass sich Neonazi-Morde gegen „uns alle", also gegen die gesamte Gesellschaft richten, hatten Angehörige der NSU-Opfer bei vielen konservativen Politiker*innen vergeblich gewartet. Den Vogel schoss aber **Armin Schuster** ab, CDU-Obmann im Innenausschuss des Bundestages. Im Interview mit dem *ARD-Morgenmagazin* sagte er zum Fall Lübcke: „Es wäre der erste rechtsextremistische Mord seit dem Kriegsende." Als die sichtlich erstaunte Interviewerin noch einmal nachfragte, wiederholte er seine Aussage.

Stand dieses Artikels ist der 8. Juli 2019

Von der Antifa-Recherche Dortmund

Aushängeschild für C18

Robin Schmiemann: Vom Handlanger zur Symbolfigur

„Das ist eine Klarstellung von Combat 18“: Mit diesen Worten meldete sich am Morgen des 26. Juni 2019 in einer Videobotschaft ein Sprecher des rechtsterroristischen Netzwerks „Combat 18“ (C18) zu Wort. Bei dem Sprecher handele es sich um den Dortmunder Neonazi Robin Schmiemann, so das antifaschistische Recherchenetzwerk Exif.

In dem Video wird ein Statement verlesen, das sich auf die Ermordung des hessischen Regierungspräsidenten **Walter Lübcke** durch den inzwischen geständigen Kasseler Neonazi **Stephan Ernst** bezieht. (vgl. S. 22 ff.) Medien, die über Ernsts vermeintliche Anwesenheit bei einem C18-Treffen vergangenes Jahr berichtet hatten, sollten dies zurücknehmen, so der vermummte C18-Sprecher. Außerdem wird ein NDR-Journalist namentlich bedroht, den die Neonazis für die Veröffentlichungen von Exif verantwortlichen machen.

Robin David Schmiemann präsentierte sich in der Vergangenheit öffentlich immer wieder als Teil des internationalen *Combat 18*-Netzwerks. Bei zahlreichen Aufmärschen und extrem rechten Veranstaltungen in den vergangenen zwei Jahren trat er mit dem Emblem der Gruppe auf. Seine Gesinnung stellt Schmiemann auch mit diversen Tattoos zur Schau — darunter auf seinem Kehlkopf das Truppenabzeichen der *SS-Sondereinheit Dirlewanger*, das heute der *Arischen Bruderschaft* von **Thorsten Heise** als Logo dient. Bereits 2004 war auf seiner Wade der Spruch „Brüder schweigen — whatever it takes — C18“ tätowiert, ein Bekenntnis zu *Combat 18* und ein Verweis auf die US-amerikanische Rechtsterror-Gruppe *The Order*.

„Willkommen bei den Rechten“

Seit Anfang der 2000er Jahre ist Schmiemann in der extrem rechten Szene aktiv. Sein Bruder **Simon Schmiemann** war Teil der *Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld*. Der 1984 geborene Robin Schmiemann wuchs im Dortmunder Stadtteil

Brechten auf. Dort fand er Anschluss an eine Neonazi-Szene, die rechten Terror propagierte und Gewalttäter feierte. Der Stadtteil Brechten wurde von der Szene als „befreite Zone" dargestellt, der Stadtteil-Slogan „Willkommen in Brechten" wurde in „Willkommen bei den Rechten" abgeändert. Auf anderen Aufklebern höhnten die Dortmunder Neonazis im Jahre 2000 „Berger war ein Freund von uns. 3:1 für Deutschland", nachdem ihr Kamerad **Michael Berger** in Dortmund und Waltrop (Kreis Recklinghausen) drei Polizeibeamt_innen erschossen hatte (vgl. LOTTA #63 S. 44).
Engen Kontakt hatte Schmiemann zur Dortmunder RechtsRock-Band *Oidoxie* und deren ebenfalls in Brechten lebenden Sänger **Marko Gottschalk**. Im Umfeld der Band bildete sich die *Oidoxie Streetfighting Crew*, eine Kameradschaft, welche die Band bei Konzerten begleitete und dabei Aufgaben wie den Saal- und Bühnenschutz übernahm. Schmiemann war Mitglied dieser Gruppe, die Mitte der 2000er Jahre vom Kasseler Neonazi **Stanley Röske** angeführt wurde.
Oidoxie versteht sich als C18-Band (vgl. LOTTA #62 S. 46). In den 2000er Jahren bildeten Dortmunder Neonazis aus den Reihen der *Oidoxie Streetfigting Crew* eine kleine Zelle, die sich am rechtsterroristischen Konzept des „leaderless resistance" orientierte. Auch Schmiemann soll nach Aussagen eines V-Mannes Teil der Zelle gewesen sein. Mit diesem V-Mann, **Sebastian Seemann** aus Lünen (Kreis Unna), war Schmiemann eng befreundet. Gemeinsam waren sie und zwei weitere Dortmunder Neonazis im Drogenhandel tätig.

Waffen, Drogen, Gewalt

Im August 2007 wurde Schmiemann wegen versuchter räuberischer Erpressung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung vom Landgericht Dortmund zu acht Jahren Haft verurteilt. Im Februar desselben Jahres hatte er einen Supermarkt in Brechten überfallen, hierbei mehrmals auf einen 59-jährigen tunesischen Kunden geschossen und diesen lebensgefährlich verletzt. Im Prozess schwieg Schmiemann zunächst. Nachdem jedoch sein Anwalt in den Ermittlungsakten Protokolle von Telefonüberwachungen fand, aus denen hervorging, dass Sebastian Seemann als V-Mann für den NRW-Verfassungsschutz tätig war, ließ sich Schmiemann im Prozess umfassend ein. Er beschuldigte Seemann, ihn zu der Tat angestiftet zu haben, da er (Schmiemann) nach einem fehlgeschlagenen Kokain-Deal seinem Kameraden 17.000 Euro geschuldet habe. Seemann soll ihm eine Waffe in die Hand gedrückt und zum Supermarkt gefahren haben. In einem weiteren Prozess wurde der V-Mann allerdings vom Vorwurf der Anstiftung zu dem Überfall freigesprochen.
Sebastian Seemann war ebenfalls Teil der *Oidoxie Streetfighting Crew* und der C18-Zelle. Er pflegte enge Kontakte zu C18-Strukturen in Belgien, bei deren Mitgliedern er zeitweise lebte. Diese C18-Gruppe wurde im September 2006 wegen Terrorismusverdachts zerschlagen. Seemann verfügte über zahlreiche Schusswaffen, die er in der Dortmunder Neonazi-Szene verteilte.
Zum Zeitpunkt von Schmiemanns Verurteilung war das politische Klima in Dortmund angespannt. Die neonazistische Szene lebte bei diversen schweren Angriffen ihr Gewaltpotenzial aus und konnte sich einer das Problem verharmlosenden Stadtgesellschaft sicher sein.
In dieser Lage ereignete sich bereits 2005 ein neonazistisches Tötungsdelikt: **Sven Kahlin**, ein jugendlicher rechter Skinhead, erstach den Punk **Thomas „Schmuddel" Schulz**, nachdem dieser ihn auf seine rechte Kleidung angesprochen hatte. Ein Jahr später mordeten Neonazis in Dortmund erneut, doch der Fall bekam erst nach der Selbstenttarnung des NSU 2011 größere Aufmerksamkeit: Am 4. April 2006 erschoss der NSU **Mehmet Kubaşık** in seinem Kiosk in der Dortmunder Nordstadt. Beide Taten geschahen in einer Zeit, in der in Dortmund eine rechtsterroristische Gruppe mit guter Vernetzung in andere Regionen existierte und Schusswaffen in der Szene vorhanden waren.

Zschäpes Brieffreund

Der für seinen Überfall inhaftierte Schmiemann nahm 2013 Kontakt zum nun ebenfalls inhaftierten NSU-Mitglied **Beate Zschäpe** auf. Der in der JVA Bielefeld Einsitzende schickte Zschäpe lange Briefe, diese antwortete in mehreren Briefe, einer war 26 Seiten lang. In den Briefen gab Zschäpe Einblicke in ihr Seelenleben. Die sich im Briefverkehr ausdrückende Vertrautheit überrascht, aber es deutet bislang nichts darauf hin, dass sich die beiden schon vor Beginn ihrer Brieffreundschaft persönlich kannten.
NSU-Watch interpretiert die Brieffreundschaft folgendermaßen: „Auch ohne es voneinander gewusst haben zu müssen waren die beiden über Jahre miteinander verbunden gewesen: durch die Idee des ‚Leaderless Resistance' und durch die Netzwerke von *Blood & Honour* und *Combat 18*."
2013, während Schmiemann mit Zschäpe schrieb, war er im offenen Vollzug. Den nutzte er, um an rechten Veranstaltungen in Dortmund teilzunehmen, beispielsweise im April 2013 an einer Kundgebung der *Die Rechte Dortmund* gegen das Verbot ihrer Demonstration zum 1. Mai. So nutzte Schmiemann die Gelegenheit, seiner Szene und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass er dem Neonazismus nicht abgeschworen hatte.
Nach seiner Entlassung Anfang 2016 trat Schmiemann sodann auch direkt wieder öffentlich auf, erstmals im Februar 2016 als Fahnenträger bei einer Demonstration wegen einer Hausdurchsuchung bei

einem Dortmunder Kameraden. Das nächste Mal auf der Straße war Schmiemann dann zwei Monate später beim *Tag der Deutschen Zukunft* in Dortmund. Unter den über 1.000 teilnehmenden Neonazis befand sich auch eine Delegation von *Combat 18*, darunter **William Browning**, einer der Gründer des britischen C18. (vgl. LOTTA #71 S.17)

Nach der Haft

Mittlerweile nimmt Schmiemann an nahezu jeder Versammlung der Dortmunder Neonazi-Szene teil, manchmal gemeinsam mit anderen C18-Mitgliedern, und wird von seinen Kameraden auch immer wieder mit öffentlichkeitswirksamen Aufgaben betraut. So war er vergangenen Oktober Ordner beim *Kampf der Nibelungen* im sächsischen Ostritz und lief am 1. Mai 2019 beim Aufmarsch der *Die Rechte* in Duisburg in der vordersten Reihe. Zuletzt durfte er bei der Demonstration zum Europawahlkampfabschluss der Partei in Dortmund-Hörde eine riesige EU-Fahne auf dem Boden ausrollen, über welche die Demonstration anschließend symbolträchtig hinweg marschierte. Im September 2018 störte Schmiemann gemeinsam mit anderen Neonazis eine Veranstaltung der *Grünen* in Lünen.

Hatte die NRW-Landesregierung und ihr Verfassungsschutz jahrelang behauptet, es würden keine Strukturen von *Combat 18* existieren, teilte sie Anfang des Jahres auf Anfrage der Fraktion *Bündnis90/Die Grünen* mit, man gehe mittlerweile von einer einstelligen Zahl konspirativ agierender Personen aus, die zu *Combat 18* zählten. Obwohl er nicht namentlich genannt wird, geht aus der Antwort hervor, dass es sich bei der als einen der „Hauptakteure" von C18 in NRW bezeichneten Person um Robin Schmiemann handelt.

Auch im Alltag

Robin Schmiemann lebt mit der Castroperin **Katja Braun** zusammen, die ebenfalls in der Neonazi-Szene aktiv ist. Mittlerweile haben die beiden eine kleine Tochter, die Schmiemann schon seit dem Säuglingsalter für seine neonazistischen Aktivitäten instrumentalisiert. So postet er über Social Media Fotos seiner Tochter, die ein Oberteil mit der Aufschrift „C18 — Blood & Honour Schweden" trägt. Auch Schmiemann selbst präsentiert sich in der Öffentlichkeit immer wieder in Kleidung von „Blood & Honour/C18 Schweden". Seit den 1990er Jahren bestehen enge Verbindungen zwischen den deutschen und den schwedischen Strukturen von *Blood & Honour* und C18. Zwischen 2012 und 2016 lebte Marko Gottschalk in Schweden, und auch Robin Schmiemann pflegt Kontakte nach Skandinavien. So beteiligte er sich im August 2016 an einer internen Veranstaltung im schwedischen Sölvesborg und besuchte nach dem *Tag der deutschen Zukunft* in Dortmund 2016 C18-Mitglieder in Schweden.

Seine Gesinnung muss Schmiemann auch beim Lohnerwerb nicht verbergen. Seit Anfang des Jahres arbeitet er für die *Ruhrpott Bau GmbH*. Das Essener Unternehmen bietet unter anderem Dachdeckerei, Badsanierung und Trockenbau an und beschäftigt neben Schmiemann weitere Kader der Dortmunder Neonazi-Szene. Unter ihnen sind **Nico B.**, der vergangenes Jahr beim Kampfsport-Event *Kampf der Nibelungen* angetreten war, und der Rostocker **Guido H.**, ebenfalls rechter Kampfsportler mit engen Kontakten zum Rocker-Milieu. Ebenso dort angestellt war **Steven Feldmann**, ein mehrfach verurteilter und aktuell wegen diverser Gewalttaten und antisemitischer Ausfälle inhaftierter Neonazi aus dem Umfeld der Dortmunder Hooligan-Gruppierung *Borussenfront*.

Symbolfigur mit Prestige

Robin Schmiemann ist seit seiner Haftentlassung zum Aushängeschild des Terrornetzwerks *Combat 18* geworden, in das er schon seit vielen Jahren eingebunden ist. In der Szene genießt er wegen seiner Knasterfahrung als Überzeugungs- und Gewalttäter ein hohes Ansehen. Mit diesem innerszenischen Prestige schmückt er sich gerne, indem er aus seiner Verbundenheit zu *Blood & Honour* und *Combat 18* keinen Hehl macht. Schmiemann tritt somit als Symbolfigur für eine neonazistische Praxis auf, die menschenverachtende NS-Ideologie bis zur letzten Konsequenz, dem Terror gegen politische Feinde, in die Tat umzusetzen gedenkt.

Von Jan Raabe, Tobias Hoff und Jürgen Peters

Grau-braunes Farbenspiel

Die RechtsRock-Band „Kotten“ aus Solingen

Die 2014 gegründete Band „Kotten“ aus Solingen gehört sicherlich nicht zu den Stars des RechtsRock. Ein Blick auf ihre Aktivitäten offenbart jedoch Überraschendes: ein Auftritt in Brasilien, enge Verbindungen zur bayrischen Neonazi-Organisation „Voice of Anger“ und Konzerte mit bekannten Bands des RechtsRock.

Dass *Kotten* bestens in die Netzwerke des RechtsRock eingebunden ist, dürfte nicht zuletzt an ihrem Bandleader und Sänger **Stefan Leucht** liegen. Der 40-Jährige gehört seit vielen Jahren der neonazistischen Szene an. Bis Ende 2006 betrieb er in Bergisch Gladbach bei Köln den rechten Skinhead-Klamotten-Versand *Commieknockers Streetwear*. In den 2000er Jahren war er zudem Schlagzeuger der im Raum Leverkusen angesiedelten RechtsRock-Band *Säd but Trüe*. Nicht selten war er auch im Kreis der Düsseldorfer RechtsRock-Band *Non Plus Ultra* anzutreffen. Neben der Teilnahme an überregionalen RechtsRock-Konzerten — bis heute — war Leucht aber auch immer wieder auf neonazistischen Aufmärschen in NRW präsent. Er gehörte zudem zu denjenigen Neonazis, die am 1. Mai 2009 nach einem Angriff auf eine DGB-Demonstration in Dortmund festgenommen wurden.

Eine weitere Konstante in der Band ist der aus Solingen stammende Schlagzeuger **Christoph Runkel**. Darüber hinaus treten als Band-Mitglieder **Andreas Schwarz** aus Solingen als Gitarrist und „**Gessi**“, der vor einiger Zeit aus Brandenburg nach NRW gezogen ist, als Bassist in Erscheinung. „Gessi“ spielte bereits in diversen RechtsRock-Bands, beispielsweise *Kraft durch Froide*, bewegt sich aber immer auch in nach rechts offenen Oi-Bands.

Lebenswelten

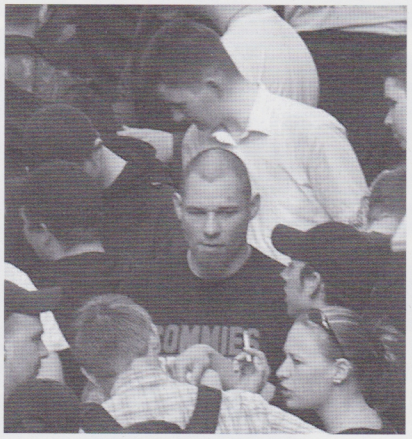
2015 veröffentlichte die Band im Selbstverlag ihre erste CD. Die darauf erschienenen Lieder geben einen Einblick in die Lebenswelt der Bandmitglieder. „Gelb und Blau“ ist der Versuch einer Hymne auf den aktuell mit seiner ersten Mannschaft in der Kreisliga B spielenden Fußballverein *BSC Union Solingen*. Leucht und Runkel zählen zur engen Fanszene des Vereins. Doch nicht nur das: Leucht wird auch aktuell noch als Reservetorwart der dritten Mannschaft des BSC geführt und war auch schon als Kassenprüfer im Verein aktiv.

Wenn die Band „die da oben merken es nicht, dass sie mehr und mehr unsere Werte vernichten“, singt, ist das eine klassische rechte Kritik an „den Eliten“, die das „einfache Volk“ vergessen hätten: „Traditionen sind mehr als ein Bausparvertrag, Generationen haben nur dafür gelebt. Jetzt soll alles sterben, haben sie sich so gedacht“, fabuliert der Sänger: „Von ihnen wurde uns schon so viel genommen. Auf auf [...], gemeinsam für das Ziel. Das hier ist kein Spaß mehr.“ In einem „Hidden Track“, der nicht auf dem Booklet verzeichnet ist, heißt es in „Angela“ („die Mutti in Berlin“): „Ihr Kinderlein kommt, o kommet doch all, in Muttis Stall“. Die Textzeilen sind unschwer als Kritik an der Flüchtlingspolitik Merkels zu interpretieren.

Kooperationen, Auftritte, CDs

Etwa ein Jahr nach Erscheinen der Demo-CD kündigte die kolumbianische Band *Ressiduo* eine Split-CD mit *Kotten* an. Diese erschien im Frühjahr 2018. Wie es zur Produktion durch das brasilianische Label *Arcabuz Records* kam, ist unklar, allerdings realisierte das Label schon mehrere Sampler mit europäischen Bands. Eines der sechs Lieder ist eine auf spanisch gesungene Version des *Böhse Onkelz*-Songs „Stolz“. Bei den von *Kotten* beigesteuerten Liedern dreht es sich um eine Mischung aus Skinhead-Kult, Fußball und Hooliganismus. Dazu kommt ein Cover des Liedes „Voran“ der 1990er Jahre-RechtsRock-Kultband *Freikorps*. „Auftritte gab es schon einige, z.B. in Solingen, Hilden, Magdeburg, Franken und Sao Paulo“, berichtete die Band in einem Interview. Die Liste der Auftritte ist aber nicht sehr lang, rund ein Dutzend

Inlay der 2015 veröffentlichten CD von „Kotten“.



Credits: roland geisheimer / attenzione

Stefan Leucht (Bildmitte) am 1. Mai 2009 in Dortmund.

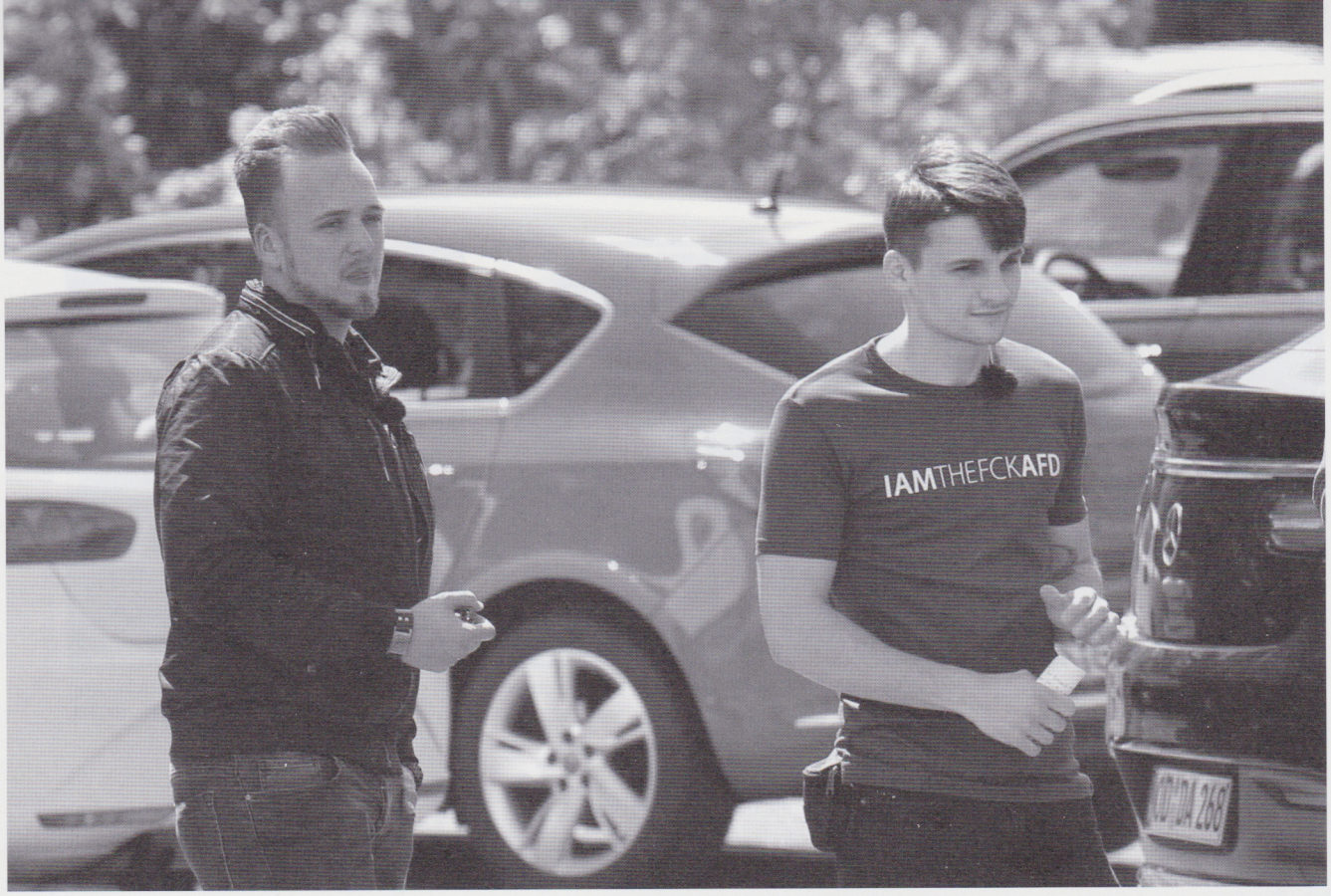
Mal dürfte *Kotten* auf der Bühne gestanden haben, zumeist bei kleineren Konzerten in NRW. Einer der Auftritte sticht deutlich hervor: Am 8. Juli 2017 trat *Kotten* zusammen mit *Escuadron* aus Uruguay, *Bandeira De Combate* aus Brasilien und *Obled* aus Polen beim „Winterfest“ im brasilianischen São Paulo auf. „Die Jungs von Kotten rockten den Abend und brachten die Menge zum kochen mit ihrem Song Hooligans against the System und einigen klassischen Coversongs von Freikorps & Ultima Thule“, wusste die gastgebende Band *Bandeira De Combate* zu berichten. In die Organisation des Konzerts soll auch *Arcabuz Records* involviert gewesen sein, was den Auftritt von *Kotten* erklären könnte.

Im Juli 2018 trat *Kotten* auf einem von der Gruppe *Voice of Anger* in Baden-Württemberg organisierten Konzert mit *Mistreat* (Finnland), *Kommando Skin* und *Proißische Herzbuben* auf. Kaum einen Monat später, am 25. August 2018, fand in Hamm/Westfalen ein Konzert statt, an dessen Organisation ebenfalls *Voice of Anger* beteiligt war. Bei einem weiteren RechtsRock-Konzert in Hamm am 29. September 2018 traten dann wiederum *Kotten* und *Proißische Herzbuben* auf. Die Kombination überrascht nicht, schließlich ist Stefan Leucht auch Mitglied der *Herzbuben*, die als Coverband von RechtsRock-Klassikern fungiert. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Einbindung der größten neonazistischen süddeutschen Kameradschaftsstruktur *Voice of Anger* bei einem RechtsRock-Konzert in Hamm über die Bandmitglieder von *Kotten* gelaufen ist.

„Nur Oi-Musik“?

Zudem fällt auf, dass *Kotten* zu einer Gruppe von „Grauzonen“-Bands gehört. Gemeint sind Bands, die nach außen den Anschein erwecken wollen, „unpolitisch“ zu sein und „einfach nur Oi-Musik“ zu spielen. Teilweise sind aber Neonazis und Personen mit Bezügen zur RechtsRock-Szene involviert. Sei es bei der bayrischen Band *Prolligans*, deren Mitglieder teilweise auch bei der Band *Faustrecht* spielen, oder bei den Thüringer *Bombecks*. Mit beiden zusammen angekündigt war *Kotten* am 25. Mai 2018 beim „Oifach Oi! Teil II“. Auf der Bühne standen die drei Bands auch am 11. August 2018 beim „Oi! For Saxony“. Auch was die Tonträgerveröffentlichungen betrifft, ist die genannte Kooperation festzustellen. So steuerte *Kotten* zwei Lieder zur LP „This Is German Noise“ bei. Die Platte erschien beim sich nach außen unpolitisch gebenden Label *German Oi! Records* aus dem hochsauerländischen Meschede, einem Sublabel von *Street Justice Records* um **Bernd Krick**, der bereits Anfang der 90er Jahre der militanten Neonazi-Gruppierung *Sauerländer Aktionsfront* (SAF) angehörte und von Bestwig bei Meschede aus das neonazistische Fanzine *Moonstomp* herausgab. Mit auf dem Sampler sind noch die *Prolligans*, *Bombecks* und *Roials*.

Auch wenn *Kotten* versucht, sich als eher „unpolitische“, maximal „patriotische“ Oi-Band zu inszenieren, gibt es an ihrer Einbindung in die neonazistische RechtsRock-Welt keinen Zweifel. Wenn die Band — wie beim „Germanskins Stick Together“ am 2. Dezember 2017 in Thüringen — neben Bands wie *Violence Station* (CZ) *Angry Bootboys*, *Smart Violence* oder *Kommando 192* auf der Bühne steht, ist mit Sicherheit nichts mehr „grau“ — und umso mehr braun.



Credits: David Janzen

Kai Alexander Naggert und Marius König auf einer AfD-Kundgebung in Salzgitter.

Von Stefan Müller

Menschenverachtung als „Satire“

Neue Projekte der „Identitären Bewegung“ im Ruhrgebiet

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) im Ruhrgebiet hat sich umstrukturiert. Seit Juli 2018 treten die Reste der fünf IB-Ortsgruppen unter dem Namen „Defend Ruhrpott“ auf. Ein halbes Jahr später wurde die erste Folge des „YouTube“-Projekts „Ruhrpott Roulette“ veröffentlicht, das von AktivistInnen der Gruppe produziert wird.

Ein entscheidender Grund der Neustrukturierung ist die personelle und aktionsbezogene Schwäche der „Identitären“ seit Frühjahr 2018. Existierten im September 2017 noch 14 mehr oder weniger regelmäßig stattfindende IB-Stammtische in NRW — davon fünf im Ruhrgebiet — waren es im April 2018 nur noch vier in NRW, davon ein einziger im Ruhrgebiet. Ein zuvor groß für das Ruhrgebiet angekündigtes „Aktionsjahr 2018“ fand nicht statt. Bei der IB ist die Aufbruchstimmung längst verflogen, ihr Name ist öffentlich als extrem rechts markiert. Antifa-Outings und Ermittlungsverfahren bewegten zudem einige AktivistInnen zum Rückzug. Dem übriggebliebenen harten Kern der „Identitären“ im Ruhrgebiet blieb nur der Zusammenschluss, um die Einzelpersonen in den Städten zu einer handlungsfähigen Struktur zusammenzufassen. Mit einiger Mühe schaffen sie einmal monatlich eine Aktion, beispielsweise Bannerdrops. Hinzu kommt das gelegentliche Verteilen von Flyern.

„Defend Ruhrpott“

Defend Ruhrpott besteht aus zirka 15 AktivistInnen. Für Aktionen werden, wie in der Vergangenheit auch, IB-Kader aus ganz NRW herangeschafft, so dass bis zu 30 Personen zusammenkommen. Leiter von *Defend Ruhrpott* ist der Essener **Marius König**. Ebenfalls zum harten Kern gehört die überregional bekannte IB-Aktivistin **Melanie Schmitz**, die mit König liiert ist und seit ihrer Rückkehr aus Halle (Saale) wieder in Essen wohnt. Zudem **Falk Schakolat**, der Ex-Hooligan **Bastian Hans** (beide Bochum), der Weseler **Kai Alexander Naggert** und der in Duisburg wohnhafte **Dominic Müller**.
Auftreten, Aussagen und Außendarstel-

lung der Gruppe haben sich merklich radikalisiert. Nannte der vormalige Bochumer IB-Leiter **Marco Müller** seine Gruppe 2017 noch „demokratisch und friedlich“, so bezeichnet man sich nun als „rechts“. In Überzahlsituationen sucht die Gruppe, deren Mitglieder in Klamotten der faschistischen Bewegung *CasaPound* posieren, auch schon mal die körperliche Auseinandersetzung.

„Ruhrpott Roulette“

Massiv eingebrochen ist seit 2017 auch die mediale Reichweite, die bekanntlich für die IB allerhöchste Relevanz hat. Der IB ging es nie um die Aktion als solche, sondern um die mediale Aufarbeitung und Verbreitung von Fotos und Videos. Die Sperrung rechter Accounts bei *Facebook* und *Instagram* schlug ein Loch in ihre mediale Inszenierung. Zudem pflegen viele JournalistInnen mittlerweile einen bewussteren Umgang mit der IB und ihren Aktionen. Erreicht wird aktuell nur noch die eigene Klientel. Erfolgreicher sind aber die relativ professionell gestalteten „identitären“ *YouTube*-Projekte (vgl. LOTTA #73, S. 14-16), zu denen sich im Februar 2019 auch der Kanal *Ruhrpott Roulette* gesellte. Wie auch bei *Defend Ruhrpott* wird aus taktischen Gründen auf einen direkten IB-Bezug verzichtet. Versucht wird, den KonsumentInnen die rassistischen, antisemitischen, frauenfeindlichen und transphoben Inhalte der Sendungen als „Satire“ unterzujubeln.

Zum *Ruhrpott Roulette*-Team zählt neben den beiden Sprechern Kai Alexander Naggert und Marius König auch Melanie Schmitz, die in einigen Videos auftritt. Das für Kamera, Ton und Schnitt zuständige Medienteam besteht aus Falk Schakolat und dem IB-NRW-Fotografen „**Cassis**“. Als gelegentlicher Komparse im Hitler-Outfit tritt der sich als Fotograf und rechter Rapper versuchende **René Tuttass** aus Essen auf.

Gehässigkeiten, Vorurteile und Belästigungen

Die Videos erscheinen in unregelmäßigen Abständen. Sie orientieren sich an erfolgreichen Formaten bekannter „YouTuber“, veröffentlicht werden Videos mit umgedichteten Popsongs und so genannte Challenges. Bei den bisherigen „Challenges“ versuchen König und Naggert, ihre ausgemachten Hauptfeinde — „Gutmenschen“ und „Muslime“ — in ein Gespräch zu verwickeln und sie entweder durch Erzeugung ideologischer Widersprüche oder mittels rassistischer Zuschreibungen ins Lächerliche zu ziehen. So wird Menschen, die sie als MigrantInnen ausmachen, als erstes die Frage gestellt, ob sie ein Messer bei sich führen. In einem anderen Video fordert Naggert einen Straßenmusiker auf, das NS-Marschlied „Erika“ zu spielen, während König einer Kopftuch tragenden Muslima ungefragt erklärt, er sei rechts. Am 18. Mai 2019 wurde *Ruhrpott Roulette* von der AfD Salzgitter zu einer Demonstration eingeladen, worüber natürlich sogleich ein Video gedreht wurde. Etwas tönern trug König auf der AfD-Bühne einen rassistischen Beitrag im Stil einer „Büttenrede“ vor.

Das bislang erfolgreichste — von *YouTube* zeitweise gesperrte, aber von zahlreichen Usern erneut hochgeladene — Video ist „Hetztape“, in dem Schmitz den Song einer bekannten „YouTuberin“ mit neuem Text darbietet. Schmitz rappt, dass sie „deutsch und frei“ bleiben möchte und ihre Worte wie „deutsche Kampfpanzer“ „ballern“ würden. Schließlich heißt es: „Kommt ein Nafri, geht es bambambambam“, wozu Marius König dann Faustschläge imitiert.

Kai Alexander Naggert rappt in seiner Version des **Sido**-Songs „Schlechtes Vorbild“ von „Ehre und Stolz“. In einer abrissreifen Industriehalle in Duisburg posiert er dabei mit vermummten „Identitären“ aus dem Fußballmilieu gegen LGBTI („Wärst gern ´ne Frau, doch jeder sieht, dass du ´ne Transe bist“) und Geflüchtete („Sei nicht traurig, wenn ich dir jetzt dein Koffer packe, bist traumatisiert und stichst unsere Leute ab, ich scheiß auf Mitleid und Gefühl, schick dich in Einzelhaft“). Inhaltlich angelehnt an deutschen RechtsRock à la *Landser* fordert er: „Wir müssen einfach den Germanen in uns rauslassen“.

Bislang begrenzte Reichweite

Ruhrpott Roulette verdeutlicht, dass sich die „Identitären“ im Ruhrgebiet von der Straße zurück ins Virtuelle flüchten, um weiterhin Aktionismus und Wirkmächtigkeit zu suggerieren. Das Ziel, über ein unverfängliches Format und eine lockere und jugendliche Ausrichtung junge Menschen für menschenverachtende Inhalte zu gewinnen, erreichen sie bislang nicht. Stattdessen entfalten die Videos ihre Wirkung überwiegend innerhalb der bereits bestehenden „identitären“ Internet-Community. Neue Zielgruppen werden mit den meist langatmigen und unspektakulären Videos nicht gewonnen. Dem Kanal folgen derzeit rund 12.000 Personen.

Trotz der eher laienhaften Umsetzung sind die transportierten Aussagen nicht zu unterschätzen. Die Verpackung als „Parodie“ macht die Inhalte nicht weniger menschenverachtend, sondern setzt diese nur in einen harmloseren Kontext. Ein Unterhaltungswert ist aber offensichtlich nur für Menschen mit einer rassistischen, antisemitischen oder frauenfeindlichen Grundeinstellung gegeben. Auf alle anderen wirken die Witze plump, flach und abstoßend.

—

Mehr Informationen unter www.identitaere-in-bochum.net

Credits: beobachternews

Von Mia Bär und Carl Kinsky

Die Stöckl-Show

Die mediale Selbstinszenierung des rechten YouTubers Henryk Stöckl

Der 25-Jährige Immobilienkaufmann Henryk Stöckl aus dem Großraum Frankfurt buhlt wie zahlreiche andere AfD-nahe „YouTuber" um die Gunst eines wachsenden reaktionären Publikums auf der Suche nach ihren ideologischen Überzeugungen gemäßen „Nachrichten".

Bundesweite Bekanntheit erlangte er durch eine unbegründet intensive Berichterstattung über ihn als Urheber zahlreicher bewusster Falschmeldungen. Indes ist er nur einer von vielen, die im Zuge des gesellschaftlichen Rechtsrucks ihre Berufung darin sehen, mit einem Smartphone ausgerüstet so viele rechte Veranstaltungen wie möglich zu filmen und dabei eine „wahrheitsgemäße" Berichterstattung kolportieren.

Anfänge

Stöckl nahm eines seiner ersten *YouTube*-Videos bei einer Veranstaltung der AfD zur Bundestagswahl mit den heutigen Bundestagsabgeordneten **Mariana Harder-Kühnel**, **Alice Weidel** und **Markus Frohnmeier** im September 2017 in Hanau auf, wobei thematisch das rassistische Motiv des „Flüchtlings als Vergewaltiger" bedient wurde. Dieses Motiv zieht sich, ebenso wie das Herbeisehnen „bürgerkriegsähnlicher Zustände", wie ein roter Faden durch das gesamte „Werk" Stöckls. Verbreitete er zunächst selbst zusammengeschusterte Ausschnitte von Fernsehauftritten der AfD als inoffizielle Wahlwerbung und sprach von seinem Küchentisch aus Wahlempfehlungen für die Partei aus, so ging er bald zur Vor-Ort-Berichterstattung von rechten Aufmärschen über. Mit reizwortüberfluteten Videotiteln versucht Stöckl ein wachsendes Publikum (extrem) rechter MedienkonsumentInnen anzusprechen. Die Qualität seiner Videos und seiner über *Twitter* und *Instagram* verbreiteten Grafiken ist allerdings nicht besonders hoch.

Der Lügner von Freiburg

Stöckl generierte erstmals größere Aufmerksamkeit mit Videobeiträgen über die rassistischen Aufmärsche in Chemnitz im September 2018, welche in den sozialen Medien unter anderem von AfD-PolitikerInnen wie **Christina Baum** (MdL Baden-Württemberg) weiter verbreitet wurden. In dieser Zeit freundete

er sich mit der rechten Bloggerin **Inge Steinmetz** an, mit der er bis heute regelmäßig Demonstrationen besucht.
Stöckl stach weiter mit gezielten Lügen in seiner Berichterstattung über eine rassistische Demonstration der AfD in Freiburg im Oktober 2018 hervor. Er fabulierte einen nur knapp vermiedenen „Massenmord Durch Antifa (sic!)" herbei und manipulierte sein Video durch Schnitte und die Einblendung kalkulierter Falschbehauptungen, um es möglichst bedrohlich wirken zu lassen. Zur Demonstration nach Freiburg reiste Stöckl, zu diesem Zeitpunkt Mitglied der *Jungen Alternative* (JA) in Hessen, mit **Stefan Räpple** (AfD, MdL Baden-Württemberg) an, der dort eine Rede hielt. Räpple steht der HolocaustleugnerInnen-Szene und der *Identitären Bewegung* nahe. Im gleichen Monat unterschrieb Stöckl auch den im Wesentlichen von der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg initiierten „Stuttgarter Aufruf", der eine Bekräftigung der extrem rechten Ausrichtung der Partei darstellt. Stöckls Kontakte zu Baum und Räpple rühren aus seiner Berichterstattung über die rassistischen Demonstrationen des *Frauenbündnis Kandel* (FBK, vgl. Lotta #70). In den vergangenen Monaten nahm er darüber hinaus an den Aufmärschen der FBK-nahen „Gelbwesten" in Wiesbaden um **Sandra Scheld** teil, berichtete aus Frankfurt von **Heidi Munds** „Frauenkundgebung" auf der Zeil und von einer Podiumsdiskussion mit **Jörg Meuthen** (AfD) an der *Frankfurt University of Applied Sciences.*
Bei Demonstrationen betätigt sich Stöckl zudem als „Anti-Antifa"-Aktivist und nutzt seine Videos, um vermeintliche politische Gegner*innen anzuprangern, ohne dabei zwischen antifaschistischen Aktivist*innen und Journalist*innen zu unterscheiden. So veröffentlichte er in seinen Videos und via *Twitter* Porträtfotos von Journalist*innen und forderte seine ZuschauerInnen auf, die betreffenden Personen zu identifizieren.

Märchenerzähler im Medienhype

Im Nachgang der Großdemos in Chemnitz konnte Stöckl von einer Medienberichterstattung profitieren, die die Ursache der rassistischen Mobilisierung in der Verbreitung von „Fake News" suchten und den hegemonialen gesellschaftlichen Rassismus dabei ausklammerten. Den Anfang machte ein Artikel über Stöckl von *BuzzFeed News*. Zwar illustrierten die Aussagen Stöckls im Rahmen des Artikels deutlich, dass er viele seiner Behauptungen frei erfindet, doch wurde seine Bedeutung zur Vermarktung des Artikels durch das Medium aufgebauscht. Er erlangte so eine größere öffentliche Bekanntheit, die er aus eigener Kraft sicherlich nicht erreicht hätte. Aktuell folgen ihm etwas mehr als 34.000 Personen, damit liegt er im Mittelfeld der rechten *YouTube*-Szene. Seine reichweitenstärksten Beiträge haben die extrem rechten Großaufmärsche 2018 in Chemnitz und Kandel zum Thema. Mit über 900.000 Klicks sehr erfolgreich ist aber auch ein kommentierter Ausschnitt eines Talkshowauftritts von Jörg Meuthen und **Katrin Göring-Eckhardt** (*Die Grünen*). Videos, in denen Stöckl als politischer Kommentator selbst im Mittelpunkt steht, haben hingegen nur wenige Tausend Aufrufe.
Auffällig ist, dass Stöckl kaum Kontakte zu „namhaften" rechten YouTubern unterhält. Lediglich **Oliver Flesch** (Kanal „Heimatliebe", 23.000 Abos) bezieht sich positiv auf ihn als „Kriegsreporter der Herzen". Auch die AfD hält Stöckl offiziell auf Abstand — die JA Hessen gab Ende 2018 an, ihn ausschließen zu wollen, in die AfD wurde er laut eigener Aussage nicht als Mitglied aufgenommen.

Karrierechancen?

In jüngster Zeit hat Stöckl neue Formate entwickelt und versucht verstärkt, mit anderen rechten YouTubern zusammenzuarbeiten. Hierzu zählt ein Gespräch mit **Ignaz Bearth**, „Auslandsbeauftragter" der neonazistischen *Partei National Orientierter Schweizer* (PNOS), und mit **Alexander Unterberg,** ein in die USA ausgewanderter rechter „YouTuber" aus Deutschland (Kanal „Alexander Unterberg", 7.900 Abos). Außerdem hat er auf dem Kanal „Stöckl Live" Livestreams von einem Dutzend rechter Aufmärsche veröffentlicht, die aber meist nur wenige Tausend Aufrufe erreichen.
Erschwerend kommt für ihn die Befürchtung hinzu, dass seine Profile dauerhaft bei *Facebook* oder *YouTube* auf Grund strengerer Richtlinien gesperrt werden könnten. Daher weicht er zunehmend auf Netzwerke wie VK und *Telegram* aus und versucht zudem — wie zahlreiche andere (extrem) rechte MedienmacherInnen — durch Crowdfunding eine eigene Nachrichtenwebsite sowie bessere technische Ausstattung zu finanzieren und im besten Fall ein regelmäßiges monatliches Einkommen einzuwerben. Eine gute finanzielle Grundlage würde es Stöckl ermöglichen, sich von einem AfD-nahen Berichterstatter, der seine Wochenenden damit verbringt, mit gezücktem Smartphone von einer extrem rechten Demonstration zur nächsten zu reisen, zu einem hauptberuflichen Propagandisten zu wandeln. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des LOTTA #75 hat Stöckl aber lediglich Spenden in Höhe von sechs US-Dollar pro Monat gesammelt.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 2. Quartal 2019

Neonazi-Aktionen in NRW

Die Neonazi-Partei *Die Rechte* führte am **1. Mai 2019** ihre bundesweit zentrale Demonstration in **Duisburg** durch. Allerdings nahmen nicht einmal 200 Personen teil. Veranstalter und Polizei sprechen von 300.
Nachdem die Polizei die Bundesgeschäftsstelle der *Die Rechte* in der Dortmunder Thusneldastraße sowie die Wohnung von Michael Brück in der Emscherstraße wegen des Verdachts auf Wahlfälschung durchsucht hatte, führte die DR am **3. Mai 2019** in **Dortmund** eine etwa 150-köpfige Demonstration „gegen Polizeirazzien" durch.
In der Woche vor der Europawahl zog die Partei *Die Rechte* mit ihrem Lautsprecherwagen von Minikundgebung zu Minikundgebung durch NRW. Am **20. Mai 2019** traten etwa zehn AnhängerInnen der Partei in **Köln**, **Brühl** und **Kerpen** (beide **Rhein-Erft-Kreis**) sowie **Düren (Kreis Düren)** auf. Am 21. Mai 2019 folgten **Vlotho (Kreis Herford)**, **Gütersloh (Kreis Gütersloh)**, **Ahlen (Kreis Warendorf)** und **Hamm**. Bei der Kundgebung in Hamm erhöhte sich die Anzahl der TeilnehmerInnen von zuvor jeweils um die zehn auf 16 Personen. An **22. Mai 2019** blieb es in **Gelsenkirchen** und **Hagen** jeweils bei einem halben Dutzend Neonazis, in **Wuppertal** waren es etwas ein Dutzend. Am **23. Mai 2019** versammelten sich etwa acht Neonazis in **Essen**, diese zogen dann weiter nach **Oberhausen** und letztendlich nach **Duisburg**, wo sich die Zahl auf 18 erhöhte. Am **24. Mai 2019** waren es dann 25 Neonazis bei einer Kundgebung in **Bochum** (unter ihnen auch bereits „Kameraden" aus Ungarn und Bulgarien) und sechs in **Lünen (Kreis Unna)**.
Unter dem Motto „70 Jahre BRD? – wir feiern nicht!" marschierten am **25. Mai 2019** etwa 280 Neonazis durch **Dortmund**-Hörde. Aufgerufen hatte mit mehreren Monaten Vorlauf die Partei *Die Rechte*, die mit der Demonstration auch ihren Europawahlkampf abschloss. Bei den Zwischenkundgebungen sprachen Neonazis aus Bulgarien, Tschechien, Ungarn und Frankreich.
Zu einer Kundgebung am ersten Jahrestag der Inhaftierung Ursula Haverbecks hatte unter anderem *Die Rechte* mit der Forderung „Freiheit für Ursula Haverbeck" für den **7. Mai 2019** vor die JVA Brackwede nach **Bielefeld** mobilisiert. Der Veranstalter spricht von 40, die Polizei von 35 Teilnehmenden.
Vom 15. bis zum 18. Mai 2019 reiste die NPD NRW in diverse NRW-Städte und -Kreise, um entweder Lautsprecherwagenfahrten oder Minikundgebungen durchzuführen. Letztere fanden am **15. Mai 2019** in **Mönchengladbach** und **Hückelhoven (Kreis Heinsberg)**, am **16. Mai 2019** in **Köln** und **Düsseldorf**, am **17. Mai 2019** in **Essen**, **Oberhausen** und **Duisburg** sowie am **18. Mai 2019** in **Dortmund**, **Bochum** und **Gelsenkirchen** statt. Die TeilnehmerInnen reisten an allen Orten mit einem einzigen Van an.
Vier Mal ließ sich *Der III. Weg* im zweiten Quartal 2019 mit Kundgebungen blicken, drei davon fanden in **Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein)** statt: am **25. April 2019** eine 15-köpfige Europawahlkampfveranstaltung, am **25. Mai 2019** mit nicht einmal zehn Teilnehmenden anlässlich der Beendigung des Wahlkampfs und am **26. Juni 2019** mit etwa 20 Personen gegen „Ausländerterror in Siegen". Zum Teil kundgebungsartigen Charakter hatte auch der von der Partei durchgeführte „Tag der Heimattreue" am **15. Juni 2019** in **Olpe (Kreis Olpe)**, an dem etwa 25 Personen (Kinder nicht mitgezählt) teilnahmen.

„Abendlandretter" — querbeet

Das *Frauenbündnis Kandel* um Marco Kurz führte auch im zweiten Quartal 2019 demonstrative Aktionen durch. Am **6. April 2019** nahmen etwa 150 Personen an einer Kundgebung in **Kandel (Landkreis Germersheim/RLP)**, am **4. Mai 2019** etwa 100 an einer Demonstrationen in **Landau (Landkreis Südliche Weinstraße/RLP)** teil. Am 3. Juni 2019 – und damit nach der Erklärung des „Frauenbündnisses" vom 20. Mai, keine weiteren demonstrativen Aktionen durchzuführen – fand eine von Kurz organisierte Kleinstkundgebung in **Kandel-Minderslachen** mit 15 Teilnehmenden statt, am **8. Juni 2019** eine etwa 80-köpfige Demonstration in **Herxheim (Landkreis Südliche Weinstraße)**.
In **Paderborn (Kreis Paderborn/NRW)** fanden am **16. März 2019**, **3. Mai 2019**, **4. Mai 2019** und **1. Juni 2019** „Mahnwachen für die Opfer der merkelschen Willkommenskultur" statt. An der ersten „Mahnwache" nahmen nach Angabe des Veranstalters 150 Personen teil. Im Mai versammelten sich dann jeweils etwa 50 Personen. Auf der Veranstaltung am 1. Juni befand sich unter den etwa 120 Teilnehmenden auch der ehemalige Kader der verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend* Gerd Ul-

rich. Organisiert wurden die Aktionen von der selbsternannten „Sammlungsbewegung“ *Für die Eigenen - Die Liste*, hinter der vor allem der rechte Rocker, „YouTuber“ und Ex-Polizist Timm Kellner aus Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe/NRW) steckt.
Nach Polizeiangaben etwa 70 Personen nahmen am **6. April 2019** an einer Demonstration „Gegen die Gewalt auf unseren Straßen“ in **Gladbeck (Kreis Recklinghausen/NRW)** teil. Aufgerufen hatten *NRW stellt sich quer*, *Patrioten NRW* und *NRW schaut nicht weg*.
Unter dem Motto „Vernunft statt EU-Ideologie“ rief der hessische AfD-Kreisverband Wetterau am **27. April 2019** zu einer Demonstration in **Friedberg (Wetterauskreis)** auf. Es nahmen etwa 80 Personen teil.
Zu einer Demonstration „gegen die Salafisten-Moschee auf der Mittelstraße“ hatte für den **2. Juni 2019** der Verein *Mönchengladbach steht auf e.V.* um Dominik Roeseler nach **Mönchengladbach**-Rheydt (NRW) gerufen. Polizeiangaben zufolge nahmen etwa 260 Personen teil. Unter ihnen befanden sich auch viele rechte Hooligans.
Auch in NRW über den „politischen Islam aufklären“ wollte wieder einmal der Verein *Bürgerbewegung Pax Europa e.V.* mit seinem rassistischen „Starredner“ Michael Stürzenberger. Jeweils mehrere Stunden beschallte dieser – begleitet von wenigen weiteren Personen und in Kundgebungsform – am **21. Juni 2019** in **Gelsenkirchen**, am **22. Juni 2019** in **Coesfeld (Kreis Coesfeld)**, am **28. Juni 2019** in **Mönchengladbach** und am **29. Juni 2019** in **Paderborn (Kreis Paderborn)** Passant_innen, Interessierte und Gegner_innen.
Der aus der aufgelösten Partei *pro NRW* entstandene *Leverkusener Aufbruch* um Markus Beisicht demonstrierte am **29. Juni 2019** in **Leverkusen** (NRW) mit etwa 25 Personen über Gehwege unter dem Motto „Nein zur Protz-Moschee in Manfort“.

Neonazi-Aktionen in RLP

Am **18. April 2019** führte die NPD RLP als Europawahlkampfauftakt unter dem Wahlkampfmotto „Migration tötet“ eine zwölfköpfige Kundgebungstour mit Udo Voigt in **Pirmasens** durch.
Für den **20. April 2019** hatte die Partei *Die Rechte* zu einer Wahlkampfauftaktdemonstration in **Ingelheim (Landkreis Mainz-Bingen)** aufgerufen, an der 15 Personen teilnahmen.
Am **11. Mai 2019** veranstaltete der ehemalige NPDler Wilhelm Herbi wieder eine „Gedenkkundgebung“ am „Feld des Jammers“ (ehemaliges alliiertes Kriegsgefangenenlager) in **Bretzenheim (Landkreis Bad Kreuznach)**. 60 Personen jammerten mit ihm.

„Staatenlos“

Aus dem *staatenlos.info*-Spektrum („Reichsbürger“-Milieu) wurde am **29. Mai 2019** eine Kundgebung vor dem Rathaus in Gießen (Hessen) abgehalten, zu der weniger als zehn Personen erschienen. Beendet zu haben scheint *staatenlos.info* seine monatlichen Kundgebungen vor dem Kölner Hauptbahnhof.

Credits: Jan Maxillian Gerlach

„Die Rechte“-Kundgebung am 1. Mai 2019 in Duisburg.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Parteien (NRW)

„Die Rechte" Oberhausen gegründet

Am 30. April 2019 gründete sich ein weiterer Kreisverband der Partei *Die Rechte* im Ruhrgebiet. Bislang hatten Neonazis aus dem benachbarten DR-Kreisverband Duisburg öffentliche Aktionen in Oberhausen durchgeführt. Als Kreisvorsitzender fungiert **Benjamin Berger**, stellvertretende Kreisvorsitzende ist **Daniela Bünnagel**. Berger durfte sogleich im Rahmen der Wahlkampftour von *Die Rechte* eine Rede halten.

RechtsRock (NRW, RLP, Hessen)

Neues auf dem RechtsRock-Markt

Imm April 2019 veröffentlichte *Der Böhse Wolf*, ein Projekt des *Weisse Wölfe*-Sängers **Stjepan Jus** aus dem Hochsauerlandkreis (NRW) die CD „Das ist Deutschland". Von den *Birdmountain Bootbois* aus dem hessischen Vogelsbergkreis ist bei *Subcultural Records*, dem vermeintlich unpolitischen Arm des offen neonazistischen Labels *Oldschool Records* aus dem bayrischen Wolfertschwenden die CD „Maskenball" erschienen. Politische Inhalte finden sich hier eher am Rande.
Fast 20 Jahre nach ihrer letzten Tonträgerveröffentlichung brachte *Front Records* die Mini-CD „Wer hat an der Uhr gedreht?" der Band *Notwehr* aus Velbert (Kreis Mettmann/NRW) heraus. Im Mai 2019 erschien unter dem Namen *Volksblut*, einem Projekt von *Brigade 88* und *Sturmrebellen*, die CD „Liebe Leben Vaterland". Die bisher unbekannte Band *Die letzte Bastion* veröffentlichte beim Label *Moloko Plus* aus Görgeshausen (Westerwaldkreis/RLP) im Juni 2019 die CD „In einer Welt aus Trug und Schein".

RechtsRock (NRW, RLP, Hessen)

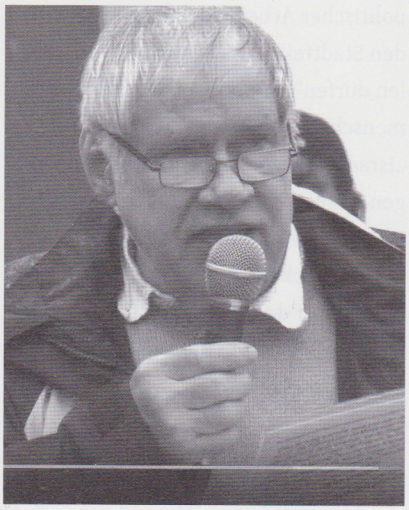
Auf der Bühne

Im *Zuchthaus*, dem „Nationalen Zentrum" am Kentroper Weg in Hamm (NRW), fanden im April und Mai mehrere Konzerte statt. Am 6. April trat dort die Band *Skinfront* auf, am 13. April folgte ein Liedermacher-Auftritt von **Ken Mc Lellan** und **David Braddon** von der britischen RechtsRock-Band *Brutal Attack*. Am 18. Mai stand dann *Kraftschlag* um **Jens-Uwe Arpe** dort auf der Bühne.
Für den 13. April war ein Auftritt von *Oidoxie* bei einen Konzert zum 20-jährigen Bestehen von *Blood & Honour Bulgaria* angekündigt. Im Rahmen des *Eichsfeldtages* trat *Oidoxie* am 18. Mai in Leinefelde (Thüringen) auf. Das Event lockte nur 140 Personen an. *Sleipnir* um Sänger **Marco Bartsch** trat am 20. April beim Konzert „Defend Europe" in Norditalien auf, das von den *Veneto Fronte Skinheads* organisiert wurde. Mitglieder der mit *Sleipnir* mitgereisten Crew trugen T-Shirts mit dem Aufdruck *Blood & Honour Deutschland*. Am 25. Mai trat die Band dann in Kloster Veßra (Thüringen) auf.
Am 20. April fand im Anschluss an den Wahlkampfauftakt der Partei *Die Rechte* in Ingelheim im Raum Rheinhessen ein Konzert der RechtsRock-Band *Renitenz* statt.
Sturmwehr trat am 4. Mai gleich zwei Mal im *Goldenen Löwen* von **Tommy Frenck** in Kloster Veßra auf. Am Nachmittag unplugged als Liedermacher und abends als Rockband vor etwa 250 ZuschauerInnen.
Philipp Neumann aka „Phil" von *Flak* spielte am 1. Juni auf einem Liederabend in Thüringen, am Tag danach in Sachsen und am 8. Juni in Eisenach (Thüringen). Am selben Tag spielten die Liedermacher *FreilichFrei* und *Rac Drummer* in Kamp-Lintfort (Kreis Wesel/NRW) auf einem von der *Volksgemeinschaft Niederrhein* um **Kevin Giuliani** organisierten Liederabend. Am 15. Juni trat am selben Ort **Michael Regener** („Lunikoff") auf. Für den 22. Juni waren *Reichstrunkenbold* und ein „Überraschungssänger" angekündigt.
Unter dem Motto „Einmal Verfassungsschutz, immer Verräter" fordern hingegen Aktivisten der Partei *Die Rechte*, nicht mit Kevin Giuliani zusammen zu arbeiten.
Am 22. Juni 2019 organisierte die NPD RLP und der *Ring Nationaler Frauen* eine „Sommersonnenwendfeier" mit *Mjöllnir* in Rheinland-Pfalz.

Sonstige (Hessen)

„Gelbwesten“

Nach dem Rückzug des Initiators der *Gelben Westen Gießen* (GWG), **Ronny Böhm**, tritt die Gruppe nun offen neonazistisch auf. Am 13. April 2019 veranstalteten die GWG unter Anleitung eines 42-Jährigen aus Steffenberg — bekannt unter dem Pseudonym „T.E.R. Sven“ — eine Demonstration mit 20 Personen gegen die „Macht der Lügenpresse“, an deren Ende „T.E.R. Sven“ von einer „Schuldkultreligion“ in der BRD sprach. Als weitere Rednerin sprach **Bettina Inderthal.** Bei einem Prozess gegen ihn in Biedenkopf zweifelte Sven die Legitimität des Gerichts mit einer „Reichsbürger“-Argumentation an. Ihm wird die Beschmierung von Wahlplakaten mit neonazistischen Parolen vorgeworfen. Am 25. Mai fand eine Demonstration von *Wir Sind Viel Mehr* in Wiesbaden mit etwa 50 Personen statt. Die Anmelderin **Sandra Scheld** sowie **Martina Sieler** bedienten in ihren Reden diverse rechte Verschwörungstheorien.



Credits: Screenshot YouTube

Gunther Kümel bei einer Gedenkveranstaltung für die Toten der Rheinwiesenlager in Bretzenheim (Landkreis Bad Kreuznach/RLP).

Neonazis (Hessen)

„Recht und Wahrheit“

Vom 1. bis 2. Juni 2019 veranstaltete *Recht und Wahrheit* (RuW) um **Meinolf Schönborn** ein „Musik- und Grillfest“ auf Schönborns Privatgrundstück in Wallenstein (Schwalm-Eder-Kreis/Hessen). Am 22. und 23. Juni fand am selben Ort eine Sonnenwendfeier statt. Als Redner traten **Michael Dangel** aus Heilbronn, **Gunther Kümel** aus Kelkheim und **Steffen Hartmann** aus Leipzig auf. Kümel, vormaliges Mitglied des in Österreich seit 1961 wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen *Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ)*, war in Wien im Jahr 1961 an einem Brandbombenanschlag auf die italienische Botschaft, einem Anschlag auf das Büro der *Alitalia* und der Beschießung des Parlamentsgebäudes beteiligt. Am 31. März 1965 tötete er den antifaschistischen Widerstandskämpfer **Ernst Kirchweger** während einer Kundgebung vor der Universität. Für seine Taten verbüßte er nur wenige Monate Haft. Ab den 1970ern war Kümel an diversen Hochschulen in Deutschland tätig, zuletzt am Institut für medizinische Virologie des Universitätsklinikums der *Goethe-Universität Frankfurt*.

Rechte Gewalt (Hessen)

Angriffe in Hessen

Am 21. März 2019 attackierte in Marburg eine Person einen Busfahrer beim Verlassen des Busses unvermittelt mit Pfefferspray und rief danach eine rassistische Parole. In der Nacht auf den 7. April wurde in Lützellinden (Landkreis Gießen) ein Mann mit einer Bierflasche niedergeschlagen, nachdem er sich über „Sieg-Heil“-Rufe beim Nachbarn beschwert hatte. Gegen einen 44-Jährigen aus Gießen wird ermittelt. Am Vorabend des 1. Mai zogen 20 bis 25 „Sieg Heil“-rufende Personen durch den Frankfurter Güntherspark. Einer der Beteiligten geriet abseits der Gruppe in eine verbale Auseinandersetzung, in dessen Folge er ein Messer zog und eine Person leicht verletzte. Das *Lila Luftschloss* in Frankfurt wurde am 22. Mai erneut Ziel eines Brandanschlags. Das Wohnprojekt war bereits im Laufe der Brandanschlagsserie im Rhein-Main-Gebiet attackiert worden. In der Nacht auf den 1. Juni wurden in Kassel die Scheiben eines Parteibüros der Partei *Die Linke* und einer Moschee eingeworfen.

Sonstiges (Hessen)

„Anastasia-Bewegung“

In Hessen mehren sich zunehmend Aktivitäten der antisemitischen *Anastasia Bewegung*. Im April, Mai und Juni 2019 veranstalteten **Cornelia Kin** und **Andreas Kin** mehrere Seminare in ihrem „Familien-Lebensgarten am Quellenwald“ in Jesberg (Schwalm-Eder-Kreis). Vom 14. bis 16. Juni 2019 richtete der Schweizer Verein *Lebensliebe* ein „Verkupplungswochenende“ auf „Gut Metzlar“ in Sontra (Werra-Meißner-Kreis) aus. Der Verein steht dem von **Christa Laib-Jasinski** herausgegebenen *Anastasia*-Magazin *GartenWEden* nahe.

Bedrohungen (NRW)

Propaganda der „Atomwaffendivision"

Im Juni 2019 wurde in der Keupstraße in Köln dem Anschlag des NSU vor nunmehr 15 Jahren gedacht. Im Vorfeld des Gedenkens verteilten Unbekannte im Stadtteil Flyer der neonazistischen Gruppe *Atomwaffendivision Deutschland*, in einem Fall legte eine junge Frau einen Umschlag in einem Laden ab. Im Text wurden Muslime massiv bedroht und als „legitime Ziele" von Gewalt bezeichnet. Der Zeitpunkt der Verteilungen wurde dabei im Hinblick auf den Jahrestag des Anschlags besonders perfide gewählt. Medienberichten zufolge tauchten ähnliche Flyer Ende Mai in der *Goethe-Universität Frankfurt* auf. Die „Gruppierung" trat im Juni 2018 mit einem Video in die Öffentlichkeit. Außer einer weiteren Flyer-Aktion sind bisher keine weiteren Aktivitäten bekannt. Vorbild dürfte eine gleichnamige Vereinigung bewaffneter Neonazis in den USA sein, deren Mitglieder für mehrere Morde verantwortlich gemacht werden.

Parteien (NRW)

Extreme Rechte bei der Europawahl

Aus NRW sind bei der Europawahl am 26. Mai 2019 zwei Abgeordnete der AfD ins europäische Parlament gewählt worden: **Guido Reil** und Prof. Dr. **Gunnar Günter Beck**. Insgesamt kam die AfD in NRW auf 8,5 Prozent der Stimmen. Die NPD in NRW kam mit 11.872 Stimmen auf 0,1 Prozent, **Ariane Meise** aus dem Rhein-Sieg-Kreis war auf Platz 7 der NPD-Liste nominiert worden. Die Neonazi-Partei *Der III. Weg* wurde landesweit von nur 1.217 Menschen gewählt, mit **Julian Bender** aus Wenden (Kreis Olpe) fand sich auch ein Kandidat aus NRW auf der Liste (Listenplatz 5). 4.815 Personen (0,1%) wählten in NRW die Partei *Die Rechte*. Als Spitzenkandidatin fungierte die derzeit inhaftierte Holocaustleugnerin **Ursula Haverbeck.** Mit **Siegfried Borchardt, Christoph Drewer** und **Sascha Krolzig** kamen gleich drei der DR-Kandidaten aus Dortmund. Weitere Kandidaten aus NRW waren **Sven Skoda** (Düsseldorf), **Christian Malcoci** (Rhein-Kreis Neuss) und **Markus Walter** (Rhein-Erft-Kreis). Trotz eines massiven Wahlkampfes mit täglichen Infoständen in ihrer Kernstadt Dortmund konnte die Partei auch dort nur 633 Stimmen (0,3 Prozent) erzielen. So gibt sich die Partei auf ihrem Internetportal *Dortmundecho* enttäuscht: „...das Ergebnis von 365 Tagen politischer Arbeit, auch und vor allem in den Stadtteilen, hätte deutlicher ausfallen dürfen". Mit antisemitischen und menschenverachtenden Plakaten wie „Israel ist unser Unglück" und „Wir hängen nicht nur Plakate", setzte die DR im Wahlkampf auf Provokation. Auf öffentlichen Druck hin konnte ein Verbot der Plakate vor dem OVG Münster erwirkt werden.

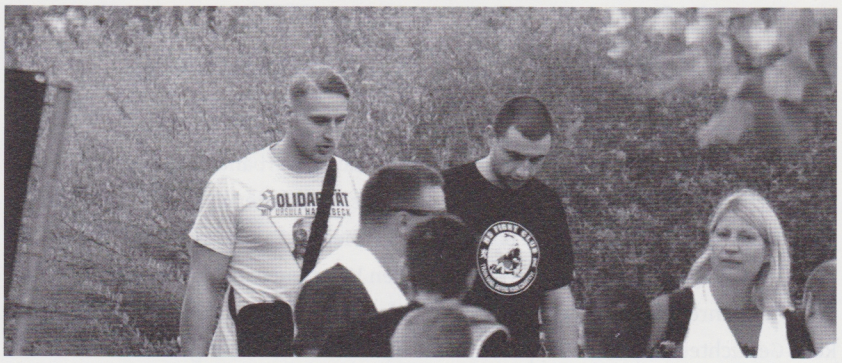
Credits: Jan Maximillian Gerlach

Matthias Deyda am Infostand der „Die Rechte" am 1. Mai 2019 in Duisburg.

Vor Gericht (NRW)

Krolzig geht in den Knast

Sascha Krolzig, einer von zwei Bundesvorsitzenden der Partei *Die Rechte*, wurde am 28. Juni 2019 wegen Volksverhetzung, versuchter gefährlicher Körperverletzung und des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole vor dem Amtsgericht Dortmund zu einer Haftstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Aufgrund des Verstoßes gegen Bewährungsauflagen fiel das Strafmaß höher aus als von der Staatsanwaltschaft gefordert. Ebenfalls angeklagt war **Jan Peter Z.** aus Bielefeld, der zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu je 30 Euro wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole und des Zeigens des Hitlergrußes verurteilt wurde. Gemeinsam mit **Matthias Deyda** hatten die beiden im Dezember 2016 in der Dortmunder Kneipe „Gänsemarkt" einen Gast rassistisch beleidigt. Krolzig hatte versucht, mit einem Bierglas auf den Kopf des Gastes zu schlagen. Auch Deyda musste sich wegen Körperverletzung vor Gericht verantworten, wurde aber am 4. Juli 2019 freigesprochen.



Credits: pixelarchiv.org

Marvin Esterholz (links) beim „Kampf der Nibelungen" am 13. Oktober 2018 in Ostritz.

Neonazis (NRW)

Aktivitäten der NS-Kampfsport-Szene

Auch in der ersten Jahreshälfte 2019 war die neonazistische Kampfsport-Szene mit maßgeblicher Beteiligung aus NRW aktiv. So richtete das *Kampf der Nibelungen* (KdN)-Team um **Alexander Deptolla** am 5. März 2019 ein „Selbstverteidigungsseminar" in einem Fitnessstudio in Castrop-Rauxel (Kreis Recklinghausen) aus. Rund 25 Personen nahmen daran teil, um Grundlagen in „Selbstverteidigung, Straßenkampf und klassischem Kickboxen" vermittelt zu bekommen. Auch international war das KdN-Team auf Reisen. Beim neonazistischen „ProPatria"-Fest am 6. April 2019 stiegen **Marvin Esterholz** (Dortmund) und **Marcel Wernicke** (Mönchengladbach) in Athen für das KdN-Team in den Ring. Beide reisten mit einer rund 20-köpfigen Gruppe zu dem Kampfsportturnier, der unter anderem auch Alexander Deptolla, **Marina Liszczeweski**, **Jim Koal** und **Martin Kalfack** angehörten. Bei dem erstmalig ausgetragenen „F1ght K1ngs"-Event in Kiew (Ukraine) am 10. Mai 2019 trat der Dortmunder **Tom Neubert** an. Neubert, der schon 2016 beim „Kampf der Nibelungen" gekämpft hatte, gehört den rechten Hooliganstrukturen in Dortmund an. Demonstrativ lief er in Kiew in einem T-Shirt der *Hooligans Dortmund* ein. In die Organisation des Kampfsportevent waren maßgeblich *White Rex*-Gründer **Denis Kapustin** aka **Denis „Nikitin"** und Personen aus der Kampfsport-Szene um den „Reconquista Club" in Kiew eingebunden. Diese sind eng mit den neofaschistischen Strukturen in der Ukraine wie dem *Asow-Regiment* und *National Corps* verbunden (siehe Artikel auf Seite 47 ff.).

Nicht im Ring, sondern am Rednerpult stand neben Alexander Deptolla auch **Frank Krämer** (Rhein-Sieg-Kreis) am 11. Mai 2019 beim „Heureka II"-Kongress der NS-Straight-Edge-Gruppe *Wardon 21*. Der zum zweiten Mal durchgeführte Kongress fand in diesem Jahr in Guthmannshausen (Thüringen) statt. Als Redner trat auch der aus Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein) stammende **Andreas Göbel** auf, der unter dem Namen „Der vegane Germane" als extrem rechter und verschwörungstheoretischen „YouTuber" in Erscheinung tritt.

Vor Gericht (NRW)

Sieben Monate Haft

Am 17. Juni 2019 wurde der Neonazi **Dennis J.** vor dem Amtsgericht Dortmund zu sieben Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. J., der von **André Picker** vertreten wurde, musste sich wegen mehrerer Taten im Frühjahr 2018 — darunter Körperverletzung, Drohungen und antisemitische Beleidigungen — gegen einen Juden vor Gericht verantworten. Im Prozess wurde die Verhandlung eines Volksverhetzungsdeliktes, das er gemeinsam mit dem aus Chemnitz zugezogenen **Steve R.** begangen hatte, vom Verfahren abgetrennt, da R. untergetaucht war.

Rechte Gewalt (RLP)

Angriff auf Infoladen

In der Nacht vom 6. auf den 7. April wurde der Infoladen *Komplex* in Trier von Unbekannten angegriffen. Bei dem Angriff wurde die Frontscheibe zerstört. Verletzte gab es nicht, da niemand vor Ort war. Am nächsten Tag wurden Aufkleber der rechten Hooligan-Gruppe *Suburbia Rebels* des Berliner Clubs *BFC Dynamo* aufgefunden, weswegen von einer politischen Tat ausgegangen werden muss.

Bedrohungen (RLP)

Morddrohung gegen SPD-Politiker

Am 18. Juni erhielt ein SPD-Politiker aus Neuwied (Landkreis Neuwied) einen Drohbrief. Der an den „Volksschmarotzer Kirsch" adressierte Brief enthielt neben einem Zeitungsausschnitt über den ermordeten **Walter Lübcke** ein handschriftliches Schreiben. Er werde „aufrutschen, wenn die oberen Plätze frei" würden, sollte er die Hetze gegen die AfD nicht unterlassen. Ein in dem Schreiben angesprochener militärischer Arm der AfD wurde aus der Partei dementiert. Die Kriminalinspektion Koblenz ermittelt.

Burschenschaften (RLP)

MdL bei völkischer Burschenschaft

Am 23. Mai 2019 lud die Burschenschaft *Germania Halle zu Mainz* zu einem Vortragsabend mit **Michael Frisch** (MdL RLP) ein. Thema: „Wem gehört die Lufthoheit über den Kinderbetten: Ein Plädoyer gegen die Ausbeutung von Familien und die Verstaatlichung von Erziehung". Frisch ist ein Abtreibungsgegner und christlicher Fundamentalist aus Trier. Bei der im Dachverband *Deutsche Burschenschaft* (DB) organisierten Verbindung traten in der Vergangenheit extrem rechte Redner wie **Hajo Herrmann** und **Martin Sellner** auf.

Vor Gericht (RLP)

Weitere Runde für Safet Babic

Am 12. Juni 2019 entschied das Oberlandesgericht in Koblenz, dass der Volksverhetzungsprozess gegen **Safet Babic** (NPD) neu aufgerollt werden muss. Vor über fünf Jahren hatte Babic in einer Rede Geflüchtete übel beschimpft und ihnen ihre Menschlichkeit abgesprochen. Daraufhin wurde er wegen Volksverhetzung angeklagt. Vor zwei Jahren war er zunächst zu einer fünfmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. In der Revisionsverhandlung im letzten Jahr wurde Babic freigesprochen.

Parteien (RLP)

Landesparteitag „Die Rechte" Südwest

Der Landesverband „Südwest" der Partei *Die Rechte* führte am 30. März 2019 seinen vierten Landesparteitag durch. In den Vorstand wurden **Michael Idir**, **Florian Grabowski**, **André Millenautzki** und **Martin van de Löcht** gewählt. Grabowski und Millenautzki schreiben sich selbst der *Kameradschaft Rheinhessen* zu. Van de Löcht bezeichnete sich selbst als „Präsi" der *Freikorps Deutschland Division Rheinland-Pfalz*.

Parteien (RLP)

AfD-Wahlkampf

Am 24. Mai 2019 fand im *Forum Confluentes* in Koblenz eine Wahlkampfveranstaltung der AfD zur Europawahl statt. Unter dem Motto „Puls der Heimat" sprachen **Georg Pazderski** (AfD Berlin), **Markus Buchheit** (MdEP), **Martin Hess** (MdB) und **Joachim Paul** (MdL RLP). Auf der öffentlichen Veranstaltung hatten sich neben etwa 100 AfD-AnhängerInnen auch zahlreiche Protestierende eingefunden, darunter die Landtagsabgeordnete **Anna Köpperling** (SPD). Paul ließ den Saal räumen, nachdem die Protestierenden begonnen hatten, „Karl Ludwig Sand" zu skandieren. Unter diesem Pseudonym soll er in der NPD-nahen Zeitschrift *hier & jetzt* publiziert haben. Alle Personen, die nicht ohne direkte Aufforderung der Polizei den Raum verließen, wurden wegen Hausfriedensbruchs angezeigt, darunter auch Köpperling. In den sozialen Netzwerken der AfD wurde die Situation als sehr aggressiv bezeichnet, „an der Grenze zur Gewaltbereitschaft".

Braunzone (RLP)

„Das neue Hambacher Fest"

Vom 7. bis 8. Juni 2019 fand in Neustadt an der Weinstraße das von **Max Otte** ausgerichtete *Neue Hambacher Fest* statt. Otte ist CDU-Mitglied, Mitbegründer der *Oswald-Spengler-Society* und Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung*. Er lud am 7. Juni zunächst zu einer „Patriotenwanderung" zum Hambacher Schloss ein, an der etwa 450 Menschen teilnahmen, unter ihnen auch **Uwe Junge** (AfD, MdL RLP). Die eigentliche Veranstaltung fand am 8. Juni unter dem Titel „Kongress für Frieden und Sicherheit in Europa" im Neustädter Kongresszentrum mit etwa 1.000 Teilnehmenden statt. Es sprachen **Markus Krall**, **Imad Karim**, **Daniele Ganser** und **Willy Wimmer**.

Bereits seit 2018 läuft auch ein Rechtsstreit zwischen der *Hambach-Gesellschaft*, einem Verein, der sich mit den Werten und Zielen des historischen Hambacher Festes beschäftigt, und 25 Personen, die Mitglied werden wollen, darunter mehrere AfD-Mitglieder. Der Verein will diese aufgrund ihrer politischen Orientierung nicht aufnehmen.

Credits: Lara Schultz

Von Jörg Kronauer

Freischärler mit Tradition

Die extreme Rechte in der Ukraine

Die extreme Rechte in der Ukraine erstarkt. Sie profitiert von dem prowestlichen Umsturz Anfang 2014, den sie selbst mit erkämpfte und der das politische Klima im Land zu ihren Gunsten verschoben hat. Experten stufen ihren außerparlamentarischen Einfluss als im europäischen Vergleich herausragend ein.

Das Datum war kein Zufall. Für den 22. Juni 2019, den 78. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, wurde in den Klub *Bingo* am Kiewer Prospekt Peremohy, dem „Siegesboulevard", zum Konzert geladen. Es war, sozusagen, ein Gedenken der besonderen Art: „Acht Stunden brutalen Beat, ultralauten Sound und Weißen Rock 'n' Roll" hatte der Veranstalter **Arsenij Klimatschow**, Frontmann der ukrainischen NSBM-Band *Sokyra Peruna*, in Aussicht gestellt; RechtsRock-Bands aus der Ukraine — darunter *Sokyra Peruna* —, aus Belarus, Polen und Finnland sollten die 1.500 erwarteten Gäste beschallen, außerdem die Neonazi-Combo *Blue Eyed Devils* aus den USA. In aller Öffentlichkeit hatte *Bingo* für das Event geworben: Schwierigkeiten wegen faschistischer Provokationen bekommt man in der Ukraine nicht. Klimatschow, der seit Jahrzehnten in der ukrainischen Szene eine wichtige Rolle spielt, hatte vor zwei Jahren sogar auf einem staatsfinanzierten Jugendcamp an der Seite eines Vertreters des zuständigen Ministeriums auftreten können. Faschisten, die Kinder indoktrinieren? Für die Regierung in Kiew ist das kein Problem. Die extreme Rechte hat Aufwind in der Ukraine, und das seit mittlerweile etwas mehr als fünf Jahren — seit Ende Februar 2014, als prowestliche Kräfte in Kiew die Regierung von Präsident **Wiktor Janukowitsch** stürzten und anschließend ihrerseits die Macht im Land übernahmen. Die Alltags- und Gedenkkultur ist zunehmend rechts geprägt; extrem rechte Freikorps, gewöhnlich „Bataillone" genannt, haben sich eine starke Stellung in der ukrainischen Politik

Credits: Lara Schultz

Mitglieder des „Der III. Weg" am 14. Oktober 2017 beim Aufmarsch anlässlich des 75. Gründungstags der „Ukrainischen Aufständischen Armee" (UPA) in Kiew.

erkämpft. Ultrarechte Milizen patrouillieren auf den ukrainischen Straßen und maßen sich zunehmend polizeiliche Kompetenzen an. Gewalt gegen Romnija und Roma, LGBT-Aktivistinnen und -Aktivisten sowie Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler ist inzwischen fast an der Tagesordnung. Ein trockenes Fazit hat im vergangenen Jahr der ukrainische Soziologe **Wolodymyr Ischtschenko** gezogen: „Die außerparlamentarische Macht der extremen ukrainischen Rechten", konstatierte er, „ist von einer in ganz Europa einzigartigen Stärke". Und das will etwas heißen.

NS-Kollaborateure als Vorbild

Wie sich das politische Klima in der Ukraine seit dem prowestlichen Umsturz im Februar 2014 zum Vorteil der extremen Rechten verschoben hat, davon vermittelt der Umgang mit der Erinnerung an die ukrainische NS-Kollaboration einen ersten Eindruck. Im Zentrum stehen dabei die *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) und die *Ukrainische Aufstandsarmee* (UPA); die OUN hatte sich im Juni 1941 am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt und einen faschistischen Satellitenstaat nach dem Modell Ustascha-Kroatiens zu gründen versucht, während die UPA ab 1942 fast 100.000 Polinnen und Polen abschlachtete und sich an der Shoah beteiligte, um „ukrainischen Boden" ethnisch zu „säubern". OUN, UPA und OUN-Führer **Stepan Bandera** gelten, weil sie für die Gründung eines von Moskau unabhängigen ukrainischen Staates mordeten, heute als „Freiheitskämpfer"; ihrer wird jährlich am 14. Oktober gedacht, dem angeblichen UPA-Gründungstag im Jahr 1942, den Kiew 2015 zum staatlichen Gedenktag („Tag der Verteidiger der Ukraine") erklärte. Das ukrainische Bildungsministerium hat eine Direktive erlassen, der zufolge Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen des Landes die UPA als „Symbol für Patriotismus und Opfergeist" zu preisen haben. Seit 2019 wird darüber hinaus am 1. Januar staatsoffiziell des OUN-Führers Bandera gedacht; der Mann hatte an Neujahr Geburtstag.

Wozu das Gedenken? Die ukrainische Regierung verfolgt mit ihrer Erinnerungspolitik ein konkretes Ziel. Sie hat sich seit dem Umsturz vom Februar 2014 mit Haut und Haar der Einbindung in die euroatlantischen Bündnisse verschrieben, und sie verbindet dies mit einer kompromisslosen Abtrennung von Russlands Einflussbereich. Will man die Trennung von Moskau mit einer breitenwirksamen historischen Legitimation versehen, dann ist wegen der Besonderheiten der ukrainischen Geschichte ein Rückgriff auf die alten NS-Kollaborateure eine Option: Diese kämpften mit allen Mitteln für die Gründung ihres eigenen Staates in knallharter Abgrenzung von Moskau, und sie sind vor allem im Westen der Ukraine, wo sie in den frühen 1940er Jahren sozial fest verankert waren, bis heute populär. Also lässt die Kiewer Regierung, während sie zwecks Abgrenzung von Russland den Gebrauch des Russischen, der Muttersprache eines Drittels der Bevölkerung, in Behörden und Schulen untersagt, nicht nur die UPA-Massenmörder hochleben; sie fördert auch die Übernahme von deren Brauchtum im Alltag. Die alte Grußformel der OUN und der UPA etwa — „Slawa Ukraini, herojam slawa!" („Ruhm der Ukraine, den Helden Ruhm!") — ist nicht nur seit den Zeiten der Majdan-Proteste wieder weithin hip, sie ist seit vergangenem Jahr auch die offizielle Grußformel der Armee und der Polizei. Im Sommer 2018 präsentierte auch noch der ukrainische Fußballverband ein neues Nationaltrikot — mit dem Schriftzug „Slawa Ukraini!" über der Rückennummer. Ukrainische FaschistInnen können sich in der Gedenkkultur der heutigen Ukraine bewegen wie Fische im Wasser; und nicht nur sie: Als am 14. Oktober 2018 laut Polizeiangaben 15.000 Rechte zum offiziellen „Tag der Verteidiger der Ukraine" auf Kiews Straßen marschierten, den staatsoffiziell geehrten Ex-OUN-Führer Bandera hochleben ließen und den alten, inzwischen ebenfalls staatlich legitimierten Gruß ihrer OUN-Vorbilder skandierten („Slawa Ukraini, herojam slawa!"), da

waren auch Delegationen der JN und des *Der III. Weg* dabei. Dass die Gedenkpraxis wie auch die Symbolik ihrer Kameraden staatliche Weihen erlangt haben, das ist für deutsche Nazis ein ungewohntes Gefühl. In der Ukraine ist es Realität.

Kriegserfahrene Freikorps

Dabei kommt der extremen Rechten in der Ukraine noch ein zweiter Faktor zugute: die Tatsache, dass ihre Aktivisten erst zur Radikalisierung der Majdan-Proteste, dann aber vor allem als frühe Kämpfer im Bürgerkrieg in der Ostukraine unverzichtbar waren. In den Freikorps — meist beschönigend „Freiwilligenbataillone" genannt –, auf die sich die neue Regierung in Kiew vom späten Frühjahr 2014 an bei ihren militärischen Operationen im Osten des Landes stützte, waren zum Großteil Rechte organisiert, oft auch AktivistInnen der extremen Rechten, die — von nationalistischem Hass auf alles Russische durchdrungen — hochmotiviert in den Krieg gegen die prorussischen SeparatistInnen zogen. Bereits im Herbst 2014 zählten BeobachterInnen gut drei Dutzend relevante Freikorps mit mehr als 10.000 Freischärlern, die noch im selben Jahr offiziell dem Innen-, dem Verteidigungsministerium oder auch der Nationalgarde unterstellt wurden; Kiew tat das, um die Kontrolle über sie nicht gänzlich zu verlieren. Die Mehrzahl der Freikorps existiert bis heute; und obwohl ihre Kämpfer nicht nur mit Security-Diensten, sondern auch mit Auftragsverbrechen bis hin zum Mord ihr Geld verdienen, haben sie in der Ukraine einen vergleichsweise guten Ruf: Laut einer repräsentativen Umfrage vom Juni 2018 vertrauen ihnen rund 50 Prozent der Bevölkerung — viel mehr als der Regierung (14 Prozent), dem Parlament (10 Prozent) oder der lokalen Justiz (9 Prozent).

Bekannte Beispiele für extrem rechte Freikorps sind dasjenige des *Rechten Sektor* und das *Bataillon Asow*. Der *Rechte Sektor*, ursprünglich als eine Art Aktionsbündnis verschiedener extrem rechter Organisationen auf dem Majdan gegründet und bis heute auch als Partei aktiv, unterhält seit dem Sommer 2014 ein eigenes Bataillon. **Dmitro Jarosch**, der Gründungsboss des *Rechten Sektor*, der auch die Entsendung dessen Bataillons in die Ostukraine vorantrieb, wurde in der Parlamentswahl vom 26. Oktober 2014 in einem Wahlkreis im Südosten des Landes unweit des Bürgerkriegsgebiets mit 29,8 Prozent als Direktkandidat in das Parlament gewählt. Ebenfalls in der Werchowna Rada sitzt **Andrij Bilezky**, der Gründungskommandeur des *Bataillon Asow*, das mit dem Zeigen von Nazisymbolik — SS-Runen, Wolfsangeln, auch Hakenkreuze — und mit der Einbindung von Neonazis aus anderen europäischen Ländern bereits 2014 Aufsehen erregte; später haben die *Vereinten Nationen* dem Freikorps auch noch Kriegsverbrechen vorgeworfen. Bilezky konnte sein Direktmandat in einem Hauptstadt-Wahlkreis mit 33,8 Prozent der Stimmen gewinnen. Sein Stellvertreter an der Spitze des *Bataillon Asow*, **Wadim Trojan**, wurde im Herbst 2014 zunächst zum Polizeichef der Hauptstadt ernannt, bevor Innenminister **Arsen Awakow** ihn zunächst zum Vizechef der nationalen Polizei und im Februar 2017 schließlich zu seinem persönlichen Stellvertreter ernannte.

Die „ukrainische Ordnung"

Während Trojan Regierungspolitik treibt, arbeitet sein einstiger Chef Bilezky weiter an der Formierung der extremen Rechten. Am 14. Oktober 2016 — das Datum war gezielt gewählt — hat er aus Freischärlern des *Bataillon Asow* und aus diesem nahestehenden Zivilisten das *Nationale Korps* gegründet, eine Partei, die sämtliche noch verbliebenen Beziehungen zu Russland komplett kappen, die Ukraine atomar bewaffnen und zumindest für Hochverrat die Todesstrafe einführen will. Bei der Parlamentswahl am 21. Juli 2019 wird sie in einer Wahlplattform gemeinsam mit drei anderen Parteien antreten — mit dem *Rechten Sektor*, der von diesem abgespaltenen *Regierungsinitiative Jarosch* und *Swoboda*. *Swoboda*, fest auf dem ideologischen Boden der OUN stehend, aber mehr in die Breite und weniger auf den martialischen Kämpfermythos der Freikorps orientiert, ist seit Jahren die größte Partei der extremen Rechten in der Ukraine; sie stellte in der Umsturzregierung vom Frühjahr 2014 ein paar Monate lang mehrere Minister und ist bislang die einzige, die ihre außerparlametarische Stärke zumindest punktuell in Wahlerfolge umsetzen konnte — was nicht einfach ist, wenn die Regierung Ideologie und Politik der extremen Rechten einfach übernimmt. *Swoboda* ist insbesondere im Westen der Ukraine stark, wo sie vom dort heimischen Bandera-Kult profitiert. In der westukrainischen 230.000-Einwohner-Stadt Iwano-Frankiwsk, die selbstverständlich über ein Bandera-Denkmal sowie ein Museum zur Erinnerung an die „Befreiungsbewegung" (OUN/UPA) verfügt, wurde im Oktober 2015 ihr Kandidat **Ruslan Marzinkiw** mit 54,8 Prozent der Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Für Faschisten aus der Freikorpsszene wie Bilezky ist Parteipolitik freilich nicht das Stand-, sondern nur ein Spielbein. Bilezky gilt als einer der Abgeordneten, die sich am seltensten in der Werchowna Rada blicken lassen. Stattdessen hat er nicht nur das *Nationale Korps* gegründet, sondern im Jahr 2017 auch die *Nationale Miliz*, eine paramilitärische Formation, die sich — gemeinsam mit dem *Nationalen Korps* und dem

Bataillon Asow — als Teil der „Asow-Familie" begreift. Während andere Teile der „Asow-Bewegung", die nach eigenen Angaben mehr als 10.000 Aktivisten umfasst, militaristisch geprägte Jugendlager abhalten oder sich um den Aufbau enger Beziehungen in die internationale Szene der extremen Rechten bemühen, patrouilliert die *Nationale Miliz* auf den Straßen der ukrainischen Städte, um dort ihr Verständnis von „Recht und Ordnung" durchzusetzen. Einer breiteren Öffentlichkeit machte sie sich am 28. Januar 2018 bekannt, als rund 600 ihrer Aktivisten in militärischer Formation durch Kiew marschierten, um anschließend im Fackellicht einen Treueeid zu schwören. Sie würden verwerfliche Dinge wie Drogen und illegales Glücksspiel nicht mehr dulden, verkündeten die Milizionäre. Seitdem führen sie regelmäßig Patrouillen zur Durchsetzung einer „ukrainischen Ordnung" durch, bei denen auch schon mal die gesamte Einrichtung von Glücksspielhallen zerstört wird. Zuletzt stellte die *Nationale Miliz* bei der Präsidentenwahl am 31. März 2019 mehr als 350 WahlbeobachterInnen. Schon vorab hatte ein Milizführer angekündigt, sollte es bei den Wahlen „im Interesse der Gerechtigkeit" sein, „jemanden ins Gesicht zu treten, dann werden wir das ohne Zögern tun".

Straflosigkeit

Die Drohung musste man ernst nehmen. Die *Nationale Miliz*, die — als Teil der „Asow-Bewegung" — wohl zum guten Teil aus Freischärlern mit Bürgerkriegserfahrung besteht, hat in den kaum zwei Jahren ihrer Existenz eine satte Menge Gewalt verübt. Wellen geschlagen hat zum Beispiel ein pogromartiger Überfall auf ein Roma-Lager im Kiewer Bezirk Holosijiw am 7. Juni 2018. Im Frühjahr 2018 hatten sich die Faschistenüberfälle auf Roma-Siedlungen in der Ukraine gehäuft; mindestens ein Rom wurde dabei ermordet, zahlreiche wurden verletzt. In Holosijiw kam es nicht zu Todesopfern; die *Nationale Miliz* zerstörte allerdings mit Vorschlaghämmern und Äxten das gesamte Roma-Lager. Die nach einer Weile eintreffende Polizei sah teilnahmslos zu. Neben den Roma und Romnija haben die *Nationale Miliz* und andere, kleinere Organisationen der extremen ukrainischen Rechten zum Beispiel Feministinnen und LGBT-Aktivistinnen und -Aktivisten im Visier. Erschüttert berichtete etwa ein Reporter der israelischen Tageszeitung *Haaretz*, wie er im November 2018 zwei Frauen mit roten, geschwollenen Gesichtern in einer Unterführung im Zentrum von Kiew kauernd fand: Sie hatten mit etwa 50 anderen an einer Demonstration zum Gedenken an die Opfer transphober Gewalt in der Ukraine teilnehmen wollen, die aber noch vor Beginn von rund 200 Faschisten unter Einsatz von Fäusten und Pfefferspray zerschlagen wurde.

Auch das ist nur ein Beispiel. Bereits im Juni 2018 hatten die physischen Angriffe extrem rechter Organisationen auf alle, die ihren faschistischen Idealen nicht entsprachen, in einem solchen Ausmaß zugenommen, dass sich *Amnesty International* und *Human Rights Watch* veranlasst sahen, gemeinsam mit zwei Bürgerrechtsorganisationen einen Protestbrief an das ukrainische Innenministerium zu senden. Der rechte Straßenterror, hieß es darin, nehme überhand; es könne so nicht weitergehen: Weil die staatlichen Behörden nicht gegen die Gewalt extrem rechter Banden einschritten, mache sich längst „eine Atmosphäre fast totaler Straflosigkeit" breit. Überfälle auf Demonstrationen zum Internationalen Frauentag, brutale Gewalt gegen LGBT-Festivals — das beginne in der Ukraine alltäglich zu werden. Und es wiege besonders schwer, dass einzelne Behörden mittlerweile dazu übergingen, sich die Dienste der ultrarechten Schläger zunutze zu machen.

Staatliche Finanzierung

Letzteres ist zumindest für C14 belegt. Die Organisation wurde im Jahr 2010 als Jugendverband der Partei *Swoboda* gegründet, hat aber längst ein Eigenleben entwickelt. Ihr Name bezieht sich auf die altukrainischen „Sitsch" — Verwaltungs- und Militärzentren der Kosaken aus der Zeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. In kyrillischer Schrift sieht das Wort (Січ) wie „C14" aus. C14-Aktivisten haben diverse Überfälle auf Roma-Lager verübt; zwei C14-Mitglieder wurden im Februar 2018 im Zusammenhang mit dem Mord an dem prorussischen Journalisten **Oles Busyna** am 16. April 2015 in Kiew vor Gericht gestellt. Das hat die Verwaltung des Kiewer Bezirks Holosijiw nicht davon abgehalten, mit C14 eine Vereinbarung zu schließen, der zufolge die Organisation Patrouillen zwecks Durchsetzung von „Recht und Ordnung" durchführen soll. Dokumentiert ist beispielsweise, wie C14-Mitglieder im Rahmen einer solchen Patrouille Roma vom Kiewer Südbahnhof vertrieben — laut Berichten in Kooperation mit der Polizei. Im Juni 2018 wurde bekannt, dass C14 außerdem von der ukrainischen Regierung gefördert wird: Die Organisation hatte aus staatlichen Töpfen zur Finanzierung eines ihrer Kinder-Sommercamps rund 16.900 US-Dollar erhalten — etikettiert als Beitrag zur „national-patriotischen Erziehung".

Credits: Melanie Wenger © European Union 2019

Von Bernard Schmid

Europas Rassistinnen und Rassisten

Extrem rechte Parteien und die EU-Parlamentswahl 2019

Die extreme Rechte in den Ländern der EU bietet nach den jüngsten Europawahlen, die zwischen dem 23. und dem 26. Mai stattfanden, ein zerklüftetes Bild. Zu ihrer Auswertung kann noch die nationale Parlamentswahl in Dänemark vom 5. Juni hinzugezogen werden.

Die nationale Parlamentswahl in Dänemark ist insofern interessant, als — erstens — die extrem rechte *Dänische Volkspartei*, die bei der Europawahl 2014 mit 26,6 % der dänischen Stimmen zu den großen Gewinnerinnen gezählt hatte, zu den Verliererinnen der Europawahl 2019 gehört, und als — zweitens — die extreme Rechte in Dänemark lange Jahre Teil der Parlamentsmehrheit in Kopenhagen war.

Zum Gesamtbild: Einige der extrem rechten Parteien in den EU-Ländern gehen erheblich gestärkt aus der Wahl hervor. Dies gilt insbesondere für die *Lega* (bis 2017: *Lega Nord*) in Italien, die mit 34,3 % der abgegebenen italienischen Stimmen einen Zugewinn von 28,1 Prozentpunkten gegenüber der Europawahl 2014 verzeichnen konnte. Gegenüber der italienischen Parlamentswahl vom 4. März 2018, die ihr die Tür zur Regierungsbeteiligung in Rom öffnete, hat die Partei unter Führung von Innenminister **Matteo Salvini** ihren Stimmenanteil verdoppelt.

Andere extrem rechte Kräfte bleiben auf einem hohen Stimmensockel, ohne Zugewinne zu verzeichnen. Dies gilt etwa für den französischen *Rassemblement National* (RN, „Nationale Sammlungsbewegung", wie der ehemalige *Front National* seit dem 1. Juni 2018 heißt). Er erhielt 23,3 % der Stimmen, was einen hohen Anteil darstellt, jedoch prozentual keinen Zuwachs — er hatte bei der EU-Parlamentswahl 2014 in Frankreich bereits 24,7 % der Stimmen erhalten. Allerdings lag dieses Jahr die Wahlbeteiligung in Frankreich mit 50,1 % erheblich höher als 2014 (42,4 %); deshalb entspricht das nur wenig veränderte Prozentergebnis einer höheren Zahl an Wählerinnen und Wählern: 5,286 Millionen gegenüber

4,712 Millionen im Jahr 2014. Zählt man die Ergebnisse für kleinere rechtsnationale Listen hinzu — insbesondere *Debout La France* („Frankreich, steh auf") von **Nicolas Dupont-Aignan** oder die FN-Abspaltung *Les Patriotes* unter **Florian Philippot** –, dann kommt man summa summarum auf rund 6,5 Millionen Stimmen.

Dänische „Ausländerpolitik"

Verluste hingegen musste die extreme Rechte in Dänemark hinnehmen. Dort erzielte die *Dänische Volkspartei* (DF) bei der Europawahl „nur" noch 10,8 % der Stimmen, 15,8 Prozentpunkte weniger als 2014; bei der Parlamentswahl anderthalb Wochen später kam sie sogar „nur" noch auf 8,7 % (12,4 Prozentpunkte weniger als bei der vorigen Parlamentswahl im Juni 2015). Die DF hatte von 2001 bis 2011 und abermals seit 2015 eine konservativ-liberale Rechtsregierung „toleriert", ihr also im Parlament eine Mehrheit beschafft, ohne selbst Ministerposten im Kabinett zu besetzen. Als Gegenleistung dafür handelte sie drakonische Verschärfungen insbesondere im Ausländer- und Asylrecht aus: In diesem Bereich wurden allein von 2015 bis 2019 114 Gesetzesverschärfungen registriert. Zu den Besonderheiten der dänischen „Ausländerpolitik" zählt etwa, dass ab 2021 bestimmte Gruppen abgelehnter Asylsuchender auf Lindholm, einer unbewohnten Insel in der Ostsee, interniert werden sollen. Dort befand sich bisher ein Zentrum für die Erforschung ansteckender Tierkrankheiten — von Schweinepest bis Tollwut. Seit zwei Jahren trägt auch die dänische Sozialdemokratie, die das Land nach den jüngsten Parlamentswahlen regieren wird, einen wesentlichen Teil der Verschärfungen mit.

Doch warum sinkt die DF trotz der breiten Zustimmung zu ihrer „Ausländerpolitik" in der Wählergunst? Zum einen, weil die bislang regierende konservativ-liberale Rechte es schaffte, sich den „Erfolg" in der Umsetzung dieser Politik an ihr Revers zu heften. Vor allem die — dem Parteinamen nach „liberale" — Einwanderungsministerin **Inger Stojberg** wurde in der Öffentlichkeit mit den Verschärfungen assoziiert. Das Profil der DF verblasste gegenüber der sich radikalisierenden Regierungsrechten. Zum zweiten wurde sie zugleich auf ihrer rechten Flanke durch andere, noch radikaler auftretende Rechtskräfte überholt. Bei der dänischen Parlamentswahl traten zwei neue Rechtsparteien in Konkurrenz zu DF an: Die *Nye Bogerlige* („Neue Bürgerliche"), eine 2016 entstandene Rechtsabspaltung der Konservativen, die sich nahezu ebenso einwanderungsfeindlich wie die DF gibt, doch wesentlich wirtschaftsliberaler ausgerichtet ist, sowie die offen gewaltaffin auftretende neofaschistische Partei *Stram Kurs*. Letztere wird durch den 37-jährigen Anwalt **Rasmus Paludan** angeführt, der in seinen Reden „ausländischen Feinden" versprach, ihr Blut werde „die Straßen und Plätze Dänemarks überströmen". Die *Nye Bogerlige* schaffte es, mit 2,4 % nunmehr vier Parlamentssitze zu erobern. Der *Stram Kurs* scheiterte dagegen mit 1,8 % an der geltenden Sperrklausel; doch auch wenn er außerparlamentarisch bleibt, konnte er dank vieler Wahlkampfspenden seine Kassen kräftig auffüllen. Der dritte Faktor für den Rückgang von DF wirkt hingegen weitaus sympathischer: Umwelt- und Klimaschutz zählten zu den wahlentscheidenden Themen, und zu ihnen hatte die extreme Rechte schlicht nichts beizusteuern, was vor allem der jungen Generation deutlich auffiel.

FPÖ: Stabiler als zuvor

In Österreich ist es der bis zum 18. Mai mitregierenden FPÖ (*Freiheitliche Partei Österreichs*) gelungen, trotz des Scheiterns der Regierungskoalition mit der konservativen ÖVP nach der Veröffentlichung des „Ibiza-Videos" ausgesprochen glimpflich davonzukommen. Mit 17,2 % verlor die extrem rechte Partei nur 2,5 Prozentpunkte gegenüber der Europawahl von 2014. Auf nationaler Ebene liegt sie nach dem Platzen der Regierungskoalition, für das sie maßgeblich verantwortlich zeichnete, in den Umfragen (Stand: Juni) im Hinblick auf die im September 2019 anstehende Nationalratswahl bei 21 %. Das sind nur zwei Prozentpunkte weniger als in Umfragen im April 2019; damals rangierte die FPÖ bei 23 %, womit sie jedoch relativ niedrig lag — die öffentliche Debatte über ihre Verbindungen zur *Identitären Bewegung Österreichs* (IBÖ) und über die Kontakte zwischen IBÖ-Chef **Martin Sellner** und dem Attentäter von Christchurch, **Brenton Tarrant**, hatte ihr geschadet. Bei der letzten Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 hatte die FPÖ noch 26,0 % der Stimmen erhalten.

Ihr leichtes Abrutschen steht jedoch in keinem Vergleich zu den erdrutschartigen Verlusten, die die FPÖ im Verlauf ihrer nunmehr vorletzten Regierungsbeteiligung (Februar 2000 bis Frühjahr 2005 beziehungsweise für einige verbliebene Minister bis Oktober 2006) hatte verzeichnen müssen. Damals fiel sie von 26,9 % bei der Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999 über 10 % bei vorgezogenen Neuwahlen im November 2002 auf 6 % bei der Europawahl im Juni 2004. Woraus erklärt sich der Unterschied? In den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung von 2000 bis 2005 enttäuschte die FPÖ insbesondere viele sozio-ökonomische Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler. Im Wahlkampf 2017 hingegen entschied sie sich dafür, von vornherein nur wesentlich schwächere soziale Versprechungen abzugeben und in Teilbereichen sogar ein stärker wirtschaftsliberales Profil an den Tag zu legen. Die Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler fällt entsprechend geringer aus.

Das „Ibiza-Video“

Zwar enthüllte das „Ibiza-Video“ mehr oder minder mafiöse Praktiken führender Politiker der FPÖ, die sich damals auf eine baldige Regierungsbeteiligung einstellte. Doch prallt diese Erfahrung offenbar weitgehend an ihrer Wählerschaft und ihren Sympathisantinnen und Sympathisanten ab. Diese berufen sich entweder darauf, die anderen Parteien seien doch „auch nicht besser“, oder sie reden sich gleich unter Bezug auf eine angebliche jüdische Verschwörung bei der Entstehung des Videos heraus. Noch ist unklar, wer das Video mit versteckter Kamera aufgenommen hat und warum es erst 2019 publik wurde; erste Hintergrundberichte sprechen allerdings davon, interne Streitigkeiten über den außenpolitischen Kurs und Auseinandersetzungen über die seit mindestens zehn Jahren klar pro-russische und pro-serbische Ausrichtung der Parteiführung stünden damit in Zusammenhang; manche innerparteilichen Kräfte fordern eine eher pro-westliche Kurskorrektur ein. Zudem ist eine Mitwirkung nachrichtendienstlicher Akteure nicht auszuschließen.

Doch die rechtsextreme Wählerschaft verweist ihrerseits auf die — nachgewiesenen, doch mutmaßlich mit dem „Ibiza-Video“ in keinem Zusammenhang stehenden — Manipulationen im Wahlkampf 2017. Damals hatte die österreichische Sozialdemokratie die schlechte Idee, durchsichtige Manöver gegen die FPÖ zu starten — etwa die Schaffung von Fake-Webseiten –, mit der noch viel schlechteren Idee kombiniert, den Auftrag dafür just an einen israelischen Berater zu vergeben, nämlich an den mittlerweile prominenten **Tal Silberstein**. Auf dass die extrem rechte Wählerschaft sofort aufschreien und imaginäre „jüdische Machenschaften!“ wittern konnte. Dieses Reaktionsmuster wendet der harte Kern der FPÖ-Wählerschaft nun auch auf die „Ibiza-Affäre“ an, obwohl keinerlei Verbindung zwischen ihr und den Vorgängen im Wahlkampf 2017 nachgewiesen wurde.

Credits: Melanie Wenger © European Union 2019

Jörg Meuthen (r.) im Kreis seiner europäischen Partnerinnen und Partner.

Wachablösung

Manche extrem rechten Parteien wurden bei der Europawahl durch eine andere Kraft innerhalb ihres Spektrums ersetzt, nachdem sie es nicht vermocht hatten, ihr politisch-ideologisches Feld erfolgreich zu bestellen.

Dies widerfuhr etwa der *Partei für die Freiheit* (PVV) unter **Geert Wilders** in den Niederlanden, dem es nicht gelang, strategische Stärke aus seiner Position als Mehrheitsbeschaffer für die konservativ-liberale Regierung der Jahre 2010 bis 2012 zu schöpfen. Seine Partei schaffte mit nur 3,5 % den Einzug ins Europaparlament nicht mehr. An ihre Stelle trat das 2016 neu gegründete *Forum für Demokratie* (FvD) unter **Thierry Baudet**, eine einwanderungsfeindliche Partei mit stärker wirtschaftsliberaler Ausrichtung, die 11 % erhielt. In Belgien hatte die flämisch-nationalistische N-VA (*Neue flämische Allianz*), eine harte Rechtspartei, die ab Herbst 2014 Teil der belgischen Regierungskoalition war, seit Anfang dieses Jahrzehnts die neofaschistische Konkurrenz vom *Vlaams Belang* (VB) erfolgreich ausgebootet. Nun aber kehrt der VB auf die politische Bühne zurück; er holte bei der Europawahl in Flandern 19,1 %, bei der belgischen Parlamentswahl am selben Tag 18,7 % der Stimmen — ein Plus von über zwölf Prozentpunkten.

In Polen und Ungarn stehen die rechtskonservativen, jedoch ideologisch weit in den Bereich der extremen Rechten hinein reichenden Regierungsparteien PIS (45,4 %) respektive FIDESZ (52,6 %) als deutliche Wahlsieger da. Allerdings werden beide in der beginnenden Legislaturperiode im Europaparlament nicht in derselben extrem rechten Fraktion (*Identität und Demokratie*, ID) sitzen wie etwa der französische RN und die italienische *Lega*. Vielmehr wird die polnische Regierungspartei weiterhin derselben Fraktion wie die britischen Konservativen angehören, deren Führung sie nun jedoch übernimmt. Der FIDESZ will in der *Europäischen Volkspartei* (EVP) verbleiben, also in der Fraktion, der etwa auch die deutsche CDU/CSU und die französische Partei *Les Républicains* angehören.

Credits: strassenstriche.net(CC BY-NC 2.0)

Von Svenja Müller

Motiv Rassismus

Todesopfer bei Brandstiftung in Wiebelskirchen

Am Abend des 17. April 2018 wurde im saarländischen Neunkirchen-Wiebelskirchen ein Haus in Brand gesetzt, einer der Bewohner wurde getötet. Während des Prozesses wird klar, das Motiv des Hauptangeklagten war Rassismus.

Gegen 23:15 Uhr breitete sich das Feuer in dem Haus in der Kuchenbergstraße in Wiebelskirchen vom Treppenhaus im Erdgeschoss schnell in das obere Stockwerk aus. Die Feuerwehr rettete elf Menschen, darunter mehrere Kinder. Sie erlitten teils schwere Rauchgasvergiftungen. **Philipp W.**, der 37-jährige Bewohner des Dachgeschosses, starb in dem brennenden Haus, er verbrannte bis zur Unkenntlichkeit. In dem Haus hatten auch eine aus Syrien geflohene Familie mit fünf Kindern sowie zwei syrische Männer gewohnt. Die Wohnungen waren von der Stadt Neunkirchen als Unterkunft für Geflohene angemietet worden. Schnell war klar: Ursache des tödlichen Feuers war Brandstiftung. Nach längeren Ermittlungen wurden zwei Tatverdächtige ermittelt und schließlich angeklagt.

„... um die Ausländer zu bestrafen"

Hauptangeklagter ist der 29-jährige **Toni Jürgen Schmidt**. Der 19-jährige **Thomas M.** wird wegen Beihilfe zur Brandstiftung mit Todesfolge angeklagt. Die beiden Beschuldigten hatten sich am Tattag getroffen, um die Schwangerschaft der Lebensgefährtin von Schmidt mit reichlich Alkohol zu begießen. Während der Feier habe sich Schmidt nach eigenem Bekunden an angebliche Beleidigungen seiner Lebensgefährtin durch „die Ausländer" erinnert, woraufhin er zu „dem Haus der Ausländer" gegangen sei, „um die Ausländer zu bestrafen". Der Mitangeklagte M. sagt in der Vernehmung bei der Polizei, sie hätten gewusst, dass „dort Ausländer wohnen, denen er [Schmidt] es heimzahlen" wollte. Ein weiterer Zeuge bestätigt dies vor Gericht. Schmidt habe laut Aussage von M.

das Haus in der Kuchenbergstraße betreten und einen im Flur stehenden Kinderwagen mit Hilfe eines Feuerzeuges und eines Deosprays angezündet. Ein Zeuge berichtet außerdem vor Gericht, dass er Toni Schmidt verdächtige, im Jahr 2018 im Flur des Hauses, in dem Schmidt damals gewohnt hatte, Hakenkreuze an die Wand geschmiert zu haben. Nachfragen werden vom Gericht keine gestellt, der weitere Hinweis auf eine extrem rechte Gesinnung des Angeklagten Schmidt nicht weiter verfolgt.

Acht Jahre Freiheitsstrafe

In ihrem Plädoyer stellt die Oberstaatsanwältin fest: Motiv des Angeklagten Schmidt war Rache an „den Ausländern", da diese seine Freundin beleidigt hätten. Toni Schmidt wird vom Gericht schließlich wegen besonders schwerer Brandstiftung mit Todesfolge zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt. Als mögliches Tatmotiv wird vom Vorsitzenden Richter in der mündlichen Urteilsbegründung der „nichtige Grund" der angeblichen Beleidigung der Lebensgefährtin angeführt, eine konkrete Festlegung sei aber „schwierig". Der Mitangeklagte M. wird als Heranwachsender nach Jugendstrafrecht verurteilt und erhält eine Betreuungsweisung für ein Jahr sowie als Auflage die Teilnahme an einem sozialpädagogischen Kurs als Erziehungsmaßregel.

„... kein politischer Hintergrund zu erkennen"

Hakenkreuz-Schmierereien, „Rache an den Ausländern" als Tatmotiv — Man sollte meinen, dass das rassistische Motiv der Brandstiftung angesichts der Aussagen der Angeklagten wie auch der Zeugen nicht zu leugnen ist. Doch weit gefehlt: Während die Polizei aus „ermittlungstaktischen Gründen" zunächst keine Angaben zum Tatmotiv machen will, ist sich die Lokaljournaille schnell sicher, „dass bei der Tat kein politischer Hintergrund zu erkennen ist". Die Staatsanwaltschaft sah nach Abschluss der Ermittlungen das Tatmotiv als „bislang nicht zweifelsfrei geklärt" an. Gesichert erscheine lediglich, „dass beide Angeschuldigten hinsichtlich Feuerwehrarbeit sehr interessiert" seien. Für die *Saarbrücker Zeitung* handelte der Täter Schmidt „aus ungeklärten Gründen". Neben der geradezu widerwillig erscheinenden Thematisierung durch die Medien bleibt auch die öffentliche Empörung hierüber im Saarland gänzlich aus.

Serie von Brandstiftungen

Dabei steht die Brandstiftung in einer Reihe von Brandanschlägen auf von MigrantInnen oder Geflüchteten bewohnte Häuser im Saarland. Von 2006 bis 2012 wurden in Völklingen insgesamt 18 Brandstiftungen auf Gebäude verübt, in denen MigrantInnen wohnten. Eine Sonderermittlungsgruppe konnte keine TäterInnen ausfindig machen. Am 17. Januar 2017 wurde in Völklingen eine von MigrantInnen gemietete Lagerhalle angezündet, bei dem Großbrand wurden zwei Menschen verletzt, es entstand ein Sachschaden von rund eineinhalb Millionen Euro. Im Juli 2017 wurde in Völklingen innerhalb einer Woche ein Haus, das als Unterkunft für Geflüchtete dienen sollte, gleich dreimal in Brand gesteckt. Auch bei diesen Anschlägen wurden keine TäterInnen ermittelt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass eine von insgesamt nur 15 durch den *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU) versandten Bekenner-DVDs an die Völklinger türkisch-islamische Moscheegemeinde geschickt worden war. Im saarländischen Ottweiler warfen bis heute unbekannte TäterInnen im Juni 2017 nachts mehrmals Brandsätze auf von MigrantInnen bewohnte Häuser. Philip W. ist nicht das erste Todesopfer eines rassistisch motivierten Brandanschlags im Saarland. Am 19. September 1991 wurde **Samuel Yeboah**, politischer Flüchtling aus Ghana, durch einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Saarlouis-Fraulautern ermordet. Die TäterInnen wurden nie ermittelt, die Ermittlungen nach wenigen Wochen eingestellt. Erwähnenswert in der Serie neonazistischer Gewalttaten im Saarland ist auch der Bombenanschlag am 9. März 1999 auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". TäterInnen wurden auch hier bis heute nicht ermittelt, eine Verbindung zum NSU ist nicht auszuschließen.

Die AfD gehört mit auf die Anklagebank

Der Haupttäter Schmidt hatte ein wahrlich schlechtes Leben in der deutschen Provinz. In seiner Kindheit vom Vater misshandelt und von MitschülerInnen wie ArbeitskollegInnen gemobbt lebt er in dem vom Strukturwandel mitgenommenen Wiebelskirchen. Die „typische Dorftankstelle", wie sie ein Zeuge nennt, als Lebensmittelpunkt, an der sich regelmäßig Alkohol besorgt wird, passt ins Bild. Im Jahr 2018 erreichte die Stimmung gegen MigrantInnen in Deutschland einen neuen Höhepunkt. Diese gesellschaftliche Stimmung, die maßgeblich von AkteurInnen wie der AfD erzeugt wird, suggeriert sich chronisch zu kurz gekommen Fühlenden wie Toni Schmidt, dass „die Ausländer" nach Deutschland kämen, um sich ein besseres Leben zu erschleichen und alles geschenkt bekämen. Es ist gut vorstellbar, dass diese Stimmung maßgeblich mit dazu beigetragen hat, dass dieser es „den Ausländern heimzahlen" wollte und das Haus anzündete.

Credits: United States Holocaust Memorial Museum / Courtesy of Dr. Liane Reif-Lehrer

Von Günter Born

Die Irrfahrt der St. Louis

Das Scheitern der internationalen Flüchtlingspolitik am Vorabend der Shoah

Rege Betriebsamkeit herrscht am Nachmittag des 13. Mai 1939 am Kai der Hamburger Reederei HAPAG. Hunderte Passagiere begeben sich an Bord der „MS St. Louis". Die Stimmung unter den Reisenden ist gedrückt. Obwohl fast alle Passagiere über Touristenvisa für Kuba verfügen, ist die bevorstehende Fahrt über den Atlantik keine Urlaubsreise in die Karibik. Letztendlich mündete die Reise der „MS St. Louis" in einer „Irrfahrt", die das Scheitern einer internationalen Flüchtlingspolitik am Vorabend der Shoah verdeutlicht, welche die Jüdinnen und Juden, die der sich abzeichnenden NS-Vernichtungspolitik zu entkommen versuchten, ihrem Schicksal überließ.

Bei den 937 Passagieren der „MS St. Louis" handelte es sich nahezu ausschließlich um deutsche Jüdinnen und Juden, die sich angesichts der eskalierenden antisemitischen Politik des NS-Regimes gezwungen sahen, ihre Heimat zu verlassen. Viele der Passagiere hatten bis zuletzt gezögert, etwa das Ehepaar **Alfred Heldenmuth** und **Selma Heldenmuth** aus Plettenberg. Alfred Heldenmuth, ein Veteran des Ersten Weltkriegs, hatte in der sauerländischen Kleinstadt eine Viehhandlung besessen. Nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 war er für mehrere Wochen in das KZ Sachsenhausen verschleppt worden. Infolge dieser traumatischen Erfahrung entschloss sich die Familie zur Auswanderung. Auch der 1936 emeritierte Kölner Professor **Moritz Weiler** und seine Ehefrau **Recha Weiler** trafen eine ähnliche Entscheidung und erwarben, so wie die anderen Passagiere auch, für jeweils bis zu 1.000 Dollar Touristenvisa für Kuba. Viele der Exilierten hofften, von dort aus weiter in die USA zu gelangen.

Die Fahrt über den Atlantik verläuft zunächst ruhig. Kapitän **Gustav Schröder**, obgleich NSDAP-Mitglied seit 1933, behandelt die jüdischen Passagiere Erinnerungsberichten zufolge höflich, der Fest-

saal des komfortabel ausgestatteten Schiffs kann für Gottesdienste genutzt werden und die Küche bereitet koschere Speisen zu. Dennoch ist die psychische Anspannung bei zahlreichen Reisenden enorm. Gerüchte um verschärfte Einreisebestimmungen für Kuba kursieren. Der 63-jährige Moritz Weiler, der bereits körperlich geschwächt die Reise angetreten hat, erleidet auf See einen tödlichen Herzinfarkt. Ein weiterer Passagier springt aus Verzweiflung über Bord und ertrinkt.

Keine Anlandung in Havanna

Die Befürchtungen bewahrheiten sich. Am 27. Mai läuft die „MS St. Louis" in den Hafen von Havanna ein. Die Rettung scheint greifbar nah. Doch dann hindern Polizeiboote das HAPAG-Schiff daran, am Pier anzulegen. Den Passagieren wird von den kubanischen Behörden eröffnet, dass ihre Einreisepapiere ungültig seien. Bereits am 5. Mai 1939 hatte der kubanische Präsident **Federico Laredo Brú** den bis dahin vom Chef der Einwanderungsbehörde **Manuel Benítez Gonzáles** betriebenen lukrativen Verkauf von „Einreisebewilligungen" für Tourist_innen und Transitreisende beendet. Auch die schon ausgestellten Papiere verloren rückwirkend ihre Gültigkeit.

Die Motive dieser fatalen Entscheidung der kubanischen Regierung sind unklar. Offiziell verwiesen deren Vertreter auf die angespannte wirtschaftliche Situation des Landes. Neben Machtkämpfen und Interessenkonflikten innerhalb der Regierung dürfte der internationale Druck relevant gewesen sein. Es sollte verhindert werden, dass mit einer Einreiseerlaubnis für Kuba „Fluchtanreize", wie es in heutiger Diktion heißen würde, geschaffen würden, die der restriktiven Einwanderungspolitik der meisten potenziellen Zielländer jüdischer Geflüchteter zuwiderliefen. Außerdem gewannen, geschürt durch die Berichterstattung einiger Zeitungen und befeuert von extrem rechten Agitatoren, antisemitische Ressentiments in der kubanischen Öffentlichkeit an Bedeutung.

Die kubanischen Behörden erklären sich schließlich bereit, lediglich 22 jüdische Passagiere, die über ein gültiges US-Visum verfügen, einreisen zu lassen. Zudem wird der 47-jährige **Max Loewe**, der im November 1938 in das KZ Buchenwald verschleppt worden war und sich angesichts der verweigerten Einreise aus Verzweiflung die Pulsadern aufgeschnitten hatte, in ein Krankenhaus in Havanna eingeliefert. Auch die 72 aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei stammenden jüdischen Geflüchteten, die sich auf dem etwa zeitgleich in den Hafen von Havanna einlaufenden britischen Dampfer „Orduna" befinden, dürfen nicht an Land gehen. 55 von ihnen werden nach einem längeren Zwischenaufenthalt in Panama im September 1940 in die USA einreisen können.

Hoffnung USA

Auf die US-Regierung setzt auch Gustav Schröder, als er am 2. Juni mit den 907 auf der „MS St. Louis" verbliebenen Passagieren erneut in See sticht. Er nimmt Kurs auf die Küste von Florida und hofft, dort vor Anker gehen zu können. Doch die US-Küstenwache hindert die „MS St. Louis" an der Einfahrt in den Hafen von Miami. Jüdische Organisationen, prominente Amerikaner_innen, aber auch New Yorker Hafenarbeiter_innen fordern Präsident **Franklin D. Roosevelt** auf, den Geflüchteten die Einreise zu ermöglichen. Auch Kapitän Schröder, der zum Fürsprecher seiner Passagiere avanciert, versucht, unterstützt von einem jüdischen Bordkomitee, mit der Einwanderungsbehörde zu verhandeln. Vergeblich. Die US-Regierung hält die Häfen geschlossen. Als Hardliner erweist sich Außenminister **Cordell Hull**. Roosevelt, der zumindest die Aufnahme einiger Passagiere erwogen hat, beugt sich dem Druck seiner *Demokratischen Partei*, in der antisemitische und rassistische Ressentiments unter den Mitgliedern weit verbreitet sind.

Zurück nach Hamburg

Pläne, wie etwa die Dominikanische Republik oder die kubanische Insel Pinosa anzusteuern, zerschlagen sich. Auch Kanada lehnt die Aufnahme ab. Treibstoff, Wasser und Lebensmittel an Bord werden knapp. Als Schröder durch die HAPAG aufgefordert wird, mit der „MS St. Louis" umgehend nach Hamburg zurückzukehren, fügt sich der Kapitän und steuert am 7. Juni wieder in Richtung Europa. Nun schlägt die Stimmung der meisten Passagiere in Verzweiflung um. Sie befürchten nicht zu Unrecht, nach ihrer Landung in Deutschland umgehend von der Gestapo verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt zu werden, die 300 von ihnen bereits erlebt hatten. Viele Geflüchtete erleiden psychische Zusammenbrüche und kündigen ihren Suizid für den Fall an, dass die „MS St. Louis" wieder in Hamburg einlaufen sollte. Der Sprecher des Bordkomitees **Josef Joseph** notiert: „Wenn das Schiff nach Deutschland zurückfährt, finden sie hunderte leere Kabinen." Einige Passagiere, die keineswegs bereit sind, sich in ihr vermeintlich unausweichliches Schicksal zu fügen, überlegen, durch Sabotageaktionen die Rückkehr des Schiffs nach Europa zu verhindern. Auch Gustav Schröder scheint Ähnliches erwogen zu haben. Demnach habe er mit dem Gedanken gespielt, vor der englischen Küste durch einen Schiffsbrand eine Havarie der „MS St. Louis" zu provozieren und somit eine Bergung durch die Küstenwache und in deren Folge die Einreise der Passagiere nach Großbritannien zu erzwingen.

Rettung Antwerpen?

Zu diesem risikoreichen Manöver kommt es nicht mehr. Während der Rückfahrt der „MS St. Louis" hatte das jüdische *Joint Distribution Committee* fieberhaft mit verschiedenen europäischen Regierungen verhandelt. Am 17. Juni 1939 erhält die „MS St. Louis" die Erlaubnis, in den Hafen von Antwerpen einzulaufen. Von dort aus können 288 Passagiere weiter nach Großbritannien reisen, die Niederlande erklären sich bereit, 181 Geflüchtete aufzunehmen, Belgien 214 und Frankreich 224. Doch für viele der Passagiere war die „Irrfahrt der St. Louis" damit keineswegs zu einem glücklichen Ende gekommen. Von den 619 Geflüchteten, die in Belgien, Frankreich und den Niederlanden Aufnahme gefunden hatten, wurden 254 in der Shoah ermordet.

Ein fatales Signal

Fast genau ein Jahr vor der „Irrfahrt" der St. Louis hatte die vom 6. bis zum 15. Juli 1938 tagende internationale Flüchtlingskonferenz im französischen Évian-les-Bains zwar nicht die Grundlagen dieses restriktiven Grenzregimes gelegt, jedoch der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt, dass Jüdinnen und Juden, die dem NS-Terror zu entkommen versuchten, in den wenigsten Staaten Europas und Amerikas auf Asyl hoffen konnten. Insgesamt lebten im Sommer 1938 noch 500.000 Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich. Seit Januar 1933 waren bereits rund 143.000 jüdische Bürger_innen aus Deutschland ausgewandert — die meisten von ihnen in die westlich angrenzenden Länder Frankreich, Niederlande und Belgien, aber auch in die Tschechoslowakei, die USA und nach Palästina. Infolge der sich zunehmend radikalisierenden antisemitischen Politik des NS stiegen die Flüchtlingszahlen aus dem Deutschen Reich deutlich an.
Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung regte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt eine internationale Flüchtlingskonferenz an, die dazu beitragen sollte, die Aufnahme von jüdischen Geflüchteten zwischenstaatlich zu koordinieren.

Ambivalente US-Flüchtlingspolitik

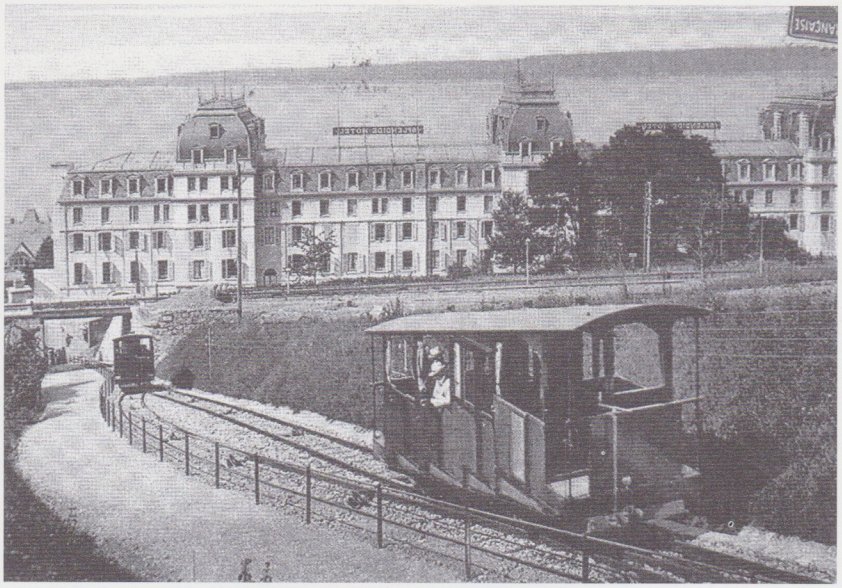
Roosevelts Haltung im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik der USA war dabei höchst ambivalent: Während einerseits jüdische und liberale Organisationen die Regierung aufforderten, Geflüchteten großzügiger Aufnahme zu gewähren, rief andererseits die Diskussion um höhere Quoten in großen Teilen der Bevölkerung massiven Widerspruch hervor. In einer Umfrage vom März 1938 lehnten 75 Prozent der befragten US-Amerikaner_innen die Aufnahme einer größeren Zahl jüdischer Geflüchteter aus Deutschland ab. Gleichzeitig formierten sich lautstarke und einflussreiche extrem rechte Gruppen, die unter Parolen wie „America first" massive antisemitische und rassistische Propaganda betrieben. In diesem polarisierten gesellschaftlichen Klima, das zudem von den Folgen der Weltwirtschaftskrise geprägt war, insistierte die US-Regierung darauf, die im „Immigration Act" von 1925 festgelegte „Obergrenze" von nicht mehr als jährlich 25.957 Einwander_innen aus Deutschland (und 1.431 aus Österreich) unter keinen Umständen zu überschreiten. Obgleich die USA nach 1933 einen begehrten Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden aus Deutschland und Österreich darstellte, wurden die Einwanderungsquoten nicht annähernd erreicht. Bereits im Jahr 1930 hatte Präsident **Herbert Hoover** die Konsulate angewiesen, den „Immigration Act" möglichst restriktiv auszulegen.

Internationale Abschottungspolitik

Mit der Intention, die Aufnahme von Geflüchteten aus Deutschland zu begrenzen, reisten jedoch auch die meisten anderen Delegationen nach Évian-les-Bains. Insgesamt nahmen an der Konferenz rund 200 Vertreter_innen aus 32 Staaten teil. Das Deutsche Reich war nicht eingeladen worden, abgesagt hatten die faschistische Regierung Italiens sowie das rechtsautoritäre Regime in Portugal. Anwesend waren zudem Vertreter_innen von 29 Flüchtlings- und Wohlfahrtsorganisationen, sowie rund 200 Journalist_innen. Was sich während der zehn Tage der Konferenz von Évian zutrug, fasste die spätere israelische Ministerpräsidentin **Golda Meir**, die für die *Jewish Agency for Palestine* an den Genfer See gekommen war, in ihren Erinnerungen zusammen: „Dazusitzen, in diesem wunderbaren Saal, zuzuhören, wie die Vertreter von 32 Staaten nacheinander aufstanden und erklärten, wie furchtbar gern sie eine größere Zahl Flüchtlinge aufnehmen würden und wie schrecklich leid es ihnen tue, dass sie das leider nicht tun könnten, war eine erschütternde Erfahrung."
In der Tat war die Haltung der meisten Staaten auf der Konferenz davon geprägt, die Leistungen der eigenen Flüchtlingspolitik herauszustellen, um daran anschließend die Aufnahme weiterer jüdischer Geflüchteter abzulehnen. So betonte etwa Frankreich seine „universelle Gastfreundschaft", hob aber gleichzeitig hervor, dass das Land mit 200.000 registrierten Flüchtlingen eine „Sättigungsgrenze" erreicht habe. Die belgischen Vertreter argumentierten, das Königreich müsse angesichts einer Arbeitslosenzahl von 250.000 weitere Verpflichtungen, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, „noch einmal überdenken". Großbritannien vertrat den Standpunkt, „kein Immigrationsland" zu sein

und erklärte, aus „wirtschaftlichen und sozialen Gründen" könne die „traditionelle Politik der Asylgewährung [...] nur in engen Grenzen Anwendung finden". Obwohl sich die meisten Delegierten auf vermeintliche ökonomische und sozialpolitische „Sachzwänge" zurückzogen, gründeten die restriktiven asylpolitischen Positionen vielfach auch auf rassistischen und antisemitischen Haltungen. Nur selten wurden diese jedoch so deutlich geäußert, wie vom Vertreter Australiens, der hervorhob, in seinem Land „kein echtes Rasseproblem" zu haben und auch „nicht den Wunsch" hege, „eines zu importieren". Auf anderen Ebenen wurden freilich antisemitische Ressentiments wesentlich unverhohlener postuliert. Die Schweizer Behörden befürchteten etwa angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen aus Deutschland und Österreich eine „Verjudung" des Landes.

Das Scheitern der Konferenz stand schon vor ihrem Beginn fest. Seit dem Frühjahr 1938 hatten etliche europäischen Staaten ihre jeweiligen Asyl- und Einwanderungsgesetze verschärft. Den Vertreter_innen der in Évian-les-Bains anwesenden Flüchtlingsorganisationen, die auf die verzweifelte Lage der Jüdinnen und Juden aufmerksam zu machen versuchten, wurden für ihre Ausführungen lediglich jeweils fünf bis zehn Minuten zugestanden. Eine Farce. Als einzige Vereinbarung stand am Ende die Gründung des *Intergovernmental Committee on Refugees*, das künftig mit dem Deutschen Reich über die Auswanderungsmodalitäten von Jüdinnen und Juden verhandeln sollte. Die tatsächliche Bedeutung des Komitees blieb gering, in der internationalen Staatengemeinschaft bestand weiterhin keine Bereitschaft, Geflüchtete in größerer Zahl aufzunehmen. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs im September 1939 schränkte die Auswanderungsmöglichkeiten weiter drastisch ein.



Zeitgenössische Postkarte des Tagungsortes „Hotel Splendide" in Évian-les-Bains.

Gedenken und Konsequenzen

Die Heldenmuths überlebten in Großbritannien. Sie wanderten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in die USA aus. Recha Weiler hatte Aufnahme in Belgien gefunden. Als dort im Jahr 1942 die Deportationen in die Vernichtungslager begannen, lebte sie gesundheitlich angeschlagen in einem Versteck. 1946 reiste sie in die USA zu ihrem dort lebenden Sohn. Auf dem Flug verlor sie das Bewusstsein und starb einige Wochen später. Ihrem Ehemann Moritz Weiler wurde im September 2018 in Köln-Sülz ein Stolperstein gewidmet. In den USA erinnern heute zahlreiche Holocaust-Museen und -Gedenkstätten an die „Irrfahrt der St. Louis", aber auch an die rassistischen und antisemitischen Strömungen in den Vereinigten Staaten, die den Referenzrahmen für die restriktive Einwanderungspolitik bildeten. Im November 2018 entschuldigte sich der kanadische Premierminister **Justin Trudeau** für die damalige Haltung seines Landes: „Wir entschuldigen uns auch bei all jenen, die den Preis für unser Nichtstun bezahlt haben. Die wir zu dem Horror der Todeslager verdammt haben."

Die späte Einsicht in das historische Versagen mag ehrenwert sein. Aus ihr resultieren indessen aber kaum Einsichten in der Gegenwart. In fataler Weise scheinen sich die Praktiken einer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik 80 Jahre später zu wiederholen. Die Bilder ähneln sich: Dort die vergilbten Fotos der „MS St. Louis" und ihrer Passagiere, hier die Aufnahmen von Schiffen mit Geflüchteten an Bord, denen die Einfahrt in die Häfen von Malta oder Italien verweigert wird.

Der Historiker **Wolfgang Benz** konstatiert: „Die Flüchtlinge aus dem deutschen Machtbereich, die ab 1933 eine neue Heimat oder wenigstens einen sicheren Aufenthaltsort suchten, waren in einer Situation, die mit den Asylbewerbern der Gegenwart vergleichbar ist.[...] Évian war nicht nur eine humanitäre Katastrophe für die Zeitgenossen. Évian wirkt stärker fort als der Schrecken über die Barbarei."

Von Fanny Schneider

„Ich war ein seltener Fall“

Etwas weniger als 20 Jahre sind vergangen, seit eine in jeder Hinsicht außergewöhnliche Zeitzeugin zum ersten Mal „ihre“ Chronist*innen traf. Vermittelt über Familienangehörige hatte sich die damals 96-jährige Helene (Leni) Zytnicka auf die Suche gemacht nach kundigen Zuhörer*innen und Aufschreibenden, denen sie ihren „seltenen Fall“, wie sie selbst sagte, zur Veröffentlichung anvertrauen konnte. Die Autor*innen Heidi Behrens und Norbert Reichling haben mit der „deutsch-jüdisch-polnischen Geschichte der Leni Zytnicka“ nun mit einem spannenden, kenntnisreichen und in der Tat „seltenen“ Zeitdokument diesem Wunsch Rechnung getragen.

Mitunter in distanzierter Schilderung, dennoch aber beeindruckend plastisch, erzählte die 1904 in Essen geborene Zeitzeugin ihre Lebensgeschichte — zu lesen nun eingebettet in die chronologisch aufgebaute, historisch-kritische Darstellung und Bearbeitung durch die Autor*innen. Das „seltene“ an Leni Zytnickas „Fall“ ist dabei die immer wieder virulente Frage nach Identitäts- und Zugehörigkeits-Zuschreibungen und deren überlebensrelevanten Konsequenzen: Mit ihrer Eheschließung mit dem polnischen Juden David Zytnicki konvertierte die damals 22-Jährige 1926 zum Judentum, verlor zugleich ihre deutsche Staatsbürgerschaft. Zwölf Jahre später, am 28. Oktober 1938, wurde sie in dieser „Eigenschaft“ zusammen mit ihm und ihren beiden Töchtern in der sogenannten „Polenaktion“ von Essen aus an die polnische Grenze deportiert, gelangte 1939 schließlich nach Warschau, wo ihr Mann Teil der jüdischen Infrastruktur des Ghetto-„Arbeitsamtes“ wurde. Leni Zytnicka aber gelang es, im „arischen“ Teil Warschaus zu leben. Nutzen konnte sie hier die deutschen Ausweispapiere ihrer Schwester, ebenso wie ihre Sprachkenntnisse und ihren Herkunftszusammenhang, eine „Deutsche“ aus dem Ruhrgebiet zu sein. Durchaus vage bleibt Leni Zyntickas eigene Erzählung jedoch immer dann, wenn es um strategische Vorteile oder geschickte Überlebensstrategien als Wandererin zwischen ihren Rollen geht: Als vorgeblich „Reichsdeutsche“ jenseits, als jüdische Ehefrau diesseits der Ghetto-Mauern gelang es ihr, gemeinsam mit ihrem Mann die richtigen Kontakte zu knüpfen, kritischen Überprüfungen „ihrer“ Ausweisdokumente zu entgehen und mit der Überzeugungsstärke einer selbstbewussten Frau auch in heiklen Situationen der NS-Verfolgung die Stirn zu bieten. Als Überlebende kehrte sie nach 1945 nach Deutschland, bald auch nach Essen zurück, kämpfte dort bis Ende der 1970er Jahre für die Anerkennung ihres Status als Verfolgte des Nationalsozialismus. Ihr Mann wird die Aufstandskämpfe und die Auflösung des Ghettos in Warschau hingegen nicht überlebt haben. Er wurde nach 1945 für tot erklärt.

Besonders ist Leni Zytnickas Fall auch, weil es die Zeitzeugin selbst war, die ihre Geschichte erzählt wissen wollte. So ist es angemessen und in der Einordnung klug, dass der biographischen Skizze ein Abschluss-Kapitel angeschlossen ist. Hier machen Behrens und Reichling nicht nur ihre eigene Position als gewissermaßen beauftragte Interviewpartner*innen transparent und schärfen den Blick auf die Möglichkeiten, aus der ungewöhnlichen „Opfer“-Geschichte zu lernen. Sie betonen auch, dass Leni Zytnickas Biographie in all ihren (erzwungenen) Identitätsbrüchen ihrem Wesen nach auch Teil einer so häufig gebrochenen Geschichte des Überlebens und des Widerstands gegen die NS-Verfolgung ist — eine Geschichte, die für 17.000 im Deutschen Reich lebende polnische Jüdinnen und Juden im Oktober 1938 mit der „Polenaktion“ begann: dem „Präludium der Vernichtung“ (Jerzy Tomaszewski), mit dem die NS-Verfolgungspolitik ihre Infrastrukturen künftiger Verschleppungen zum ersten Mal im Praxis-Fall ausagierte. Ihren Überlebenden und Opfern ist zu lange kaum ein Resonanzraum geblieben und gegeben worden für ihre Geschichte.

Heidi Behrens & Norbert Reichling:
„Ich war ein seltener Fall“.
Die deutsch-jüdisch-polnische Geschichte der Leni Zytnika
Klartext, Essen 2018
240 Seiten, 19,95 Euro

VON JAN RAABE

Das Netzwerk der Neuen Rechten

„Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist ein neues und einflussreiches rechtes Netzwerk aus Stiftungen, Vereinen, Medien und Kampagnen in Deutschland herangewachsen", heißt es im Werbetext für das im März erschienene Buch „Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern" von Christian Fuchs und Paul Middelhoff. Das hört sich spannend an und verspricht neue Erkenntnisse. Leider hat das in einem alarmistischen Ton geschriebene Buch entscheidende Schwächen. Viele der reißerisch dargestellten Fakten sind zudem schon lange bekannt. Das „Netzwerk" als Ganzes darzustellen, hätte jedoch dennoch seine Berechtigung gehabt, wäre da nicht der Hauptschwachpunkt: falsche sowie fehlende Definitionen und Analysen. Hier wird von der *Identitären Bewegung* über das *Studienzentrum Weikersheim* bis zur AfD irgendwie alles zur „Neuen Rechten". Unterschiedliche Standpunkte und Strategien der einzelnen Akteure werden dabei zugunsten der These vom großen „Netzwerk" verwischt. Es fehlt an Genauigkeit, was letztendlich zu politischen Fehlanalysen führen kann. So wird der Eindruck erweckt, die AfD sei von rechts unterwandert worden oder dass AfD-Abgeordnete wie Andreas Lichert „sorglos" und nicht etwa bewusst mit der *Identitären Bewegung* zusammenarbeiten würden. Auch die Analyse, dass die „Neuen Rechten" ihren Hass gegen „Muslime im Allgemeinen" richten, wirkt sehr oberflächlich. In seinem Buch „Die Autoritäre Revolte" hat der Historiker und Publizist Volker Weiß durch die Analyse einer „neurechten" Diskussion zum Thema „Ist der Islam unser Feind?" ein deutlich differenzierteres Bild gezeichnet — und auch insgesamt mehr Definitionen und Analysen zur „Neuen Rechten" geliefert.

Christian Fuchs, Paul Middelhoff:
Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern
Rowohlt Polaris, Hamburg 2019
288 Seiten, 16,99 Euro

VON TORBEN HEINE

Zielobjekt Rechts

Während die Akten westdeutscher Geheimdienste zumeist noch immer der Geheimhaltung unterliegen, sind die Akten der Staatssicherheit (Stasi) der DDR in Archiven einsehbar. Die Stasi spionierte nicht nur die DDR-Bevölkerung aus, sie befasste sich auch mit westdeutschen Neonazis. Umfassende wissenschaftliche Studien dazu stehen noch aus. Andreas Förster stellt in seinem lesenswerten Buch nun einige Fallbeispiele vor. Der Journalist ist der Ansicht, dass es das vorrangige Motiv der Stasi bei der Ausforschung der westdeutschen Neonazi-Szene war, geplante Anschläge und Demonstrationen gegen die DDR und ihre politische Führung sowie die Bildung militanter Neonazi-Gruppen in der DDR zu verhindern. Zugleich, so wird bei der Lektüre des Buches deutlich, nutzte sie ihre Informationen auch, um gegen Personen vorzugehen, die aus der DDR flüchten wollten. Da die Stasi über polizeiliche Mittel verfügte, führten Aussagen von V-Leuten nicht selten zu Verhaftungen und langen Haftstrafen von Dissident*innen. Wie für einen Geheimdienst üblich, heiligte auch bei der Stasi der Zweck die Mittel. Sie kooperierte ebenso mit Neonazi-Anführern wie mit Gewalttätern. Ein Beispiel: Als der bereits im losen Kontakt mit der Stasi stehende Rechtsterrorist Ottfried Hepp in der BRD wegen Bombenanschlägen gesucht wurde, flüchtete er 1983 in die DDR. Hier „schöpfte" ihn die Stasi weiter ab und ließ ihn nach Syrien ausreisen. Aufschlussreich ist auch, dass die Stasi 1988 zu dem Ergebnis kam, dass die Neonazi-Szene im hohen Maße mit V-Leuten westdeutscher Geheimdienste durchsetzt war. 17 V-Leute will man enttarnt haben, 22 weitere Neonazis wurden verdächtigt, V-Leute zu sein. Einer der Verdachtsfälle: Michael Kühnen. Als dieser 1982 die JVA verließ, stieg er in ein Taxi, das die Stasi als Fahrzeug des niedersächsischen Verfassungsschutzes identifizierte. Verifizieren konnte die Stasi ihren Verdacht aber nicht.

Andreas Förster:
Zielobjekt Rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte
Ch. Links Verlag, Berlin 2018
265 Seiten, 18 Euro

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN

abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

Abo gegen rassistischen Scheißdreck

Sehen und lesen, was Sache ist

Beobachter News

Magazin für politische Bewegung im Südwesten

www.beobachternews.de

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €

Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

graswurzel revolution

Foto: Bernd Drücke

Schwerpunkt GWR 440: Antifa

www.graswurzel.net

SOMMER SONNE ANTIFA!

KULTUR- & POLITIK-FESTIVAL

KULTUR | WORKSHOPS | VERNETZUNG

8.-11. AUGUST IM RHEINLAND

WWW.ANTIFA.CAMP

sommersonneantifa_festival sommersonneantifa

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen können die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 19 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 30 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

ROTFRONT

FUTURE DUB ORCHESTRA

JAYJAY + BAND

INPUT KINKS

CANUTO ★ KING LUI

LINE 418 ★ VAN BARGEN

D.J. JAY KAY

ROCK GEGEN RECHTS

3.AUGUST 2019

DÜSSELDORF

BALLONWIESE ★ VOLKSGARTEN

UMSONST + DRAUSSEN!

AB 14:00 UHR, GEDENKVERANSTALTUNG 13:30 UHR

ROCK-GEGEN-RECHTS-DUESSELDORF.DE

#DSSQ · GEW · DGB NRW · ver.di · VVN-BdA